

CORDIS

<http://cordis.europa.eu.int>

Newsletter

focus

- Highlights 2
- Strategie und Politik 10
- Projekte und Programme 14
- Innovation 20
- Ausschreibungen 23
- Rund um Europa 24
- Veranstaltungen 26
- Weitere Nachrichten 28
- Ebenfalls Online 31
- CORDIS im Web 32

In dieser Ausgabe

- Barroso schlägt Maßnahmen vor, um die Wissenschaft so erfolgreich wie die Künste in Europa zu machen, Seite 5
- Beteiligte debattieren über Pro und Kontra, Aufgabe und Struktur eines Europäischen Instituts für Technologie, Seite 6
- Laut Expertengruppe könnte Europa mehr von Forschungsstiftungen profitieren, Seite 12
- Kommission finanziert Forschung zur Beurteilung der Betreuung von Behinderten in Europa, Seite 16
- Kommission wünscht Input von Nachwuchswissenschaftlern zu europäischer Innovationsleistung, Seite 22



Ministerin stützt die Forschungspläne der österreichischen Ratspräsidentschaft auf vier „K“

Österreich hat zu einem für die europäische Forschung entscheidenden Moment die Zügel der EU übernommen. Aber ist es nicht zu viel von einer Ratspräsidentschaft verlangt, einen Haushaltskonsens zu erzielen, der für alle annehmbar ist und der die zur Verfügung stehenden Mittel für die EU-Forschungsprogramme erheblich erhöht, und gleichzeitig alle Beteiligten zu einer Einigung über Inhalt und Struktur des Siebten Rahmenprogramms (RP7) zu bewegen? Die österreichische Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Elisabeth Gehrler, lässt sich von dieser schwierigen Aufgabe nicht beeindrucken.



Elisabeth Gehrler

Vor ihrem Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) äußerte sich Gehrler CORDIS-Nachrichten gegenüber sehr zuversichtlich, dass das RP7 innerhalb des engen Zeitrahmens verabschiedet wird, sodass es im Januar 2007 starten kann. Sie lobte die Forschungsanstrengungen in ihrem Heimatland und die Initiative unter österreichischer Leitung zur Unterstützung der Forschung im Westbalkan, einer an Österreich angrenzenden Region.

Das österreichische Forschungsportfolio bis Ende Juni werde sich, so die Ministerin, auf die vier „K“ konzentrieren: „Kontinuität“, das heißt Weiterführung der Ergebnisse der britischen Ratspräsidentschaft, „Konsequenz“ bei den prioritären Themen des Programms, „Kompetenz“ bei der Leitung der Debatten zum RP7 und „Kooperation“ zwischen der Präsidentschaft und dem Parlament.

Im Hinblick auf den engen Zeitplan sagte Gehrler gegenüber CORDIS-Nachrichten, dass sie den MdEP vorschlagen möchte, intensiv in Arbeitsgruppen die Vorbereitung zu leisten, damit das Parlament den Vorschlag bei der ersten Lesung im Juni verabschieden

Fortsetzung auf Seite 3

veröffentlicht vom:

Amt für amtliche Veröffentlichungen
der Europäischen Gemeinschaften
FISR 04/418
L-2985 Luxemburg
Fax (352) 29 29-44090
E-Mail: cordis-focus@cec.eu.int

CORDIS: Forschungs- und
Entwicklungsinformationsdienst
der Gemeinschaft

CORDIS *focus* ist auch erhältlich unter:
<http://cordis.europa.eu.int/focus/de>

Basierend auf Informationen von CORDIS
News, abrufbar im Internet unter:
<http://cordis.europa.eu.int/news/de>



CORDIS *focus* wird vom Amt für amtliche
Veröffentlichungen der Europäischen
Gemeinschaften im Rahmen des
Sechsten Forschungsrahmenprogramms
der Europäischen Gemeinschaft
herausgegeben und informiert über die
Neuigkeiten in der EU-Forschung und
Innovation sowie die damit verbundenen
Programme und Strategien.

Alle in diesem Newsletter veröffentlichten
Artikel können direkt auf der Website
abgerufen werden — geben Sie dazu
entweder die RCN-Nummer in das
„Suche“-Feld ein oder besuchen Sie:
[http://cordis.europa.eu.int/focus/
online_edition.htm](http://cordis.europa.eu.int/focus/online_edition.htm)
(nur in Englisch verfügbar)

Die in den Referenzen zitierten Reden
und Pressemitteilungen (IP) der
Europäischen Kommission sind unter
folgender Adresse abrufbar:
<http://www.europa.eu.int/rapid>

Der Inhalt dieses Bulletins ist der CORDIS-Nachrichten-
Datenbank entnommen, die täglich aktualisiert wird:
<http://cordis.europa.eu.int>

© Europäische Gemeinschaften 2006 — Nachdruck mit
Quellenangabe gestattet.

Rechtlicher Hinweis: Weder das Amt für amtliche
Veröffentlichungen noch eine Person, die in ihrem Namen
handelt, sind für den Gebrauch der in diesem Dokument
enthaltenen Informationen oder für etwaige darin enthaltene
Fehler verantwortlich.

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen
Gemeinschaften, FISR 04/418, 2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg.
Fax (352) 29 29-44090; E-Mail: cordis-focus@cec.eu.int

Potočnik gibt Überlegungen hinter der Ausweitung von „Wissenschaft in der Gesellschaft“ unter dem RP7 bekannt

„Worin besteht der Sinn, öffentliche Gelder in die technologische Entwicklung zu pumpen, wenn die Früchte dieser Entwicklung von einer besorgten Öffentlichkeit abgelehnt werden?“, fragte der EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potočnik am 20. Januar, als er die Überlegungen hinter einem erweiterten vorrangigen Themenbereich „Wissenschaft in der Gesellschaft“ unter dem RP7 herausstellte.

Eine kürzliche Eurobarometer-Studie zur öffentlichen Meinung in Bezug auf Wissenschaft und Technologie ergab ein allgemein hohes Maß an Optimismus und Interesse unter den Bürgern. Viele Menschen sollen sich jedoch schlecht informiert fühlen, verbinden wissenschaftlichen Fortschritt mit negativen Konsequenzen oder hegen ein zugrunde liegendes Misstrauen gegen Wissenschaftler, deren Spezialwissen diesen ihrer Meinung nach übermäßige Macht verleiht.

In seiner Rede an der österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien wies Potočnik die Zuhörer auf Folgendes hin: „Es gibt keine ‚unsichtbare Hand‘, die automatisch sicherstellt, dass neue Entdeckungen in vermarktete Technologien umgewandelt werden. Die Geschichte der modernen Biotechnologie illustriert, wie der wirtschaftliche Ertrag aus Investitionen in F&E nicht ohne das Vertrauen der Öffentlichkeit realisiert werden kann.“



Janez Potočnik

Dies sei einer der Hauptgründe, warum die Kommission eine beträchtliche Ausweitung des Themenbereichs „Wissenschaft in der Gesellschaft“ unter dem RP7 vorgeschlagen habe, aber Potočnik ergänzte, dass eine Kultur der Erklärung und Konsultation eine demokratische Verpflichtung sei und dass eine umfassendere gesellschaftliche Debatte zu verbesserten EU-Politiken und besserer Wissenschaft führen würde. „Wenn wir es richtig machen, ist es eine Strategie, bei der wir alle gewinnen können!“, sagte er.

Potočnik fuhr mit der Herausstellung einiger neuer Merkmale fort, die die Kommission unter dem Programm „Wissenschaft in der Gesellschaft“ einführen möchte. Zivilgesellschaft-

liche Gruppen werden Unterstützung für die Auslagerung von Forschung an Hochschulen erhalten, um die Debatte zu Schlüsselbereichen der öffentlichen Politik auszuweiten und zuvor nicht untersuchte Probleme zu erörtern.

Die Kommission wird außerdem ihre Anstrengungen zur Kommunikation von Wissenschaft in Bezug auf die breitere Öffentlichkeit drastisch erhöhen, was bedeutet, dass engere Verbindungen zur Presse und den audiovisuellen Medien geschaffen werden sollen. „Anstatt damit zufrieden zu sein, wissenschaftliche Berichte in der zweiten Hälfte unserer bekannten Tageszeitungen zu finden, möchte ich sie (zumindest gelegentlich!) auf der Titelseite sehen“, sagte der Kommissar.

Schließlich wird die Kommission versuchen, die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf praktischer und politischer Ebene im Bereich „Wissenschaft in der Gesellschaft“ zu ermuntern, wobei „fortgeschrittenere“ Länder Inspiration bieten und als Beispiel für andere Länder dienen sollen.

Potočnik sprach außerdem von dem, was er als den „menschlichen Faktor“ bezeichnete, und der Notwendigkeit, mehr junge Menschen dazu zu ermuntern, wissenschaftliche Fächer zu studieren. „Wissenschaft in der Gesellschaft“ wird daher eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung des Wissenschaftsunterrichts in Schulen und zur Förderung der Attraktivität und Anerkennung der Forschung als Laufbahn fördern.

Der Kommissar schloss mit der Begrüßung der Entscheidung der österreichischen Hochschulrektorenkonferenz, die Europäische Charta für Forscher und den Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern formell anzunehmen, und gab bekannt, dass die Kommission im Juni eine Veranstaltung in Wien organisieren wird, um weiter zu prüfen, wie die Charta und der Kodex verwendet werden können, um Möglichkeiten für Forschungslaufbahnen und Arbeitsplätze in Europa zu fördern.

Gestützt auf SPEECH/06/21. Die vollständige Rede von EU-Kommissar Potočnik kann (im PDF Format) heruntergeladen werden unter:

[http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/
06/21&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/21&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)
RCN: 25088

kann. Dieses Szenario hänge natürlich von dem effektiven Dialog zwischen Rat, Parlament und Kommission ab, betonte die Ministerin.

Die Ministerin sagte auch, eine rechtzeitige Einigung sei nicht nur unabdingbar für die europäische Forschung, sondern solle auch den europäischen Bürgern beweisen, dass es der EU ernst ist mit der Forschung und dass sie Resultate erzielen kann. „Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber ich denke, dass es wirklich wichtig ist zu zeigen, dass wir verhandeln können, dass wir kompetent sind und dass Forschung oben auf der Tagesordnung steht“, so die Ministerin.

Über das RP7 hinaus plant die österreichische Ratspräsidentschaft, die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans zu forcieren. Diese Länder an Europa anzubinden ist ein außenpolitisches Ziel, aber es kann auch über Forschung erreicht werden, erklärte Gehrer: „Ich persönlich bin vollkommen überzeugt, dass die jungen Menschen in diesen Ländern nur ihr Land aufbauen und dort bleiben können, wenn wir ihnen Möglichkeiten bieten – Möglichkeiten in Wissenschaft und Forschung. Wir müssen den Braindrain stoppen.“

Österreich hat mit seinem Vorschlag einer Lenkungsgruppe (*steering platform*), an der die Länder des Westbalkans beteiligt sind, bereits eine engere Kooperation mit diesen Ländern eingeleitet. Diese Idee, so die Ministerin, wurde schon von Forschungskommissar Janez Potočnik begrüßt. Ziel dieser Gruppe sei es, die Zusammenarbeit mit den Westbalkanländern zu intensivieren, den Wissens- und Know-how-Transfer zu fördern und Motivation und Unterstützung zu bieten, erklärte die Ministerin.

Die Ministerin hat bereits Unterstützung für diese Initiative aus der EU erfahren und

erwartet, dass sie weitere Unterstützung erhalten wird, wenn das Bewusstsein über die Region steigt.

Österreich selbst hat sich in den letzten Jahren – während seiner Transformation von einer Produktions- in eine Wissensgesellschaft – mehr und mehr auf Forschung konzentriert. Das sei keine leichte Aufgabe gewesen, so die Ministerin, aber sie sei angesichts der Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte in anderen Ländern unumgänglich gewesen.

Ein neues Hochschulgesetz gibt den Universitäten mehr Unabhängigkeit, wodurch sie innovativer sein und ihre Prioritäten selbst setzen können. „Wissenschaft erlebt einen Boom und die Forschung auch“, sagte Gehrer gegenüber CORDIS-Nachrichten.

Das Land investiert derzeit 2,35 % seines BIP in die Forschung und hat in den vergangenen Jahren enorm aufgeholt. Noch mehr Mittel sind vorgesehen, und Österreich hat sich voll und ganz dem EU-Ziel verschrieben, die Forschungsausgaben bis 2010 auf 3 % des BIP anzuheben.

Auch wenn das österreichische Ziel bei 3 % liege, so die Ministerin, könne dieses Ziel nur erreicht werden, wenn die Industrie ihren Beitrag dazu leistet. Sie fordert alle Länder und Regionen auf, sich zu engagieren und verweist auf die nationalen Reformprogramme im Rahmen der Lissabon-Agenda: sie könnten zeigen, dass der Wille da ist, Europa innovativer und wettbewerbsfähiger zu machen.

Natürlich verlangt der Übergang von einer Wirtschaftsform zu einer anderen die Unterstützung der Bürger, und die Österreicher haben sich diesem Prozess nicht verweigert.

Kürzlich habe es eine landesweite „Lange Nacht der Forschung“ gegeben, während der alle Forschungszentren ihre Türen öffneten und 45 000 Besucher verzeichneten. Laut der Ministerin war diese Initiative sehr erfolgreich und wird jetzt jedes Jahr wiederholt werden.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Auf die Frage nach den wissenschaftlichen Stärken Österreichs nannte Gehrer die Naturwissenschaften, insbesondere Biologie. Sie fügte hinzu, Österreich erziele auch gute Leistungen im Bereich Verkehrstechnik.

Sie schloss mit dem Hinweis, dass Österreich zwar seine Investitionen in die Biologie erhöhe, das aber nicht der einzige Schwerpunkt sei. Weniger als eine Woche nachdem Österreich und die Welt den 250. Geburtstag von Mozart gefeiert haben, betonte die Ministerin, dass Studenten aus der ganzen Welt nach Österreich kommen, um Musik zu studieren, und dass das Land weiterhin die Geisteswissenschaften, Musik und Kunst fördere. „Wir gehen nicht nur in eine Richtung“, sagte Gehrer.

Getützt auf ein Interview von CORDIS-Nachrichten mit Elisabeth Gehrer. Weitere Informationen über Forschungsaktivitäten der österreichischen Ratspräsidentschaft sind auf folgender Website abrufbar: http://cordis.europa.eu.int/austria/home_de.html RCN: 25143

Dringende Änderungen erforderlich, um EU-weite Lücke im Bereich F&E zu schließen

Ein Bericht zur Untersuchung der Gesundheit der europäischen Forschung und Entwicklung (F&E) hat eine alarmierende Diagnose gestellt, wobei ein mäßig voranschreitendes Europa kontinuierlich an Boden gegenüber dynamischeren und innovativeren internationalen Märkten verliert.

Das aus vier Personen bestehende Gremium unter dem Vorsitz des früheren finnischen Ministerpräsidenten Esko Aho stellte am 20. Januar die Ergebnisse seiner dreimonatigen Studie vor. Der Bericht wurde von Aho, dem früheren Alcatel-Präsidenten Dr. Josef Cornu, Professor Luke Georgiou von der *Manchester Business School* und dem früheren katalanischen Minister für Industrie, Handel und Tourismus Professor Antoni Subirà verfasst. Ihre zentrale These war die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines

Pakts für Forschung und Innovation (F&I), um die Agenda für ein innovatives Europa voranzutreiben. Dies würde eine umfassende Verpflichtung seitens der Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in ganz Europa erfordern.

Im Einklang mit den Ergebnissen, die auf einer engeren europäischen Zusammenarbeit bestehen, kommentierte Aho: „Wir waren uns einig über die Einzelheiten und das grundlegende Paradigma. Es besteht eine

große Lücke zwischen der Rhetorik und der Realität in Europa. Die Ziele von Lissabon sind zwar gut, aber ihre Umsetzung ist schlecht.“

„F&E und Innovation sind von entscheidender Bedeutung. Wenn die EU in diesen Bereichen schwach ist, müssen die Mitgliedstaaten möglicherweise nationale Strategien in Erwägung ziehen, und einige Mitglieder ziehen bereits alternative Handelswege in Betracht, die für die EU verheerend sein könnten“, sagte er.

Der Pakt für F&I müsste von Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterzeichnet werden, um ihr Engagement für ein innovatives Europa zu demonstrieren. Der Pakt wird dann vier von dem Gre-

Fortsetzung auf Seite 4

mium identifizierte alarmierende Bereiche angehen: Erstens fällt die Produktivität kontinuierlich zurück, wobei die Wachstumsraten für Arbeit und Gesamtproduktivität seit mehr als zehn Jahren hinter denen der USA liegen – dies ist das erste Mal seit 1945.



Zweitens wurde für das Produktivitätswachstum nicht die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) genutzt. In den USA, wo IKT erfolgreich angewandt werden, ist die Produktivität abermals drastisch gestiegen, während sie in der EU stabil bleibt.

Drittens verlieren die europäischen Firmen an Boden, da die Unternehmen ihre F&E globalisiert haben. Es besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Investitionen von EU-Unternehmen in den USA und umgekehrt: diese haben sich von 300 Millionen Euro im Jahr 1997 auf 2 Milliarden Euro im Jahr 2002 erhöht. Die europäischen Unternehmen finanzieren üblicherweise F&E-Investitionen in den USA, wobei das Wachstum in diesem Sektor bei 8 % liegt. In China liegt diese Zahl bei beträchtlichen 25 %.

Schließlich bestehen veraltete traditionelle Sektoren in der EU fort – ebenso wie zu geringe Investitionen in F&E im Dienstleistungsbereich. Nur 0,2 % des BIP des Dienstleistungssektors werden in F&E investiert, im Vergleich zu 0,7 % in den USA. Zu diesen spezifischen Problemen kommt die demografische Zeitbombe einer schrumpfenden, alternden Bevölkerung. 2050 werden fast 30 % der Europäer über 65 sein. Dies deutet zusammen mit einem rückläufigen Interesse an Forschung auf eine düstere Zukunft hin, falls nicht schnell etwas unternommen wird.

Dr. Cornu führte ein Beispiel an: „Viele Länder in Europa arbeiten an Straßengebühren. Die EU-Unternehmen können leicht auf ihren eigenen Märkten arbeiten, aber nicht EU-weit. Ein Unternehmen, das erfolgreich ein System für Straßengebühren in einem Land verkaufen kann, sollte in der Lage

sein, dasselbe in der gesamten EU zu tun, aber es kann dies derzeit nicht so ganz einfach tun. Diese Fragmentierung bedeutet, dass EU-Unternehmen nur ein Sechstel der Start-up-Finanzierung von Risikokapitalgebern im Vergleich zu Unternehmen in den USA erhalten, weil sich die Wirtschaftspläne auf die nationale und nicht auf die europäische Ebene konzentrieren. Wir brauchen einen freien Wirtschaftsraum, sonst bleiben wir schwach.“

Um diese vier Probleme anzugehen, schlägt die Gruppe fünf von dem Pakt zu verfolgende Strategien vor, um führende Märkte zu schaffen, in denen F&E sowie Innovation gedeihen können:

- ein harmonisiertes Regulierungsumfeld in der EU wird die Bürokratie reduzieren und Ressourcen der Unternehmen freisetzen, wodurch F&E attraktiver werden;
- die Definition von Standards für eine hochwertige Leistung und das schnelle Erzielen von Einigungen zu Standards werden den Unternehmen eine Plattform für ihre Arbeit bereitstellen;
- die Nutzung des öffentlichen Beschaffungswesens für die Nachfrage nach innovativen Waren und Dienstleistungen wird sowohl die öffentlichen Dienstleistungen verbessern als auch zu einer kommerziellen Führungsposition führen;
- die Entwicklung eines Wettbewerbsrahmens für geistiges Eigentum zum Schutz und zur Förderung von Innovation;
- schließlich ist eine kulturelle Verschiebung, die Innovation begrüßt, von entscheidender Bedeutung. Dies bedeutet ein Klima, in dem der Wunsch nach innovativen Waren und Dienstleistungen weit verbreitet ist und Innovation natürlich wird.

Die Gruppe hat sieben Schlüsselmärkte identifiziert, auf die ihrer Meinung nach abgezielt werden sollte, um eine F&E-Gesellschaft zu entwickeln: E-Gesundheit, Pharmazeutika, Energie, Umwelt, Verkehr und Logistik, Sicherheit und digitaler Inhalt. Jeder Bereich würde über einen Koordinator mit beträchtlichen Befugnissen zur Organisation von Maßnahmen verfügen. Die Förderung dieser Sektoren würde sich mittelbar auf die damit verbundenen Industrien auswirken und Innovation und Produktivität in der gesamten Wirtschaft fördern.

Der Schlüssel für das Erreichen dieser Ziele sollte eine Verdreifachung der für F&E ausgegebenen Mittel sowie ein allgemeines

F&E-Ausgabenziel von 3 % des BIP sein, obwohl dies nicht wirklich ein Ziel, sondern ein Indikator sein sollte. Die Mobilität von Humanressourcen, Finanzen, Organisation und Wissen müssen ebenfalls erhöht werden und ermöglichen, dass Fachwissen und Geld leicht zwischen den Strukturen fließen und neue Verbindungen geschaffen werden, insbesondere zwischen akademischen und kommerziellen Einrichtungen. Jährlich sollten sich 10 % der in der Forschung Beschäftigten zwischen Industrie, Hochschulen und Regierung bewegen.

Kurz gesagt, das Gremium schlägt eine vollständige Neubewertung der Methode zur Durchführung von F&E in der EU und der Nutzung von Innovationen seitens europäischer Unternehmen vor. Aho sagte: „In Amerika werden wirtschaftliche Entscheidungen so getroffen, dass alle Beteiligten davon profitieren. In Europa gibt es ein Gewinner-Verlierer-Konzept, nach dem jemand bei einer Transaktion verlieren muss. Wir müssen unsere Herangehensweise ändern, sodass auch wir eine Einstellung entwickeln, bei der alle gewinnen können. Die Unternehmen investieren aufgrund der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit zunehmend außerhalb der EU. Sie können ohne die EU überleben, aber die EU kann nicht ohne sie überleben.“

Vielleicht nicht unumstritten, hat das Gremium vorgeschlagen, dass mehr Geld in etablierte Spitzenbereiche gesteckt werden sollte anstatt in veraltete oder unprofitable Industriesektoren, wodurch diese Spitzenbereiche wettbewerbsfähiger werden und schneller Veränderungen bewirken.

Professor Georghiou betonte, dass es sich bei der Bewertung der Gruppe nicht einfach um eine Prognose für einen künftigen Rückgang handle, sondern um einen derzeitigen tatsächlichen Rückgang. „Viele Unternehmen haben ihre F&E-Aktivitäten bereits verlagert, daher ist Europa jetzt bereits beeinträchtigt. Falls diese Maßnahmen umgesetzt werden, wird das Klima zur Ermutigung der Firmenchefs, ihre Geschäftstätigkeit in ein wettbewerbsfähiges Europa zu verlegen, zurückkehren und die Investitionen könnten relativ schnell wieder fließen.“

Der Bericht wurde im Oktober 2005 beim Treffen des Europäischen Rats in Hampton Court in Auftrag gegeben.

Gestützt auf die Teilnahme von CORDIS-Nachrichten an einem Presse-Briefing.
Der Bericht ist abrufbar unter:
<http://europa.eu.int/invest-in-research/>
RCN: 25087

Barroso schlägt Maßnahmen vor, um die Wissenschaft so erfolgreich wie die Künste in Europa zu machen

„Kunst und Wissenschaft sind die Beine, auf denen Europa steht“, sagte der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso am 13. Januar in einer Rede an der Delft University of Technology. Aber während Barroso zufolge die Künste in Europa blühen, „ist das Bild für Wissenschaft, Forschung und Technologie gemischter und in einiger Hinsicht sind die langfristigen Trends alarmierend“.

Der Kommissionspräsident führte Rekordzahlen für Besuche in Galerien, die Veröffentlichung von mehr Büchern als je zuvor und die aktivere Beteiligung der kreativen Industrien an der europäischen Wirtschaft an, um aufzuzeigen, dass die Künste in Europa blühen.

Dagegen ergehe es der EU in Bezug auf die Wissenschaft nicht so gut wie ihren traditionellen und neuen Konkurrenten. „Die EU investiert etwa ein Drittel weniger in die Forschung als die USA. Ihre Ausgaben für F&E als BIP-Anteil stagnieren, während die Forschungsinvestitionen in China jährlich um 20 % zunehmen. Die Tendenz für die Verlagerung der Forschungstätigkeiten multinationaler Unternehmen von Europa in andere Länder, und zunehmend nach Asien, steigt“, sagte Barroso. Wenn außerdem berücksichtigt werde, dass Europa weniger Forscher aus anderen Ländern anzieht als die USA und dass drei Viertel der in der EU geborenen Wissenschaftler, die ein Doktorstudium in den USA absolvieren, sagen, dass sie nach dem Abschluss gerne dort bleiben möchten, sehe es für die europäische Forschung ziemlich düster aus.



José Manuel Barroso

Die Kommission versucht diesen Trend umzukehren, indem sie Vorschläge für Organisationen wie ein Europäisches Institut für Technologie (EIT) und einen Europäischen Forschungsrat entwirft und abschließt. Die Kommission befindet sich außerdem in dem Prozess der Identifikation spezifischer Maßnahmen, die das Wachstum innovativer europäischer Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), unter-

stützen werden. Die Anwendung der Gesetzgebung zu staatlichen Beihilfen und die Wettbewerbsregeln werden ebenfalls überprüft.

Barroso zufolge ist die Modernisierung des Hochschulsektors in Europa ebenfalls vorrangig. Zu den Hindernissen gehören Schranken zwischen Hochschulen sowie zwischen Hochschulen und Unternehmen, eine Finanzierungslücke im Vergleich zu den USA und mangelnde echte Unabhängigkeit der Hochschulen.

Die Beseitigung der Hindernisse könne nur erfolgen, wenn die „restriktiven nationalen Vorschriften“ beseitigt würden und wenn das Vertrauen in die Abschlüsse anderer Mitgliedstaaten sowie die grenzüberschreitende Mobilität der Studenten und Mitarbeiter zunehme, sagte der Kommissionspräsident.

„EU-Programme wie Erasmus und Marie Curie haben hier positive Auswirkungen, aber es bleibt die Tatsache, dass immer noch echte Anstrengungen seitens der Mitgliedstaaten und der Hochschulen selbst erforderlich sind, um die notwendigen Rahmen bereitzustellen“, sagte Barroso.

Barroso bemerkte außerdem, dass die Finanzierungsmittel nicht proportional zu den zunehmenden Studierendenzahlen wachsen. Im Gegenteil, die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Mittel pro Student seien in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen. Barroso, der die nationalen Systeme kritisierte, die die Aktivitäten einiger Hochschulen behindern, sagte, die Hochschulen „können – oder vielleicht sollte ich sagen, dürfen – die Differenz nicht von privaten Quellen beschaffen“.

Das Investitionsdefizit in Bezug auf das Hochschulwesen sei jetzt so groß, dass ein Aufschließen zu den USA jährlich mit zusätzlichen Ausgaben von 10 000 Euro pro Student in Europa verbunden sei, so Barroso. „Es ist schwierig zu sehen, wie wir mit den Besten der Welt konkurrieren sollen, wenn keine Maßnahmen zur Schließung dieser Lücke ergriffen werden“, fügte er hinzu.

Barroso, der sich für eine Kombination aus echter Unabhängigkeit und Verantwortlich-

keit der Hochschulen aussprach, sagte: „Die Regierungen der Mitgliedstaaten schätzen ihre Hochschulen so hoch, dass sie sie manchmal etwas zu eng umarmen. Mikromanagement, die Auferlegung exzessiver Einheitlichkeit: die Auswirkungen können erstickend sein.“ Stattdessen sollten die Regierungen ihre Beteiligung auf den Aufbau und die Orientierung des Hochschulsektors insgesamt beschränken und es den Hochschulen selbst überlassen, ihre eigenen Prioritäten und Programme festzulegen, ihre eigene Organisationsstruktur zu schaffen, ihre eigenen physischen, finanziellen und intellektuellen Vermögenswerte, Haushalte und Partnerschaften zu verwalten, ihre Mitarbeiter einzustellen und angemessen zu bezahlen und ihre kollektiven Anstrengungen auf institutionelle Prioritäten in den Bereichen Forschung, Lehre und Dienstleistungen auszurichten, so Barroso.

Der Kommissionspräsident forderte außerdem die Anerkennung und Auszeichnung von Spitzenleistungen auf höchster Ebene. Er schlug vor, dass dies durch strukturierte Graduierten- und Doktor-/Promotionschulen erfolgen sollte. Die Kommission beabsichtige ihrerseits die Förderung von Spitzenleistungen durch die Gründung eines EIT. „Spitzenleistungen brauchen Flaggschiffe“, sagte Barroso.

Die Einzelheiten zum EIT seien noch nicht abgeschlossen, aber derzeit sei der Plan für das EIT „eine Organisationsform, die Hochschulbildungs-, Forschungs- und Innovationstätigkeiten, sowohl in einigen strategischen Themenbereichen als auch im Bereich des Wissenschafts- und Innovationsmanagement, durchführt“.

„Um das Rad nicht neu zu erfinden, sollte es auf dem Grundsatz der Bündelung vorhandener europäischer Ressourcen basieren“, ergänzte Barroso. Falls der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rats grünes Licht für die Idee gebe, werde diesen Sommer voraussichtlich ein Gesetzesvorschlag dafür eingereicht, dass das EIT für das Studienjahr 2009/2010 Studenten begrüßen könne.

Barroso kam zum Schluss seiner Rede auf die Frage „Kunst oder Wissenschaft?“ zurück. Er habe sich nicht auf die Wissenschaft konzentriert, weil diese wichtiger als die Kunst sei, sondern wegen der Schwächen in der Wissenschaft. „Kunst und Wissenschaft sind die Beine, auf denen Europa steht. Daher würden wir gut daran tun sicherzustellen, dass die Bedingungen immer dazu geeignet sind, dass beide blühen können“, sagte er.

Gestützt auf SPEECH/06/5.
RCN: 25055

Beteiligte debattieren über Pro und Kontra, Aufgabe und Struktur eines Europäischen Instituts für Technologie

„Das Europäische Institut für Technologie [EIT] gilt als Mantra für das Erreichen der Ziele von Lissabon“, sagte das deutsche MdEP Jorgo Chatzimarkakis anlässlich der Eröffnung eines Seminars zur Bewertung der Notwendigkeit eines EIT am 23. Januar im Europäischen Parlament.

Die meisten Anwesenden waren sich einig darüber, was ein EIT für Europa tun könnte, obwohl einige die Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Einrichtung einer neuen Organisation in Frage stellten. Selbst die Befürworter eines EIT hatten sehr verschiedene Ansichten dazu, wie das mögliche Institut aussehen sollte.

Chatzimarkakis wies die Teilnehmer auf die schwache europäische Forschungs- und Innovationsleistung, insbesondere im Vergleich zu der Leistung der USA, hin und führte die niedrige Anzahl europäischer Veröffentlichungen und Zitate an, um den „Mythos der europäischen Spitzenposition in der Wissenschaft“ zu stürzen. Anschließend schilderte er das EIT als Antwort auf viele dieser Schwächen und bezeichnete es als ein „europäisches Portal zu Innovation“.

Seine Sicht des EIT ist ein Institut, das sich auf Innovation konzentrieren würde und eine Brücke zwischen zwei Mentalitäten – der Forscher- und der Unternehmermentalität – schaffen würde; das F&E sowie den Technologietransfer anregen würde; die Beteiligung von KMU an den Forschungsrahmenprogrammen der EU stärken würde und eine starke Verbindung zwischen dem RP7 und dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) schaffen würde. Die Verbindung sei erläutert worden, aber es gebe immer noch „Grauzonen“, sagte das MdEP.

Das EIT könnte ein Sitz für die Exekutivagenturen des CIP sowie ein Sitz für alle Technologieplattformen und Integrierten Projekte sein, sodass Synergien zwischen allen Forschungsaktivitäten der EU geschaffen werden könnten, so Chatzimarkakis. Es könnte außerdem über einen Sonderbeauftragten für KMU sowie über ein Zentrum zur Überwachung KMU-orientierter Aspekte des RP7 verfügen, sagte er weiter.

Chatzimarkakis möchte außerdem, dass das EIT Technologieplattformen zusammenführt und ein Gremium wird, an das sich die Hochschulen wenden, wenn sie nach Partnern in der Industrie suchen, und zur Anlaufstelle für europäische Forschung und Innovation (F&I) wird.

„Schließlich würde ein EIT auch ein ‚Label‘ schaffen, das die europäische Innovation mit einem Markennamen versehen und ihr somit mehr Sichtbarkeit verleihen würde, und es wäre ein Katalysator für die ‚Lissabonisierung‘ des EU-Haushalts“, so das MdEP.

Chatzimarkakis setzt große Hoffnungen in das EIT und sieht eine Rolle für das Institut in allen Aspekten der europäischen F&I. Dagegen zweifelte Jan van den Biesen, der im Namen von Philips Research sprach, die Notwendigkeit und Durchführbarkeit eines EIT an und sagte, Europa verfüge bereits über eine Reihe starker Hochschulen und Forschungsinstitute. Er beklagte die Tatsache, dass die Beteiligten während einer kürzlichen Konsultation der Kommission nicht die Gelegenheit gehabt hätten, „nein“ zu sagen, sondern stattdessen aufgefordert worden seien zu beschreiben, wie das mögliche EIT aussehen sollte.

Van den Biesen, der akzeptierte, dass die Idee daher wahrscheinlich umgesetzt werde, betonte, dass es wichtig sei, dass das EIT dem Konzept der „offenen Innovation“ entspreche, demzufolge Unternehmen in der Lage sind, woanders entwickelte Ideen zu nutzen, aber auch anderen erlauben, dasselbe mit ihren intern entwickelten Ideen, die jedoch nicht intern genutzt werden, zu tun.

Was die physische Organisation betrifft, so sollte das EIT ein Netzwerk sein, selbst wenn ein physischer Knotenpunkt benötigt werde, sagte er.

Van den Biesen lieferte außerdem einen Bericht über die aktuellen Ansichten der UNICE, einer Vereinigung, die die europäische Industrie vertritt. Der Standpunkt der UNICE lautet „abwarten“, wobei die meisten Mitglieder auf einen Kommissionsvorschlag warten, bevor sie sich eine Meinung bilden. Die UNICE befürwortete die Stärkung der europäischen F&I, betonte van den Biesen, aber sie sei sich nicht sicher, dass das EIT die richtige Lösung hierfür sei. Die Vereinigung sei sich jedoch bereits sicher, dass das EIT alleine keine Lösung für die Probleme Europas liefern werde. Wenn es gegründet werde, so müsse dies in Verbindung mit anderen Initiativen erfolgen, um günstige Marktbedingungen zu schaffen und die Verbindungen zwischen Forschung und Industrie zu stärken, sagte er.

Horst Soboll, stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Forschungsbeirats (EURAB), lieferte eine praktische Sicht der Dinge. Es seien viele Vorbehalte geäußert worden, sagte er: Ist der Top-Down-Ansatz richtig? Wird das EIT Gelder aus anderen Bereichen wegnehmen? Wird es andere



Jorgo Chatzimarkakis

Initiativen beeinträchtigen? Brauchen wir wirklich solch eine neue Einrichtung?

„Es ist sehr leicht, eine negative Einstellung zu vertreten“, sagte er weiter. „Wir sollten versuchen, etwas konstruktiver zu sein. Was ist zu tun? Wenn der Präsident der Kommission [José Manuel Barroso, der die Einrichtung eines EIT vorgeschlagen hat] Interesse an F&I bekundet, dann ist dies eine ausgezeichnete Gelegenheit“, sagte Soboll.

Soboll forderte alle interessierten Parteien zur Zusammenarbeit auf, um die verschiedenen Ansichten dazu, wie das EIT arbeiten sollte, durchzugehen. Er schlug vor, dass spezifische Bereiche der wissenschaftlichen Forschung ein Ausgangspunkt sein könnten. Tatsächlich hat das *Massachusetts Institute of Technology* (MIT), das für viele Befürworter des EIT als Modell gilt, genau dies vor 150 Jahren getan.

Nicht nur der Kommissionspräsident unterstützt die Idee eines EIT: Martin Schmid, der die österreichische EU-Ratspräsidentschaft vertritt, berichtete, dass Bundeskanzler Wolfgang Schüssel das EIT befürwortete und dass die Präsidentschaft daher vorschlagen werde, dass der Europäische Rat die Kommission auffordert, einen Vorschlag zu diesem Thema einzureichen.

Tatsächlich hat die Kommission bereits einen Vorschlag entworfen, der sich derzeit in der Phase der dienststellenübergreifenden Konsultation innerhalb der Kommission befindet. In der Mitteilung werden die Stellungnahmen berücksichtigt, die während einer Konsultation im Herbst 2005 eingegangen sind, in deren Rahmen es 741 Beiträge gab.

Obwohl die Befragten nicht aufgefordert worden seien, die Probleme in den europäischen Forschungs- und Innovationssystemen zu beschreiben, die ein EIT angehen würde, hätten viele dies von sich aus getan, sagte Stylianos Katsoulakis von der GD Bildung und Kultur der Kommission. Viele sprachen von schwachen Verbindungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und einem Mangel an qualitativ hochwertiger Wissenschaft sowie einer schwachen Anwendung von Forschungsergebnissen. Die Beteiligten wiesen außerdem auf eine mangelnde Unternehmenskultur sowie den

Fortsetzung auf Seite 7

Barroso begrüßt das Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft; MdEP lehnen EU-Haushaltskompromiss ab

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat die Absicht der österreichischen Regierung begrüßt, während ihrer EU-Ratspräsidentschaft einen besonderen Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung zu legen.

Barroso, der seine Einschätzung des Arbeitsprogramms der österreichischen Ratspräsidentschaft im Rahmen einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 18. Januar in Straßburg vorstellte, bezeichnete Wachstum und Beschäftigung als die „Themen, über die sich unsere Bürger am meisten Gedanken machen“. Politiker und politische Entscheidungsträger müssten den Bürgern Europas zeigen, dass sie auf deren Probleme eine glaubwürdige Antwort haben, fügte er hinzu.

„Das Frühjahrstreffen des Europäischen Rats im März ist die erste echte Bewährungsprobe. Sie wird zeigen, wie ernst es die Beteiligten mit Wirtschaftsreformen und Modernisierung meinen“, sagte Barroso. „Die Mitgliedstaaten haben ihre nationalen Reformprogramme erstellt. Die Kommission schließt gerade die Bewertung dieser Pro-

gramme ab und wird dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rats Bericht erstatten.“

Barroso weiter: „Die Botschaft, die der [Rat] aussenden muss, ist, dass sich Europa glaubwürdig zu Strukturreformen verpflichtet hat und entschlossen ist, sein Potenzial für Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze voll zu erschließen. Daher begrüßen wir die Bereitschaft der österreichischen Ratspräsidentschaft, der Diskussion um einige der noch offenen Vorschläge, die der Schlüssel zum Erfolg der Lissabon-Strategie sind, eine neue Dynamik zu verleihen.“

Die überarbeitete Lissabon-Agenda, so der Kommissionspräsident, sei insofern schon ein Erfolg, als dass es ihr gelungen sei, eine gemeinsame Vision und einen Konsens zu schaffen, dass der Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung unbedingt erforderlich ist. Weitere

Fortschritte seien in Bereichen wie Forschung und Entwicklung und Hochschulbildung notwendig, schloss er, auch da die Kommission entsprechende Initiativen vorschlagen werde, unter anderem die Einrichtung eines EIT.

Am 18. Januar haben die MdEP mit großer Mehrheit den Kompromiss über die finanzielle Vorausschau der EU abgelehnt, den die Staats- und Regierungschef im Dezember erzielt hatten. Sie stimmten der Einschätzung des Haushaltsausschusses zu, dass dieser Kompromiss keinen EU-Haushalt für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion garantieren könne.

Die MdEP nahmen mit 541 Ja-Stimmen bei 56 Nein-Stimmen und 76 Enthaltungen eine Entschließung an, die sich besonders kritisch über den Vorschlag des Rats äußerte, den EU-Haushalt für 2007-2013 von 975 Milliarden Euro auf 862 Milliarden Euro zu kürzen. Das Parlament begrüßte jedoch die Tatsache, dass der Rat überhaupt zu einem Kompromiss gelangt ist, da dieser nun den Weg frei mache für weitere Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen.

Gestützt auf SPEECH/06/13.

Die Rede von Barroso ist (im PDF-Format) abrufbar unter: <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/13&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> RCN: 25073

GD Forschung unter spanischer Leitung

Der 56-jährige Spanier José Manuel Silva Rodríguez wurde zum neuen Generaldirektor der GD Forschung der Kommission ernannt.

Vor seiner Karriere bei der Europäischen Kommission war Silva Professor an der *Escuela Técnica Superior de Ingenieros Agrónomos* in Madrid und arbeitete in Exportunternehmen. Zudem war er Prüfer beim Wirtschafts- und Handelsministerium.

Silva ist seit 1986 in der Kommission tätig, in erster Linie in der GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Bevor er 1999

den Posten des Generaldirektors für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung übernahm, hatte er mehrere Positionen als Referatsleiter inne.

Gestützt auf Informationen der Europäischen Kommission. Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://europa.eu.int/comm/dgs/research/organisation.cfm?lang=de> RCN: 25005



José Manuel Silva Rodríguez

Fortsetzung von Seite 6 **„Beteiligte debattieren über Pro und Kontra, Aufgabe und Struktur eines Europäischen Instituts für Technologie“**

Mangel an einer kritischen Masse von Ressourcen und öffentlicher Beschaffung hin.

Die Konsultation demonstrierte die Vielzahl der Ansichten der europäischen Forschungsgemeinschaft zur Aufgabe des EIT. Einige sahen es als Mittel zur Förderung von Spitzenleistungen in der Forschung, während andere stärker an der Nutzung von Wissensergebnissen, dem Durchbrechen der Grenze zwischen Forschung und Industrie durch das Vermitteln relevanter Fähigkeiten und der Unterstützung von grenzüberschreitender Mobilität interessiert waren.

Was die Struktur betrifft, so reichten die Ansichten von einem neuen institutionellen Format über eine geographisch verteilte Struktur, eine geographisch zentrierte Struktur und ein sternförmiges Netzwerk mit einem zentralen Knotenpunkt bis hin zu einem Referenzmodell für das Bewirken von Veränderungen in ganz Europa. Chatzimarkakis befürwortet die Nutzung des Gebäudes des Europäischen Parlaments in Straßburg und die Abschaffung des Erfordernisses, dass die MdEP einmal im Monat nach Straßburg reisen. „Straßburg würde zu ‚Wissenschaftsburg‘ werden“, scherzte er.

Es ist klar, dass der Vorschlag der Kommission nicht alle zufrieden stellen wird. Katsoulakis wollte keine Stellungnahme zu dem Vorschlagsentwurf abgeben. Selbst diejenigen, die sich über die Notwendigkeit eines EIT einig sind, stimmen nicht notwendigerweise in Bezug auf seine Aufgabe und Struktur überein. Sie werden bis Mitte Februar warten müssen, wenn die Kommission ihre Vorschläge zu veröffentlichen hofft, um herauszufinden, welche Ansicht die Kommission vertritt.

Gestützt auf die Teilnahme von CORDIS-Nachrichten an dem Seminar „An EIT for Europe?“. RCN: 25108

Potočnik vor MdEP: Struktur und Philosophie des RP7 bleiben trotz gekürztem Budget unverändert

In einer Rede vor MdEP am 26. Januar hat der EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potočnik skizziert, welche Teile des Vorschlags für das RP7 auch bei einem reduzierten Budget unverändert bleiben müssen. Er empfahl dem Parlament, die Debatte des Rahmenprogramms fortzusetzen, ohne auf eine endgültige RP7-Budgetentscheidung zu warten. Potočnik äußerte sich auch kritisch zu einigen der Änderungen, die der Berichterstatter Jerzy Buzek in seinem Bericht über die RP7-Vorschläge fordert.

„Der wesentliche Punkt“, so Potočnik in seiner Rede vor dem Industrie-, Forschungs- und Energie- (ITRE) Ausschuss, sei der enge Zeitrahmen für die Annahme des RP7. „Eine unabdingbare Voraussetzung für den erfolgreichen Übergang vom aktuellen zum neuen Programm“ sei es sicherzustellen, dass es keine Verzögerungen gibt. Der Kommissar forderte die MdEP dringend auf, Buzeks Bericht so schnell wie möglich im Plenum zu diskutieren. Er erklärte, dass eine endgültige Vereinbarung bis Oktober getroffen werden müsse, wenn das RP7 rechtzeitig 2007 starten solle.

Aufgrund der Entscheidung des Rates vom Dezember für das Gesamtbudget der EU für den Zeitraum 2007 bis 2013 wird das RP7-Budget wahrscheinlich geringer ausfallen als das von der Kommission vorgeschlagene. Der Kommissar bekräftigte allerdings, dass die in den ursprünglichen Vorschlägen skizzierte Struktur und Philosophie beibehalten werde.

Angesichts der Tatsache, dass Teile des Vorschlags umgeschrieben werden müssen, so Potočnik, könnten in den Bereichen mit einem kleinen Budget die Kürzungen nicht so massiv ausfallen wie in den Bereichen, für die bereits mehr Mittel beabsichtigt sind. Ansonsten würden diese kleineren Bereiche sinnlos werden. Stattdessen sei eine striktere Priorisierung innerhalb der Themen sowie höchstmögliche Flexibilität vonnöten, sagte er.

In Bezug auf die Änderungen, die das polnische MdEP Jerzy Buzek vorgeschlagen hat, stimmte Potočnik nicht mit der Ansicht des Berichterstatters über die Umsetzung des Europäischen Forschungsrats überein. Potočnik hatte vorgesehen, dass der Europäische Forschungsrat unter einer Exekutivagentur eingerichtet wird, Buzek dagegen zieht die Artikel 171-Lösung vor.

Artikel 171 sei „natürlich eine Möglichkeit“, so Potočnik, aber er mache sich „Sorgen über politischen Druck – der nichts mit der wissenschaftlichen Qualität zu tun hat –, aber auf das Management des Europäischen Forschungsrats ausgeübt werden könnte“, und er habe „praktische Bedenken“. „Fragen wie die

der Politik der ‚simplen Mittelrückholung‘ untergraben das Wesen des Europäischen Forschungsrats – dieses Wesen ist ein fairer europaweiter Wettbewerb auf der Basis wissenschaftlicher Spitzenleistung“, erklärte er.

Wenn der Europäische Forschungsrat im Jahr 2007 funktionsfähig sein soll, so Potočnik weiter, sei eine Exekutivagentur die einzige realistische Option. Potočnik signalisierte Bereitschaft, die Artikel 171-Alternative in Betracht zu ziehen, warnte aber, dass dann der Europäische Forschungsrat erst später als geplant seine Arbeit aufnehmen könne. Er schlug einen Kompromiss vor, der zunächst eine Exekutivagentur vorsieht, die – falls im Rahmen einer Zwischenüberprüfung des FP7 im Jahr 2010 empfohlen – von der Artikel 171-Variante abgelöst werden könnte.



Janez Potočnik

Potočnik hinterfragte auch die Logik der „Kosteneffizienz“, die im Buzek-Bericht als Priorität hervorgehoben wird. Der Kommissar sagte, er hege „ernste Zweifel“, wie diese Logik umzusetzen sei und betonte, die oberste Priorität seien nicht die niedrigsten Kosten, sondern der effizienteste Einsatz der Gemeinschaftsmittel im Verhältnis zu den Ergebnissen. „Spitzenleistung ist das Kriterium, das auf das RP7 angewendet werden muss und von dem sein Erfolg abhängt“, sagte er.

Der Kommissar wies darauf hin, dass der vom Berichterstatter oft verwendete Begriff „young researcher“ (Nachwuchsforscher) nicht in dem Vorschlag auftauche, da dieses Konzept, insbesondere wenn es mit einer Altersgrenze gekoppelt ist, juristische Probleme aufgrund von Altersdiskriminierung auslösen könnte. Er versicherte, dass junge Forscher im RP7 nicht ignoriert werden, und erklärte, dass sich im RP6 die Dauer der Forschungserfahrung als ein angemesseneres Kriterium erwiesen habe.

Zum Schluss ging Potočnik auf die Bedenken in Bezug auf die Verbindungen zwischen dem RP7 und dem CIP ein. Er erklärte, dass das RP7 den Schwerpunkt auf Forschungsprojekte lege, an denen sich Forschungsorganisationen und Unternehmen direkt beteiligen, während sich das CIP darauf konzentriere, Projekte zu fördern, die bestehende Technologien nutzen. Die Ziele ergänzten sich daher.

Nach der Budgetentscheidung des Rates vom vergangenen Dezember gehe es nun darum, die zur Verfügung stehenden Mittel zu verteilen. Sobald Potočnik weiß, wie viel Geld für das RP7 bereitgestellt wird, wird ein neuer Vorschlag unterbreitet. Ergänzungen zu und die Annahme von Buzeks Bericht werden verschoben, bis der aktualisierte Vorschlag der Kommission vorliegt.

Trotz dieser Verzögerungen, so der Kommissar abschließend, fordere er die MdEP erneut auf, ihre Debatte über das RP7 weiterzuführen. Er bat sie, den Prozess der Annahme ihres Berichts zu beschleunigen.

Getützt auf SPEECH/06/41.
RCN: 25126

Siehe auch „Kommission veröffentlicht Vorschlag für vereinfachte Vorschriften für die Teilnahme am RP7“; Seite 15

Buzek-Bericht: Jede Kürzung eines verdoppelten RP7-Haushalts steht im Widerspruch zur Lissabon-Strategie

Im ersten Entwurf eines Berichts über das RP7 des ITRE-Ausschusses des Europäischen Parlaments heißt es, dass jede Kürzung der vorgeschlagenen Verdoppelung des Programmaushalts im Widerspruch zur Lissabon-Strategie und im Gegensatz zu den früheren Erklärungen der führenden Köpfe der Europäischen Union steht.



Jerzy Buzek

Der vom Berichterstatter über das RP7 des ITRE-Ausschusses und ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek erstellte Bericht stellt eine zweite, wenn auch indirekte, klare Ablehnung des vom Rat im Dezember 2005 erzielten Kompromisses zum EU-Haushalt durch das Europäische Parlament dar. Am 12. Januar lehnte der Haushaltsausschuss des Parlaments die Einigung des Rats über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 mit der Begründung ab, sie gewährleiste keinen EU-Haushalt, der Wohlstand, Konkurrenzfähigkeit und Kohäsion garantiere.

In dem Buzek-Bericht heißt es: „[...] Das Europäische Parlament hat der Kommission beigepflichtet, [dass...] die Haushaltsmittel für das RP7 verdoppelt werden müssen. Jede Kürzung der Haushaltsmittel für das RP7 steht im Widerspruch zur Lissabon-Strategie und im Gegensatz zu allen Erklärungen der führenden Köpfe der Europäischen Union. [...] Daher kann nur eine Finanzierung in entsprechender Höhe schlussendlich zum Erfolg führen.“

Jede Kürzung des vorgeschlagenen Haushalts für das RP7 gefährdet den Erfolg des Europäischen Forschungsrats, untergräbt die Anstrengung zur Erhöhung der EU-Investitionen in die Forschung auf 3 % des BIP und bedroht die europäischen Forschungsanstrengungen in Bereichen, in denen öffentliche Unterstützung besonders notwendig ist. „Nicht auszudenken, wenn so empfindliche Bereiche wie beispielsweise Gesundheit [...], Energie [...] oder Umwelt womöglich von Mittelkürzungen betroffen wären“, wird in dem Bericht des ITRE-Ausschusses gewarnt.

Daher sind dem Bericht zufolge eine klare Vision und eine starke Führung erforder-

lich, um angemessene Haushaltsmittel für das RP7 sicherzustellen, und der ITRE-Ausschuss erwartet, dass diese beiden Elemente in künftigen Sitzungen des Europäischen Rats offensichtlich sind.

Der Bericht des ITRE-Ausschusses lässt Bedenken hinsichtlich des Programmaushalts hinter sich und schlägt trotz seiner umfassenden Unterstützung für den ursprünglichen Vorschlag der Kommission 116 Änderungsanträge zum Originaltext vor. Eine wichtige Änderung bezieht sich auf die vorgeschlagene Tätigkeit des Europäischen Forschungsrats, die über das von der Kommission vorgeschlagene „hohe Maß an Autonomie“ hinausgeht, indem es heißt, dass er als ein rechtlich unabhängiges Gremium gemäß Artikel 171 des Vertrags eingesetzt werden soll.

Der Entwurf des Parlamentsberichts ist außerdem darauf bedacht, dass die Ergebnisse der vom Rahmenprogramm finanzierten Forschung in kommerzielle Produkte umgesetzt werden, und fordert daher eine angemessene Koordination zwischen dem RP7 und dem CIP. „Es ist unbedingt zu prüfen, ob eine Einrichtung wie ein EIT auch zur Schaffung von Synergieeffekten zwischen diesen beiden Programmen beitragen könnte“, heißt es weiter.

Um die engere Integration von Forschern aus den neuen Mitgliedstaaten in das Rahmenprogramm zu fördern, argumentiert der Bericht, dass Europa die Unterschiede bei den Kosten der Humanressourcen nutzen und hervorragende Forschung zu geringeren Kosten finanzieren sollte. „Hervorragende wissenschaftliche Leistungen bleiben zwar das ausschlaggebende Bewertungs-

kriterium für Maßnahmen [...], doch Analysen der Kostenwirksamkeit werden nach Möglichkeit auch berücksichtigt“, heißt es in dem vorgeschlagenen Änderungsantrag.

Um die Schwäche von in verschiedenen Studien identifizierten Technologietransferaktivitäten in Europa anzugehen, schlägt der ITRE-Ausschuss die Einrichtung einer „Technologietransfer-Fazilität“ vor, die unter dem RP7 eingesetzt und vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) betrieben wird. Die Fazilität würde den Technologietransfer zwischen Universitäten, Forschungszentren und anderen Organisationen finanzieren und eine weitere wichtige Verbindung zwischen den Tätigkeiten des RP7 und des CIP darstellen.

Schließlich heißt es in dem Bericht, dass Weltraum und Sicherheit als getrennte Themen betrachtet werden sollten, da es nicht viele eindeutige Verbindungen zwischen beiden Themen gebe, und er empfiehlt außerdem eine Ausweitung der Exzellenznetze zur Einbeziehung von mehr Vernetzungen und Integration in nationale Forschungsprogramme und nationale Technologieplattformen.

Buzek stellte seinen Bericht erstmals am 16. Januar den Mitgliedern des ITRE-Ausschusses in Straßburg vor. Der Ausschuss wird über den Text abstimmen, bevor in einer Plenarsitzung des Parlaments, die am 14. März stattfinden soll, die erste Lesung durch alle MdEP erfolgen wird.

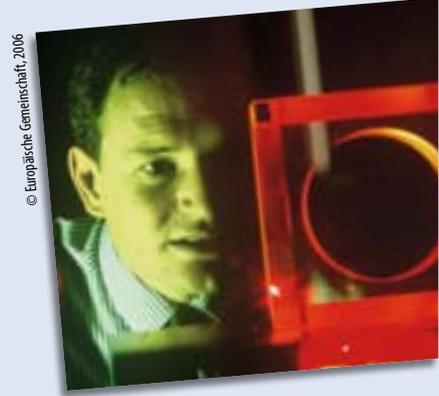
Gestützt auf den Entwurf des RP7-Berichts des ITRE-Ausschusses. Der Bericht und Begleitdokumente sind abrufbar unter: http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/organes/itre/itre_20060116_1900.htm RCN: 25054

Häufig verwendete Abkürzungen

CIP	Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation	RP7	Entwicklung und Demonstration Siebtes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration
CORDIS	Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der Gemeinschaft	IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
EFR	Europäischer Forschungsraum	IP	Integriertes Projekt
RP5	Fünftes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration	MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
RP6	Sechstes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische	F&E	Forschung und Entwicklung
		F&I	Forschung und Innovation
		KMU	Kleine und mittlere Unternehmen

Förderungsstrategie und organisatorische Strukturen des Europäischen Forschungsrats nehmen auf Treffen des wissenschaftlichen Rates Gestalt an

Am 24. und 25. Januar traf sich die Leitungsbehörde des vorgeschlagenen Europäischen Forschungsrats, der wissenschaftliche Rat, um über die Wissenschaftsstrategie und Betriebsvorkehrungen zu diskutieren. Insbesondere entschied der Rat, zwei Finanzierungsströme einzurichten: einen, um ausgezeichnete, unabhängige Nachwuchsforscher zu etablieren und zu unterstützen, und den anderen, um ausgezeichneten und innovativen Grenzforschungsprojekten, die von einzelnen Teams durchgeführt und von unterschiedlich erfahrenen Forschern geleitet werden, breitere Unterstützung zu geben.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Die Europäische Kommission schlug die Schaffung des Europäischen Forschungsrats in ihren Vorschlägen für ein RP7 vor, um grundlegende, wissenschaftlich geführte Forschung durch europaweiten Wettbewerb zu fördern. Die Wissenschaftsstrategie des Rates für den Europäischen Forschungsrat sieht vor, dass die beiden Finanzierungsströme das zentrale Ziel der Förderung europäischer Spitzenleistungen in der Grenzforschung durch wissenschaftsbasierte Förderung erfüllen, während außerdem die unzureichende Unterstützung für Forscher in vielen Teilen Europas zur raschen Erreichung von Unabhängigkeit angegangen wird. Der Europäische Forschungsrat würde somit helfen, diese Lücke zu schließen, um wissenschaftliches Spitzentalent für die nächste Generation zu erhalten.

Der wissenschaftliche Rat wies auf die Notwendigkeit einer „gegenseitigen Befruchtung“ an den Schnittstellen zwischen Wissenschaftsbereichen sowie von Spitzenleistungen in einzelnen Bereichen hin und erklärte, dass seine frühe Strategieentwicklung Überlegungen enthalten würde, wie die interdisziplinäre Forschung unterstützt werden könne. Anwendungsverfahren und Peer-Review-Methoden sollten entsprechend entwickelt werden, um eine beständige Bewertung von Vorschlägen durch alle Disziplinen zu gewährleisten, einschließlich derjenigen, die traditionelle Grenzen verbinden.

Der Rat erörterte außerdem, wie der positive Einfluss des Europäischen Forschungsrats auf die europäische Forschung maximiert werden kann, indem ein unverwechselbares und erkennbares Profil für seine Programme entwickelt wird, das seine Zweckmäßigkeit über den anfänglichen, derzeit vorgeschlagenen Zeitraum von sieben Jahren hinaus demonstrieren würde. Um seine Förderaktivitäten für den breitest möglichen Wettbewerb in ganz Europa zu öffnen, sollte er von bestehenden erfolgreichen nationalen, eu-

ropäischen und internationalen Programmen lernen und diese ergänzen. Der wissenschaftliche Rat nannte insbesondere das Marie-Curie-Programm für Schulung und Mobilität als ein Beispiel dafür.

Während zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament noch Uneinigkeit besteht, ob der Europäische Forschungsrat als eine Exekutivagentur oder als Initiative gemäß Artikel 171 eingerichtet werden soll, hat der wissenschaftliche Rat die organisatorischen Regeln angesprochen. Um Kohärenz zwischen Strategie und Umsetzungsstruktur zu erhalten, hat der Rat beschlossen, einen Verwaltungsrat bestehend aus fünf Personen zu bilden, der aus einem Generalsekretär, dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des wissenschaftlichen Rates sowie dem Direktor der Umsetzungsagentur bestehen soll.

Der Generalsekretär des Europäischen Forschungsrats soll im Rahmen eines offenen Einstellungsverfahrens rekrutiert werden. Der wissenschaftliche Rat gab an, dass ein geeigneter Kandidat für diese Position ein angesehener Wissenschaftler mit breiter Erfahrung in der Förderung der Grundlagenforschung auf höchster Ebene sein müsse. Darüber hinaus müsste er oder sie internationalen Respekt von Kollegen genießen und Vision, Autorität und gute Leistungen zur Führung einer wichtigen europäischen Initiative aufweisen können. Das Rekrutierungsverfahren muss außerdem genügend Zeit erlauben, um den Betrieb des Europäischen Forschungsrats unter dem RP7 einzuleiten, der planmäßig 2007 beginnen soll.

Weitere Informationen über den Europäischen Forschungsrat sind auf folgender Website abrufbar:
http://europa.eu.int/comm/research/future/basic_research/index_en.html

Weitere Informationen zu dieser und weiteren Vorbereitungen des RP7 sind abrufbar unter:
<http://cordis.europa.eu.int/fp7/>
 RCN: 25142

Kommission legt „faire und unverblümete“ Bewertung der nationalen Reformprogramme vor

Im Rahmen ihres ersten Jahresfortschrittsberichts über die überarbeitete Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung hat die Kommission nach eigenen Angaben eine „faire und unverblümete“ Bewertung der nationalen Reformprogramme (NRP) der Mitgliedstaaten vorgenommen, die allesamt Stärken und Schwächen aufweisen.

Nach der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts am 25. Januar wurde in gewissen Kreisen Enttäuschung darüber laut, dass die Kommission bei ihrer Bewertung der Reformpläne der Mitgliedstaaten zu diplomatisch geblieben sei. In der Kommission ist man unterdessen der Auffassung, dass es zu diesem Zeitpunkt kontraproduktiv wäre, die Schlusslichter Europas auf dem Weg zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit derart an den Pranger zu stellen.

„Die Kommission möchte nicht so vorgehen, wie es beispielsweise beim Eurovision

Song Contest üblich ist, und eine Rangliste der nationalen Programme aufstellen“, heißt es dazu in einer Mitteilung. „Eine solche Politik des Fingerzeigens eignet sich möglicherweise für einfache statistische Sachverhalte – etwa wenn es darum geht, welche Länder die vereinbarten europäischen Gesetze umgesetzt haben und welche nicht – aber nicht für diesen Fall.“

Das wichtigste Argument gegen die Aufstellung einer solchen Rangliste bestehe darin, dass die EU-Mitgliedstaaten mit unter-

schiedlichen Voraussetzungen an den Start gegangen und mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert seien. Dessen ungeachtet habe die Kommission versucht, „in den Bewertungen sowohl Stärken als auch Schwächen absolut fair und unverblümt anzusprechen“.

Beim Reformprogramm Österreichs, das zurzeit die EU-Präsidentschaft führt, stimmt die Kommission beispielsweise den sieben vorrangigen Maßnahmenbereichen im Großen und Ganzen zu. Besondere Stärken liegen dem Bericht zufolge etwa in den Plänen zur Förderung von Innovation und Umwelttechnologien sowie in Maßnahmen, die darauf abzielen, die Anreize zur Aufnahme von und zum Verbleib in Beschäftigungsverhältnissen zu erhöhen. In Österreich liegt die Beschäftigungsquote mit 67,8 % zwar deutlich

Fortsetzung auf Seite 11

Plenardebatte zum Thema „Gas“: Erneute Forderungen nach einer gemeinsamen Energiepolitik

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft hielt am Dienstag, den 17. Januar, eine Plenarsitzung im Straßburger Parlament ab, auf der mehrere Mitglieder angesichts des kürzlichen Streits zwischen Russland und der Ukraine, der die Gaslieferungen in Europa beeinträchtigte, erneut eine gemeinsame Energiepolitik forderten. Es besteht jedoch noch eine klare Meinungsverschiedenheit darüber, welche Rolle die Kernenergie im Rahmen einer gemeinsamen Energiepolitik spielen könnte, und ob diese oder erneuerbare Energiequellen im Mittelpunkt weiterer Forschung stehen sollten.

Die Debatte wurde aufgrund von Bedenken bezüglich der Zuverlässigkeit der russischen Gaslieferungen in die Tagesordnung der Plenarsitzung aufgenommen. Die MdEP hatten am 11. Januar ihre eigene außerplanmäßige Sitzung einberufen, um das Problem zu diskutieren, wobei die darauf folgende Debatte auf eine umfassende Einigung zu einer gemeinsamen Energiepolitik hindeutete.

Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel forderte die EU-Mitglieder auf, ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. „Es geht darum, unsere Abhängigkeit von einem Lieferanten zu verringern, sowie um eine Diversifizierung der Versorgung“, sagte er. Die Diversifizierung der Versorgung wird allgemein als ein wesentliches langfristiges Ziel anerkannt.

Der EU-Energiekommissar Andris Piebalgs ging noch weiter, indem er eine „geschlossene

Politik zur Sicherstellung der Energieversorgung [...]“ forderte. „Dieser Streit hat die EU wirklich wachgerüttelt. Wir müssen daraus lernen und eine gemeinsame Außenpolitik für Energie entwickeln.“ Die MdEP unterstützten erneut eine gemeinsame Energiepolitik, aber während einige Fraktionen weitere Investitionen in erneuerbare Energiequellen bevorzugen, fassen andere eine nukleare Zukunft ins Auge.

Der österreichische Wirtschaftsminister und Präsident des Rates Martin Bartenstein sagte, die EU müsse „saubere Technologien und eine langfristige Nutzung paralleler Energieträger“ anstreben. „Wir denken nicht, dass Kernenergie eine Option ist. Wir möchten die Entwicklung innerhalb des Energiemarktes betrachten und versuchen, fruchtbare Anstrengungen zu fördern.“

Die litauische Abgeordnete Danute Budreikaite forderte jedoch eine „erneute Analyse

der Rückkehr zu einem gewissen Maß an Kernenergie, um eine größere Unabhängigkeit von Russland zu erzielen“.

Ihre Landsmännin Margarite Starkevičiute war ebenfalls für einen nuklearen Ansatz und forderte die Einrichtung eines Forschungs-/Innovationszentrums für Kernkraftwerke der neuen Generation oder ähnliche Technologien. „Ich erwarte, dass die Kommission einen solchen Vorschlag macht; dann hätten unsere Erklärungen zur Strategie von Lissabon wirklich Substanz“, sagte sie. Mittelfristig befindet sich eine Pipeline, die Gas vom Kaspischen Meer über die Türkei transportiert, in der Entwicklung und würde viele der aktuellen Probleme verringern. Langfristige Lösungen werden aber weniger konkret ins Auge gefasst.

Die MdEP können noch nicht über die Aufnahme der Arbeiten an einer gemeinsamen Energiepolitik abstimmen, da bisher weder vom Rat noch von der Kommission ein Antrag eingereicht wurde.

Gestützt auf Angaben des Europäischen Parlaments und der Kommission. Weitere Informationen sind abrufbar unter: http://www.europarl.eu.int/news/public/story_page/008-4266-16-1-3-901-20060113ST004265-2006-16-01-2006/default_de.htm RCN: 25076

Fortsetzung von Seite 10 **„Kommission legt faire und unverblümete Bewertung der nationalen Reformprogramme vor“**

über dem EU-Durchschnitt, aber 2004 stieg die Arbeitslosigkeit im dritten Jahr in Folge an und erreichte 4,8 %, wobei insbesondere junge Menschen ohne Arbeit waren.

Bemängelt wird hingegen von der Kommission, dass beim NRP Österreichs, das auf kurze Sicht kohärent und realistisch sei, „ein ehrgeizigerer und längerfristiger Ansatz wünschenswert gewesen wäre“. So wird die österreichische Regierung aufgefordert, regulatorische Wettbewerbshindernisse im Dienstleistungssektor zu beseitigen und Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsquote von älteren Menschen zu ergreifen, die mit 29 % zu den niedrigsten der EU zähle.

In Bezug auf Estland fand die Kommission lobende Worte für das kohärente und klar strukturierte Reformprogramm des Landes. „Die Ziele sind ehrgeizig, und es werden klar und detailliert Wege und Maßnahmen aufgeführt, wie diese erreicht werden sollen“, so die Kommission. Dem NRP Estlands zufolge liegen die Schlüsselherausforderungen in den Bereichen F&E und Beschäftigung.

Zu den Stärken des Programms zählen Maßnahmen zur Verbindung von Umweltverträglichkeit und Wirtschaftswachstum sowie entschlossene Anstrengungen zur Einführung von IKT im öffentlichen Sektor – ein Punkt, der nach Ansicht der Kommission Vorbildfunktion für andere Länder haben könne. Die einzigen Bereiche, in denen die Kommission bei Estland noch Verbesserungsbedarf sieht, sind die Förderung privater Investitionen in F&E, die Verbesserung von Kompetenzen sowie die Verknüpfung von Maßnahmen des NRP mit Fördergeldern aus den Strukturfonds.

Finnland, das laut dem jährlichen Ranking des *World Economic Forum* seit nunmehr drei Jahren das wettbewerbsfähigste Land der Welt ist, könnte man es eigentlich nicht verdenken, wenn es sich mit Blick auf sein NRP auf seinen Lorbeeren ausruhen würde. Nach Auffassung der Kommission hat sich das Land dennoch ehrgeizige, aber erreichbare Ziele gesetzt, die auf seinen jüngsten Erfolgen aufbauen. So strebt Finnland insbesondere eine Erhöhung der Investitionen

in F&E auf 4 % des BIP bis 2010 an. Darüber hinaus werden sich nach Überzeugung der Kommission die breit angelegte Debatte zur Strategie Finnlands sowie das daraus resultierende Engagement bei der anschließenden Umsetzung maßgeblich auszahlen.

Im Allgemeinen sind die NRP nach Auffassung der Kommission insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten nur sehr wenig Zeit für deren Ausarbeitung hatten, „sehr ermutigend und ein viel versprechendes Anzeichen dafür, dass die neue Partnerschaft bereits erste Früchte trägt“. „Bei allen NRP gibt es jedoch noch Verbesserungsmöglichkeiten unterschiedlichen Ausmaßes. Nun kommt es insbesondere darauf an, wie die NRP in die Praxis umgesetzt werden“, heißt es abschließend.

Ein Überblick über die Bewertung der NRP durch die Kommission ist abrufbar unter: http://europa.eu.int/growthandjobs/national-annexes_en.htm Weitere Informationen über die Strategie für Wachstum und Beschäftigung sind abrufbar unter: http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm RCN: 25128

Laut Expertengruppe könnte Europa mehr von Forschungstiftungen profitieren

Im Hinblick auf eine Möglichkeit der Förderung von Forschungsfinanzierung, ohne mehr Mittel von Regierungen oder der Industrie zu fordern, hat die Europäische Kommission eine Studie zur potenziellen Rolle von Stiftungen und gemeinnützigen Organisationen bei der Förderung von Forschungsinvestitionen finanziert. Der Studienbericht bestätigt, dass Stiftungen „möglicherweise ein wichtiges Element der Strategie der [Europäischen Kommission] zur Schaffung eines Europäischen Forschungsraums sein könnten“, und spricht Empfehlungen in fünf Schlüsselbereichen aus.

Der Begriff „Stiftung“ wird in dem Bericht für gemeinnützige Organisationen verwendet, die unabhängig von der Regierung und der Industrie sind, Ziele der Öffentlichkeit verfolgen, über einen eigenen Vorstand verfügen und eine eigene Einnahmequelle haben. Laut dem *European Foundation Centre* (EFC) gab es 2001 schätzungsweise 62 000 Stiftungen in der EU-15. Die Mehrzahl dieser Stiftungen ist allerdings nicht im Forschungsbereich tätig.

Derzeit sind die Mittel, die über Stiftungen in die Forschung geleitet werden, relativ gering, sowohl im Vergleich mit der Finanzierung seitens der Regierungen und der Industrie, als auch im Vergleich mit den Mitteln, die in den USA von Stiftungen in die Forschung gesteckt werden. Laut Bericht ist dieses Phänomen auf Hindernisse und mangelnde Anreize zurückzuführen,

die Einzelpersonen und Unternehmen an Finanzierungen hindern und die den Geldfluss von Stiftungen und des gemeinnützigen Sektors in die Forschung behindern oder die effiziente Nutzung der Mittel hemmen.

Stiftungen könnten Forschungsanstrengungen jedoch auf unterschiedliche Art und Weise unterstützen, so die Verfasser des Berichts: „Sie können das Volumen der Forschungsmittel für Grundlagenforschung, ohne offensichtliche Anwendung durchgeführte ‚Blue-Skies-Forschung‘, nicht populäre Forschung und noch in den Kinderschuhen steckende angewandte Forschung, die nicht ausreichend fortgeschritten sind, um Mittel aus der Industrie anzuziehen, erhöhen. Sie können die europäische Integration durch die Förderung grenzüberschreitender Forschungsprojekte antreiben. Sie können interdisziplinäre Projekte finanzieren, die Mobili-

tät, den Austausch und die Zusammenarbeit der Forscher verbessern, eine Struktur zur Finanzierung kleiner Projekte und eine Strategie zur langfristigen Finanzierung bereitstellen sowie einen Rahmen, der Industrie und Regierung ergänzt. Sie haben die Flexibilität, auf die Anforderungen der Forschungsgemeinschaft zu reagieren, und fördern Forschungsinvestitionen größerer Geldgeber.“

Die Empfehlungen des Berichts beziehen sich auf spezifische Akteure (Regierungen, EU-Institutionen, Stiftungen, Industrie, Universitäten und die Öffentlichkeit) und sind in fünf Kategorien unterteilt: mehr Transparenz in Bezug auf und Informationen über Stiftungen (Einkommen, Ausgaben und Maßnahmen), ein günstigeres Rechts- und Steuerumfeld für Stiftungen, Mechanismen zur Erhöhung der Mittel für Forschung, effizientere Finanzierungsvorkehrungen und -vorschriften sowie ein für den Betrieb von Stiftungen förderlicheres EU-weites Umfeld.

Entscheidend für die Erhöhung der Transparenz von Forschungstiftungen sei die Sammlung umfangreicher Daten über den Stiftungssektor aus der ganzen EU, heißt es in dem Bericht. Dies könnte durch die Förderung der Einrichtung eines europäischen Forums der Forschungstiftungen erreicht

Fortsetzung auf Seite 13

Kommission gegenüber Mitgliedstaaten: es ist Zeit, solide Reformprogramme mit Maßnahmen zu unterstützen

Die Kommission richtete am 25. Januar in ihrem ersten Jahresfortschrittsbericht zur überarbeiteten Lissabon-Strategie eine klare Botschaft an die Mitgliedstaaten – es wurden gute Leistungen erzielt, aber Verbesserungen sind erforderlich.

In ihrem Fortschrittsbericht gegenüber dem Frühjahrgipfel des Europäischen Rats begrüßt die Kommission die Tatsache, dass alle 25 EU-Regierungen nationale Reformprogramme (NRP), viele unter knappen Fristen, erstellt haben, als „einen wichtigen ersten Test“. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten ihre Reformen vollständig und rechtzeitig umsetzen, so der Bericht weiter.

„Meine Botschaft ist eindeutig: es ist Zeit zu handeln“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der den Bericht vorstellte. „Das Engagement der Mitgliedstaaten zeigt sich allein schon daran, dass inzwischen 25 NRP vorliegen. Jetzt geht es an deren Umsetzung.“

Barroso sagte weiter: „95 % dessen, was in diesen Programmen steht, liegt eigentlich auf der Hand – die Mitgliedstaaten müssen nun dafür sorgen, dass es sich auch in der Praxis niederschlägt. Es ist nun an der Zeit, dass sie den politischen Willen aufbringen, auf Worte Taten folgen zu lassen.“

Der Bericht analysiert die drei wichtigsten politischen Bereiche, die in den NRP für Maßnahmen identifiziert wurden: makroökonomische, mikroökonomische und Beschäftigungsfragen. Auf der makroökonomischen Ebene haben die Mitgliedstaaten die Haushaltsdisziplin im Bereich der öffentlichen Finanzen als die wichtigste Herausforderung angesehen. Die meisten bevorzugten Ausgabenkürzungen gegenüber Steuererhöhungen und viele bekunden ihre Absicht, Mittel für die Stärkung von Infrastruktur, Humankapital sowie F&E bereitzustellen. „Es sind jedoch wenige [NRP] eindeutig in Bezug auf die finanziellen Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen“, bemerkt die Kommission.

In Bezug auf die mikroökonomischen Maßnahmen stellt die Stärkung von F&I eine Schlüsselpriorität für alle EU-Länder dar. Viele beabsichtigen die Förderung innovativer Cluster von Hochschulen, Forschungs-

instituten und Unternehmen. Die Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln wird ebenfalls als ein wichtiges Thema angesehen. 18 von 25 Ländern haben sich nationale Ziele für F&E-Investitionen gesetzt, und falls alle erreicht werden, geht die Kommission davon aus, dass sich die Ausgaben bis 2010 auf 2,6 % des BIP erhöhen werden, womit das im Jahr 2002 in Barcelona festgelegte kollektive Ziel von 3 % verfehlt wird. Darüber hinaus wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass „die meisten Programme nicht weit genug gehen, um eine positivere Einstellung gegenüber Unternehmertum zu fördern und mehr Leute dazu zu ermutigen, ihr eigenes Unternehmen zu gründen“.

Alle NRP räumen Maßnahmen, um mehr Bürger in ein Arbeitsumfeld zu bringen und darin zu halten, eine hohe Priorität ein, bemerkt die Kommission, wobei besondere Anstrengungen unternommen würden oder vorgesehen seien, um die Beschäftigungssituation von Frauen, älteren Arbeitnehmern und jungen oder benachteiligten Menschen zu verbessern. „Effizienz und Nachhaltigkeit dieser Anstrengungen werden jedoch durch einen Trend zu unsystematischen Politiken behindert“, ergänzt der Bericht.

Fortsetzung auf Seite 13

werden, schlagen die Verfasser des Berichts vor. Eine weitere Empfehlung unter der Schlagzeile „Transparenz“ bezieht sich auf die Förderung der Bereitstellung von Geldern für den Forschungssektor durch nationale und internationale Kampagnen.

In Bezug auf Steuer- und Regulierungsaspekte wird empfohlen, dass auf Spenden und wohltätige Schenkungen von Einzelpersonen und Unternehmen allgemeinere Steuervergünstigungen oder -abzüge Anwendung finden. Dies umfasst die Gewährleistung, dass Spendenprogramme von der Steuer abgesetzt werden können und anwenderfreundlich sind und dass alle Arten von Spenden an Stiftungen (z. B. Bargeld, Immobilien, Aktien, geistige Eigentumsrechte) gefördert werden.

In dem Bericht werden zudem Maßnahmen zur Steuerregelung für Aktivitäten von Stiftungen empfohlen sowie die Vereinfachung des rechtlichen und regulatorischen Umfelds für Stiftungen.

In Bezug auf die Verbesserung der Mechanismen zur Förderung von Forschungsmitteln wird die Einführung eines Systems des „Gleichziehens“ bezüglich der durch Stiftungen unterstützten Forschung sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene, die Förderung der Entwicklung von neuen Forschungsstiftungen durch die Förderung von „Wohltätigkeits-Risikokapital“ und die Förderung der Schaffung von branchenspezifischen oder themenspezifischen Stiftungen durch den Unternehmenssektor empfohlen.

Laut Bericht sollten effizientere Finanzierungsvereinbarungen und -mechanismen gefördert werden. Dies könnte durch die Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Stiftungen und die Untersuchung von Möglichkeiten zur Schaffung von Hochschulstiftungen erreicht werden, heißt es in dem Bericht.

Die abschließenden Empfehlungen der Expertengruppe beziehen sich auf die Förderung ei-

nes förderlicheren EU-weiten Umfelds für Stiftungen. Dies würde Änderungen am regulatorischen und Steuerumfeld der EU sowie verbesserte Bedingungen für grenzüberschreitende Spenden und Stiftungsmaßnahmen über nationale Grenzen hinweg umfassen.

Abschließend wird zu einer Konferenz zur Weiterverfolgung dieser Empfehlungen sowie zur Einrichtung eines Mechanismus für die Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen aufgerufen. Die Verfasser betonen darüber hinaus, dass, wenn die Dynamik dieses Berichts Wirkung zeigen soll, vollstes Engagement, insbesondere auf politischer Ebene, notwendig ist, um die Auswirkungen von Fördergeldern für die Forschung zu erhöhen.

Gestützt auf den Bericht „Giving more for research in Europe. The role of foundations and the non-profit sector in boosting R&D investment“. Der Bericht ist abrufbar unter: http://europa.eu.int/invest-in-research/pdf/REC%205%2078009%20Giving%204%20051018_BAT.pdf RCN: 25133

 <http://cordis.europa.eu/int>

Insgesamt kommt der Bericht zu der Schlussfolgerung, dass die nationalen Programme „eine gute Grundlage sind, um durch die Reformagenda zu kommen“. Jedoch sind nicht alle NRP von gleicher Qualität, und während in einigen der Inhalt und die Struktur ergriffener oder vorgeschlagener politischer Maßnahmen klar dargelegt sind, mangelt es anderen an Zielen, Zeitplänen und detaillierten Haushaltsinformationen für ihre beabsichtigten Reformen. „Dies wird die Umsetzung schwieriger machen“, warnt die Kommission.

Die Integration zwischen makroökonomischen, mikroökonomischen und Beschäftigungselementen der Programme erfordert ebenfalls die Stärkung in vielen Fällen, insbesondere da Fortschritte in einem Bereich häufig von erzielten Fortschritten in einem anderen Bereich abhängig sind. Schließlich mangelt es der Kommission zufolge in den meisten Ländern auch an der Medienberichterstattung und dem öffentlichen Bewusstsein in Bezug auf die Reformagenda, was es schwierig macht herauszufinden, ob breite Teile der Bevölkerung überhaupt von der Strategie wissen, ganz zu schweigen sich daran beteiligen.

Die Kommission hat zwar eine Analyse des Inhalts, der Stärken und Schwächen jedes NRP nach Ländern bereitgestellt, sie hat jedoch beschlossen, keine formellen länderspezifischen Empfehlungen in diesem ersten Fortschrittsbericht abzugeben, da Zeit erforderlich ist, um die NRP vollständig in die

nationalen Politiken und Strukturen zu integrieren. Die Kommission möchte außerdem eine starke Beziehung mit den Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Zusammenarbeit und Vertrauen fördern. Die Kommission ergänzt jedoch, dass sie nicht auf die Nutzung aller ihr zur Verfügung stehenden Instrumente verzichten werde, einschließlich länderspezifischer Empfehlungen, sofern diese als notwendig erachtet werden.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Einige kritisierten die Kommission jedoch für ihren Versuch, einen Kooperationsgeist mit den Mitgliedstaaten zu fördern. Das MdEP Alexander Radwan, Wirtschaftssprecher für die Mitte-Rechts-Fraktion EVP im Europäischen Parlament, antwortete darauf: „Ich hatte auf einen mutigeren Start gehofft. [...] Das Hauptproblem der Strategie von Lissabon sind die mangelnden Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten. [...] Es wäre hilfreich, wenn die Kommission in ihrer Bewertung die nötigen Maßnahmen aufzuführen und dadurch klar machen würde, welche Fortschritte die einzelnen Länder erzielt haben.“

Andere, einschließlich des Fraktionsvorsitzenden der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) Graham Watson MdEP, hatten jedoch mehr Verständnis für den von der Kommission angenommenen Standpunkt. „[...] Die Hauptverantwortung für den Erfolg oder Misserfolg der Lissabon-Ziele für Wirtschaftswachstum liegt bei den Mitgliedstaaten. Die Kommission kann die Mitgliedstaaten ans Wasser bringen, aber trinken müssen sie selber.“

Barroso seinerseits sagte abschließend: „Die Kommission hat diese Programme im Geiste der Partnerschaft, ohne Furcht oder Begünstigung beurteilt. Wir loben, wo dies angebracht ist. Wir üben Kritik, wo sie unserer Meinung nach nötig ist. [...] Unser Jahresfortschrittsbericht zeigt, dass Europa zuversichtlich sein kann. Die Wachstums- und Beschäftigungsziele sind in greifbarer Nähe. Was uns im Weg steht, sind Selbstzufriedenheit, struktureller Konservatismus, die Übertreibung von Risiken und die Untertreibung von Chancen.“

Gestützt auf den Jahresfortschrittsbericht der Kommission zu Wachstum und Beschäftigung. Der Bericht und weitere Informationen sind abrufbar unter: http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm RCN: 25120

Siehe auch „Parlamentsausschuss unterstützt Kommissionsplan zur Neuausrichtung staatlicher Beihilfen“, Seite 15

Bericht: Europäisches „Projekt zum menschlichen Verstand“ wird ähnliche Auswirkungen wie der Darwinismus haben

Nach der Sequenzierung des menschlichen Genoms und im Anschluss an die jüngsten Fortschritte in anderen Bereichen wie Neurobiologie und kognitive Wissenschaft ist die Zeit reif für ein europaweites „Projekt zum menschlichen Verstand“ zur Durchführung von interdisziplinärer Forschung dazu, was genau den Menschen ausmacht.

Dies ist die Schlussfolgerung einer Gruppe hochrangiger Experten, die eingerichtet wurde, um die wissenschaftlichen Möglichkeiten zu untersuchen, die sich aus Fortschritten in unserem Verständnis des menschlichen Verstands ergeben. Diese Gruppe wurde durch die Pathfinder-Initiative der Europäischen Kommission eingerichtet, die Teil des Bereichs „Neue und sich abzeichnende wissenschaftliche und technologische Entwicklungen“ (NEST) des RP6 ist. Der Expertengruppe zufolge wird ein Projekt zum menschlichen Verstand weitreichende Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir leben, haben und könnte sich im 21. Jahrhundert genauso auswirken wie der Darwinismus im 19. Jahrhundert.

„Die Wissenschaftler sind jetzt erstmals in der Lage, die verschiedenen Teile des Puzzles zusammenzusetzen, um ein vollständiges Bild zu erhalten“, heißt es in dem Bericht. „Was wir jetzt brauchen, ist eine leistungsfähige neue Zusammenarbeit zwischen Natur- und Sozialwissenschaftlern, ein Projekt zum menschlichen Verstand, um die Forschungsflut in diesem Bereich zu vereinen und auszuweiten.“

Die Expertengruppe unter dem Vorsitz von Keith Stenning von der Universität Edinburgh im Vereinigten Königreich ist sich bewusst, dass die Forscher aus den Natur- und Sozialwissenschaften nicht immer einer Meinung waren. In dem Bericht heißt es jedoch: „Wer wir sind und wie wir denken und uns verhalten, ist eng mit unserer Entwicklungsgeschichte und unserem aktuellen physischen, sozialen und kulturellen Umfeld verbunden. Nur durch die Zusammensetzung dieser Elemente werden wir ein klares Bild von der reichhaltigen Struktur unserer Existenz erhalten können.“

Das Projekt zum menschlichen Verstand werde eine sehr unterschiedliche Herausforderung gegenüber der des Projekts zum menschlichen Genom darstellen, argumentiert die Gruppe. Diese Anstrengung war hauptsächlich technischer Natur, aber da viele Probleme und Möglichkeiten der Menschheit nicht allein mit technologischen Mitteln angegangen werden können, müssen wir außerdem Möglichkeiten finden, um unser Denken und Verhalten zu ändern. „Ein umfassenderes Wissen in Bezug auf den menschlichen Verstand wird uns die Möglichkeit geben, diese Veränderungen vorzunehmen“, glauben die Experten.

Der Bericht hebt außerdem einige der jüngsten Durchbrüche hervor, auf denen das Projekt zum menschlichen Verstand aufbauen wird, und stellt fünf breite Themenbereiche heraus, auf die sich die Forschung wahrscheinlich konzentrieren wird. Diese sind: die Genetik der menschlichen Wahrnehmung, der sich entwickelnde Verstand, der Denkprozess, Motivation und Entscheidungsfindung sowie kultureller Kontext. Innerhalb dieser Bereiche können die Wissenschaftler die Antworten unter anderem auf die Fragen suchen, wie gerade unsere Spezies einen außerordentlich komplexen Verstand entwickelt hat und aufrechterhält, wie Erfahrungen die Entwicklung und Alterung des menschlichen Gehirns beeinflussen, was Menschen motiviert, mit anderen zusammenzuarbeiten oder diese zu ignorieren, und welches Verhalten zu unserer Kultur gehört und was Teil unserer Natur ist.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die erforderliche Integration von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen zu erreichen. Eine Option beispielsweise wäre die Einrichtung neuer Forschungsinstitute nach dem Vorbild der erfolgreichen Max-Planck-Institute,

aber angesichts der Kosten und der relativen Inflexibilität dieses Ansatzes kam die Gruppe zu dem Schluss, dass diese Option am besten zu einem späteren Zeitpunkt betrachtet werde.

Der von den Experten vorgeschlagene Aktionskurs beginnt mit einer Reihe von Konferenzen oder Diskussionen im Rahmen von Konferenzen zu dem Thema „Was macht den Menschen aus?“, um Interesse an dem Projekt zum menschlichen Verstand zu wecken. Sobald die Begeisterung steigt, könnten interdisziplinäre Sommerschulen abgehalten werden, bevor durch Zuschüsse finanzierte Forschungsprojekte eingerichtet werden,

die Forscher verschiedener Fachrichtungen aus mindestens zwei EU-Mitgliedstaaten zusammenbringen.

Bei der Beurteilung der potenziellen Auswirkungen eines derartigen Programms akzeptiert die Expertengruppe, dass sie in einigen Lagern Wut und Entfremdung hervorrufen wird, „insbesondere unter der zunehmend lautstarken Minderheit, die die darwinistische Theorie komplett ablehnt“. In diesem Zusammenhang betont der Bericht, dass es dringend notwendig sei, dass sich die an der Initiative beteiligten Wissenschaftler mit der Öffentlichkeit engagieren, ihre Ziele klug auswählen und nicht erlauben, dass ihre Ergebnisse verzerrt werden.

Diese Ergebnisse selbst werden sich dem Bericht zufolge in fast allen Bereichen auswirken. Beispielsweise kann ein besseres Verständnis des Lernverhaltens von Kindern verwendet werden, um die Bildungssysteme auf eine wissenschaftlichere Grundlage zu stellen, während tief greifendere Kenntnisse in Bezug auf unsere gemeinsame Entwicklungsgeschichte und gemeinsame menschliche Natur die Bürger toleranter in Bezug auf Menschen mit äußerlichen Unterschieden machen könnten und die durch Einwanderung und Rassismus verursachten Spannungen verringern könnten.

Im Privatsektor unterdessen werden Unternehmen, die versuchen, eine erfolgreiche Unternehmenskultur zu schaffen, von der Erforschung der Frage profitieren, wie die erfolgreichsten menschlichen Kulturen Informationen behandeln, Einzelpersonen zur Zusammenarbeit motivieren und Vorschriften schaffen, die unsere bessere Natur verstärken.

Der Expertengruppe zufolge werden uns die Ergebnisse des Projekts zum menschlichen Verstand schließlich – was ebenfalls wichtig ist – dabei helfen, einige der dringendsten Fragen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, zu lösen. „Ein besseres Verständnis des menschlichen Verstands und warum wir uns so entwickelt haben, dass wir auf bestimmte Art und Weise denken, wird uns bei der Globalisierung, dem demografischen Übergang und sogar bei Themen wie politischer Korruption und Konfliktlösung unterstützen. Die Forschungsergebnisse im Rahmen des Projekts zum menschlichen Verstand werden außerdem Möglichkeiten zur Änderung unseres Verhaltens vorschlagen, um die globale Erwärmung anzugehen und friedlich in einer Welt mit steigender Nachfrage und schrumpfenden natürlichen Ressourcen zu leben“, so der Bericht abschließend.

Gestützt auf einen Bericht der Pathfinder-Expertengruppe zum Thema „Was macht den Menschen aus?“

Der Bericht der Expertengruppe ist abrufbar unter:
ftp://ftp.cordis.europa.eu.int/pub/nest/docs/whatitmeanstobehuman_b5_eur21795_en.pdf
 Einzelheiten der NEST-Pathfinder-Initiativen in diesem Bereich sind abrufbar unter:
ftp://ftp.cordis.europa.eu.int/pub/nest/docs/nest_Pathfinder_projects_en.pdf
 RCN: 25021



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Kommission veröffentlicht Vorschlag für vereinfachte Vorschriften für die Teilnahme am RP7

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag zu den Vorschriften für die Teilnahme am RP7 für Forschung veröffentlicht, in dem die vertraglichen Aspekte des Programms festgelegt sind.

Die Kommission beabsichtigt, das RP7 im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem RP6, zu vereinfachen, und behauptet, dass dieser Vorschlag „ein Instrument zur Verwirklichung vieler Aspekte dieser Vereinfachung“ ist. Die Vorschriften bauen außerdem auf neuen Prinzipien auf, die im RP6 aufgestellt wurden.

Im Zusammenhang mit ihren Anstrengungen zur Vereinfachung hat die Kommission Bestimmungen in Bezug auf geistige Eigentumsrechte angepasst, die es für die Teilnehmer einfacher machen sollten, eine Konsortialvereinbarung abzuschließen und eventuell notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Drei Formen von Finanzhilfen werden unter dem RP7 zur Verfügung stehen: Erstattung zulässiger Kosten, Pauschalbeträge und Finanzierung nach Pauschalsätzen. Zu Beginn des RP7 wird die Erstattung zulässiger Kosten am häufigsten verwendet werden, aber die anderen Formen von Finanzhilfen werden allmählich eingeführt und im Erfolgsfall weiter ausgedehnt.

Der tatsächliche Finanzbeitrag der Gemeinschaft wird maximal 50 % der zulässigen Kosten abzüglich der Einnahmen für Forschungs- und Demonstrationsaktivitäten

betragen. Folgenden Organisationen wird ein Zusatzbetrag von bis zu 25 % für Forschungsaktivitäten gewährt: KMU, öffentlichen Einrichtungen, mittleren und höheren Bildungseinrichtungen und gemeinnützigen Forschungsorganisationen.

Maßnahmen der Pionierforschung – diejenigen, die von dem vorgeschlagenen Europäischen Forschungsrat finanziert werden – werden zu 100 % erstattet. Alle anderen Aktivitäten, einschließlich Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung und Laufbahntwicklung von Forschern, werden bis zu 100 % erstattet.

Ein weiterer Bereich, in dem die Kommission versucht hat, die Bürokratie für die Teilnehmer zu reduzieren, ist der Bereich der Rechnungsprüfungszertifikate. Die Zahl der erforderlichen Rechnungsprüfungszertifikate pro Finanzhilfevereinbarung und Teilnehmer wird reduziert, und Berichte und Berichtszeiträume werden rationalisiert.

Die wichtigsten Änderungen betreffend die Vorschriften zu Verbreitung, Nutzung und Zugangsrechten sind die Abschaffung der meisten Verpflichtungen der Teilnehmer, ihre



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Bedingungen vor dem Beitritt zur Finanzhilfevereinbarung fertig zu stellen, und die Abschaffung der meisten Verpflichtungen der Teilnehmer, die Vorab-Zustimmung der Kommission für Veröffentlichung, Übertragung von Eigentumsrechten und Bereitstellung von Zugriffsrechten an Dritte einzuholen. Der Kommission zufolge sollten die Änderungen den Teilnehmern mehr Flexibilität während des Fortschreitens des Projektes gewähren.

Die Kommission verspricht weitere Anstrengungen, um die Information so klar und zugänglich wie möglich zu machen. Die Anzahl und Länge der Unterlagen wird außerdem verringert und eine unterschiedliche Präsentation der gleichen Informationen in verschiedenen Unterlagen vermieden werden.

Gestützt auf den Vorschlag der Kommission KOM(2005) 705.
Der vollständige Vorschlag ist abrufbar unter:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0705de01.pdf
RCN: 25028

Siehe auch „Potočnik vor MdEP: Struktur und Philosophie des RP7 bleiben trotz gekürztem Budget unverändert“, Seite 8

Parlamentsausschuss unterstützt Kommissionsplan zur Neuausrichtung staatlicher Beihilfen

Die MdEP im Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsfragen des Europäischen Parlaments haben einen Bericht zur Unterstützung der Pläne der Kommission zur Neuausrichtung staatlicher Beihilfen zur Unterstützung von F&I angenommen.

Die Kommission veröffentlichte ihren Aktionsplan am 7. Juni 2005 unter dem Motiv „weniger und besser ausgerichtete staatliche Beihilfen“. In dem Dokument sind die Pläne der Kommission zur Reform und Straffung der EU-Vorschriften zu staatlichen Beihilfen aufgeführt, wobei die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Unterstützung auf wettbewerbsfördernde Bereiche wie F&E, Innovation und Risikokapital für KMU auszurichten.

Am 25. Januar wurde ein Bericht zur Unterstützung des in dem Aktionsplan vorgeschlagenen umfassenden Ansatzes von den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungsfragen ohne Gegenstimme und mit einer Enthaltung angenommen. Das von dem schwedischen MdEP

Gunnar Hökmark entworfene Dokument soll außerdem Input des Parlaments in den Aktionsplan liefern.

Die MdEP waren sich einig, dass staatliche Beihilfen nur als letzter Ausweg im Falle von echtem Marktversagen verwendet werden und „zeitlich begrenzt“ sein sollten. Sie wünschen insbesondere eine Ausrichtung der Beihilfen auf Existenzgründungen und junge, innovative kleine Unternehmen. „Es gibt nur sehr wenige Beispiele dafür, dass neue Erfindungen auf breite politische Unterstützung gestoßen sind. Das politische Interesse galt eher den herkömmlichen Industrien“, sagte Hökmark, der der Meinung ist, dass ein derartiger Ansatz das Wachstum in der Vergangenheit behindert hat.

Der Ausschuss drängt außerdem darauf, dass die Mitgliedstaaten eine Liste der Begünstigten der staatlichen Beihilfen veröffentlichen müssen und dass die Unternehmen verpflichtet sind, Einzelheiten der erhaltenen Beihilfen zu veröffentlichen, damit „die Anteilseigner die effektive Leistung des Unternehmens besser beurteilen können“.

Den MdEP zufolge beläuft sich der Gesamtbetrag der staatlichen Beihilfen, die jedes Jahr in der EU gewährt werden, „selbst nach vorsichtigsten Schätzungen“ auf rund 50 % des Jahreshaushalts der EU.

Gestützt auf Angaben des Europäischen Parlaments.
Weitere Informationen sind unter folgenden Adressen abrufbar:
http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/pr/585/585614/585614de.pdf
http://europa.eu.int/comm/competition/state_aid/others/action_plan/
RCN: 25129

Siehe auch „Kommission gegenüber Mitgliedstaaten: es ist Zeit, solide Reformprogramme mit Maßnahmen zu unterstützen“, Seite 12

Kommission finanziert Forschung zur Beurteilung der Betreuung von Behinderten in Europa

Die Europäische Kommission stellt Mittel für eine Studie bereit, um herauszufinden, wie viele behinderte Menschen sich noch in Betreuungseinrichtungen in Europa befinden, und um die Kosten und das Verfahren für einen Ersatz der Einrichtungen durch Betreuung in der Gemeinschaft zu beurteilen.

Das Projektkonsortium unter der Leitung des *Tizard Centre* an der Universität Kent im Vereinigten Königreich, in dem Forscher aus Belgien, der Tschechischen Republik, Deutschland und Spanien vertreten sind, wird die Situation in 22 europäischen Ländern bewerten. Das auf zwei Jahre angelegte Forschungsprojekt erhält Fördermittel in Höhe von 350 000 Euro vom Referat „Eingliederung von Menschen mit Behinderungen“ der GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten der Kommission.

CORDIS-Nachrichten sprach mit einem der Koordinatoren des Projekts, Jim Mansell vom *Tizard Centre*, und fragte ihn genau, was die Partner zu erreichen versuchen. „Die Kommission bat uns, die Zahl der behinderten Menschen einzuschätzen, die noch in Einrichtungen in Europa betreut werden, was eine Analyse vorhandener Datensätze umfasst. Die Qualität derartiger Daten variiert jedoch in den einzelnen Ländern erheblich, sodass dies keine leichte Aufgabe ist.“

Es wird schwierig genug sein, bloß eine genaue Vorstellung von der Zahl der Behinderten zu erhalten, die in Einrichtungen betreut werden. Aber wo dies möglich ist, wird das Team auch versuchen, qualitative Daten beispielsweise zu den verschiedenen Arten von Einrichtungen, die noch genutzt werden, und der Zahl qualifizierter Mitarbeiter, die in diesen Einrichtungen tätig sind, zu sammeln.

Der Zugang zu solchen Daten werde „der Kommission ermöglichen, ihre Politiken auf eine wesentlich solidere Grundlage zu stellen, als sie

dies jetzt kann“, glaubt Professor Mansell. Ein weiteres Nebenprodukt könnte die Schaffung eines EU-weiten Modells für die Sammlung derartiger Daten sein, das ähnliche Initiativen in Zukunft wesentlich erleichtern würde.

Professor Mansell erläuterte dann, dass es ein zweites Schlüsselziel für das Projekt gebe. „Neben dem Interesse an dem umfassenden Bild möchte die Kommission außerdem wissen, welche Kosten durch eine Umstellung von Betreuung in Einrichtungen auf eine Gemeinschaftsbetreuung für behinderte Menschen entstehen würden.“

Dieser Teil des Projekts wird Forscher von der *London School of Economics (LSE)* einbeziehen, die mit Kollegen am *Tizard Centre* zusammenarbeiten, und detailliert die Situation in drei europäischen Ländern betrachten. „Wir werden ihre Erfahrung mit dem Schließen von Einrichtungen analysieren, um einen Entwurf dafür vorzulegen, wie die Regierungen einen derartigen Wandel bewirken können“, sagte Professor Mansell.

CORDIS-Nachrichten fragte Professor Mansell, ob eine dem Projekt zugrunde liegende Annahme darin bestehe, dass eine Betreuung in der Gemeinschaft per Definition einer institutionellen Betreuung vorzuziehen sei. „Die Skandinavier beispielsweise würden wahrscheinlich sagen, dass es eine Grundsatzangelegenheit ist, dass behinderte Menschen nah bei ihrer Familie und ihren Freunden bleiben sollen. Natürlich kann die Betreuung in der Gemeinschaft so schlecht organisiert sein, dass die Menschen in Einrichtungen besser aufgehoben sind, aber wenn die Dienstleistungen



© Europäische Gemeinschaft, 2006

ordnungsgemäß erfolgen, sind die Menschen in der Gemeinschaftsbetreuung wesentlich besser aufgehoben“, argumentiert er.

Professor Mansell räumt zwar ein, dass die Betreuung in der Gemeinschaft im Allgemeinen teurer als eine institutionelle Betreuung sei – was bei einigen Ländern, die auf das Gemeinschafts-basierte System umzustellen versuchen, Bedenken hervorruft. Er ist jedoch nicht der Meinung, dass ein direkter Vergleich fair ist. „Es geht eher um Kosteneffizienz als um Kostenvergleich, und der Schlüsselfaktor ist, dass die Gemeinschaftsbetreuung sehr viel effektiver ist.“

Während Professor Mansell zufolge viele Länder, einschließlich der nordischen Länder, des Vereinigten Königreichs und Italiens, bereits beträchtliche Fortschritte bei der Abschaffung der institutionellen Betreuung für Behinderte erzielt haben, bewegen sich die meisten anderen, darunter Belgien, Spanien und die Niederlande, jetzt in diese Richtung. Damit nicht irgendjemand die Bedeutung und den Wert eines solchen Trends in Frage stellt, sagte er abschließend: „Diese großen, isolierten Einrichtungen basieren auf einem 200 Jahre alten Modell, das entworfen wurde, um behinderte Menschen aus der Gesellschaft zu entfernen.“ Dieses Projekt sollte einige der Schlüsselressourcen bereitstellen, die erforderlich sind, damit dieses Modell Geschichte wird.

Gestützt auf ein Interview von CORDIS-Nachrichten mit Professor Jim Mansell. Weitere Informationen sind auf folgender Website abrufbar: http://europa.eu.int/comm/employment_social/disability/index_de.html RCN: 25046

EU kofinanziert das größte Teleskop der Welt

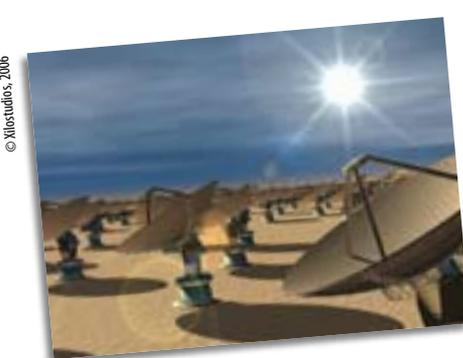
Die Planung des riesigen „Square Kilometre Array“ (SKA) Radioteleskops wird teilweise von der Europäischen Kommission unter dem vorrangigen Themenbereich „Infrastrukturen“ des RP6 finanziert. Die Kommission wird 27 % der Kosten übernehmen, insgesamt 38 Millionen Euro über die nächsten vier Jahre.

Das SKA ist ein ehrgeiziges Projekt, an dem sich schon Partner aus 18 Ländern beteiligen, einschließlich Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen, Russland, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Das Array verbindet Signale, die von mehreren unterschiedlichen Teleskopen generiert werden, wobei der Gesamteffekt größer ist als die Summe der Teile.

Im Rahmen des Projekts wird das weltweit größte Teleskop gebaut. An der auf vier Jahre

angelegten Konzeptionsstudie beteiligen sich einige der renommiertesten Astronomen, die dann einen abschließenden Plan erstellen. Das vorläufige Budget für das Gesamtprojekt beläuft sich auf insgesamt 1 Milliarde Euro.

Professor Richard Schilizzi, der Direktor des International SKA-Projekts, erläutert: „Die Konzeption und dann die Konstruktion eines solch technologisch hochmodernen Instruments kann ein einzelnes Land überhaupt nicht leisten.



© Xilostudius, 2006

Nur wenn wir die Ideen und Ressourcen aller Länder rund um die Erde zusammenführen, wird ein solches Projekt möglich.“

Fortsetzung auf Seite 17

Europas größtes Experiment zum Klimawandel im Vereinigten Königreich gestartet

Ein Experiment zur Bewertung der potenziellen Auswirkungen des Klimawandels auf die Konzentration toxischer Algen in Süßwassersystemen wurde im Vereinigten Königreich im Rahmen eines von der EU finanzierten 20-Millionen-Euro-Projekts gestartet.

Die Forschung, die von den durchführenden Personen als das bisher größte Klimawandel-Experiment zu Süßwassersystemen in Europa beschrieben wird, umfasst die Simulation von Süßwassersystemen, die die toxische Blaugrünalge (bekannt als Cyanobakterien) enthalten, in 48 großen beheizten Wassertanks und die Messung der Auswirkungen eines Temperaturanstiegs von 4 °C auf die Alge und ihre Toxizität im Laufe der Zeit.

Eine Forscherin im Rahmen des Experiments, Heidrun Feuchtmayr von der Universität Liverpool, äußerte sich folgendermaßen: „Das Wissen über die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf Süßwassersysteme ist begrenzt. Viele Seen in Europa haben Probleme mit Blaugrünalgen durch die Einleitung von Düngemitteln, Verklappungen von Bauernhöfen und organischen Chemikalien wie Waschpulver ins Wasser. Wir müssen jetzt untersuchen, wie

diese Probleme durch einen Temperaturanstieg verstärkt werden können.“

Es gibt eine Reihe gut dokumentierter Fälle von negativen Auswirkungen der Blaugrünalge auf die menschliche Gesundheit. 1989 erkrankten zwei Soldaten schwer an atypischer Lungentzündung nach einem Kanutour auf einem betroffenen See in Staffordshire, Vereinigtes Königreich. Außerdem gibt es Beweise dafür, dass im Jahr 1996 in Brasilien eine Reihe von Blutdialyse-Patienten starb, nachdem während einer Dürre die normale Wasserversorgung durch blaugrünalgenhaltiges Wasser ersetzt wurde.

Dr. Feuchtmayr sagte gegenüber CORDIS-Nachrichten: „Normalerweise vermeidet man aufgrund der unschönen Farbe und des unangenehmen Geruchs an [einem betroffenen] See zu trinken oder darin zu schwimmen.“ Tiere sind jedoch oft nicht so vorsichtig und es wird berichtet, dass die Aufnahme toxischer Algen bei Rindern, Schafen, Hunden und Vögeln zum Tod geführt hat.

Es ist bereits bekannt, dass eine Reihe von Faktoren Auswirkungen auf die Algenkonzentrationen in Süßwassersystemen hat, wie beispielsweise Wind und das Vorhandensein von Nährstoffen. Die Temperatur könnte ebenfalls Auswirkungen haben und Dr. Feuchtmayr meint: „Der Klimawandel wird voraussichtlich in den nächsten 50 Jahren [zu einem Temperaturanstieg von] 3 bis 5 °C in [...] Teilen Europas führen. Wir werden untersuchen, ob es in beheiz-

ten Wassertanks eher zu Blaugrünalgenblüten kommt und ob die Toxizität mit höheren Temperaturen steigen wird.“

Die Temperatur der 48 Tanks wird durch eine Reihe von Sensoren genau überwacht, wobei die Daten in einen Computer eingespeist werden, der die Hitze der Tanks präzise kontrollieren kann. In der Hälfte der Tanks wird die Temperatur um 4 °C gegenüber der Umgebungstemperatur erhöht. „Zu Beginn versuchen wir, für alle Tanks ähnliche Bedingungen zu schaffen, damit wir Veränderungen im Nahrungsnetz und die Größe von Organismen, Anpassungen an höhere Temperaturen sowie andere damit verbundene Aspekte überwachen können“, erklärt Dr. Feuchtmayr.

Der Vorteil eines so groß angelegten Experiments besteht darin, dass es den Forschern die Möglichkeit bietet, Antworten der Gemeinschaft auf die Auswirkungen der globalen Erwärmung zu untersuchen. „Wir sind nicht im Labor – dies ist ein großes Experiment draußen und orientiert sich somit enger an den natürlichen Umweltbedingungen“, betonte Dr. Feuchtmayr.

Unabhängig von den Ergebnissen des Experiments werden die Daten in das umfassendere integrierte Projekt Euro-limpacs aufgenommen, in dessen Rahmen es erfolgt. Die Initiative Euro-limpacs wurde unter dem vorrangigen Themenbereich „Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme“ des RP6 eingeleitet und umfasst 35 Partner aus 19 Ländern, die jeweils die Auswirkungen globaler Veränderungen auf die verschiedenen Aspekte der europäischen Süßwassersysteme bewerten.

Gestützt auf ein Interview mit Dr. Heidrun Feuchtmayr und Informationen der University of Liverpool. Weitere Informationen sind auf folgender Website abrufbar: <http://www.eurolimpacs.ucl.ac.uk/index.php> RCN: 25134



<http://cordis.europa.eu/int>

Fortsetzung von Seite 16 „EU kofinanziert das größte Teleskop der Welt“

Die europäischen Experten werden sich auf die so genannten „Phased Array-Empfänger“ konzentrieren, die Radarempfänger in Flugzeugen ähneln. Sie versehen herkömmliche Funkempfänger sozusagen mit einem Weitwinkel, wodurch riesige Bereiche des Himmels gleichzeitig untersucht werden können.

Wenn das Teleskop im Jahr 2020 in Betrieb genommen wird, soll es einige der grundlegendsten Fragen der Astronomie beantworten, zum Beispiel „Was ist dunkle Energie?“, „Wie ist das Universum entstanden?“ und „Stimmt Einsteins Relativitätstheorie?“

Das Projekt ist aus dem Wunsch entstanden, mehr über Wasserstoff im All zu verstehen. Wasserstoff ist das häufigste und einfachste Element im All. Wenn wir dieses Gas besser verstehen, dann werden wir auch die Bewegung, die Masse und die Verteilung der Galaxien besser verstehen – und letztendlich den Urknall.

Die vorläufigen SKA-Pläne erfordern eine Rechenleistung, die die derzeitigen Supercomputer nicht erbringen können. Wenn das Teleskop aber in 14 Jahren ans Netz geht, dann wird es neue Computer-Generationen geben, für die diese Aufgabe kein Problem sein wird.

Der Einzugsbereich des SKA wird eine Million Quadratmeter sein, das entspricht etwa 200 Fußballplätzen. Das SKA wird so empfindlich sein, dass es Funksignale von den nächsten Sternen empfangen kann – sollte es welche geben!

Gestützt auf Informationen des Particle Physics and Astronomy Research Council (PPARC). Die SKA-Broschüre ist abrufbar unter: <http://www.jb.man.ac.uk/ska/brochure/SKABrochure.pdf> Weitere Auskünfte erteilt: Peter Barratt Particle Physics and Astronomy Research Council E-Mail: peter.barratt@pparc.ac.uk RCN: 25074

ERA-ENV-Projekt übertrifft nach der Hälfte seiner Laufzeit die Erwartungen

Das von der EU finanzierte ERA-ENV-Projekt, das Organisationen aus den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern ermuntern soll, an dem vorrangigen Themenbereich „Globale Veränderungen und Ökosysteme“ des RP6 teilzunehmen, hat dem Koordinator des Projekts zufolge nach der Hälfte seiner Laufzeit die Erwartungen übertroffen.

ERA-ENV (Integration von Assoziierten Kandidatenländern und Neuen Mitgliedstaaten in den Europäischen Forschungsraum im Umweltbereich) wurde im April 2005 ins Leben gerufen und wird eine Laufzeit von insgesamt 18 Monaten haben. Das Projekt wird unter demselben vorrangigen Themenbereich des RP6 finanziert, für den es bei Forschungsorganisationen und kleinen Unternehmen in Bulgarien, Rumänien, der Slowakischen Republik, der Türkei und Ungarn werben möchte.

Nach nur neun Monaten Tätigkeit wurden im Rahmen des Projekts bereits mehr als 10 000 Mailings an die Zielgruppe versandt, zehn Präsentationen auf internationalen Veranstaltungen gegeben, über 400 Teilnehmer im Bereich RP6 geschult, etwa 400 Projektprofile in einer neu erstellten Datenbank validiert und direkte Unterstützung bei der Einreichung von 15 Vorschlägen zum vierten Aufruf „Globale Veränderungen und Ökosysteme“ geleistet.

„Abgesehen von der Zahl der eingereichten Vorschläge waren diese Ergebnisse alle besser, als wir erwartet hatten“, sagte der rumänische Koordinator des Projekts Madalin Ionita von FIMAN Development Services gegenüber CORDIS-Nachrichten. Der Grund dafür, dass die Zahl der eingereichten Vorschläge geringer war als erwartet, besteht Ionita zufolge einfach darin, dass es

seit der Einleitung des Projekts nur einen Aufruf unter dem vorrangigen Themenbereich „Globale Veränderungen und Ökosysteme“ gegeben hat, wohingegen die Partner mindestens zwei erwartet hatten. „Unser letztendliches Ziel für die eingereichten Vorschläge liegt bei 20, daher versuchen wir uns jetzt auf andere Ausschreibungen unter dem RP6 mit einem Umweltaspekt zu konzentrieren, beispielsweise Unterstützung für Politiken, Marie-Curie-Maßnahmen, usw. Am Ende werden wir definitiv 20 haben.“

Auf die Frage, ob das Konsortium auch die Akzeptanzquote der eingereichten Vor-

„In Rumänien beispielsweise herrscht ein Mangel an [...] Erfahrung in den Rahmenprogrammen und ihren Verfahren [...]. Daher mussten wir Sensibilisierungsmaterialien erstellen und Schulungen für kleine Unternehmen und Forschungsorganisationen anbieten.“

schläge als Maß für den Erfolg der Initiative betrachte, antwortete Ionita: „Wir können nicht garantieren, dass die endgültigen Vorschläge angenommen werden – die Kommission muss entscheiden, ob sie ausgewählt werden oder nicht; für uns besteht der Erfolg darin, die Vorschläge eingereicht zu haben.“

ERA-ENV stand vor vielen gleichen Herausforderungen wie ähnliche Initiativen in den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern. „In Rumänien beispielsweise herrscht ein Mangel an Informationen, Bewusstsein und Erfahrung in den Rahmenprogrammen und ihren Verfahren“, erklärte Ionita. „Daher mussten wir Sensibilisierungsmaterialien erstellen und Schulungen für kleine Unternehmen und Forschungsorganisationen anbieten.“ Hierbei profitierte das Konsortium von der Erfahrung seiner deutschen und österreichischen Partner, die beide



© ESA, 2006

über langjährige Erfahrung mit der Unterstützung der Teilnahme an Forschungsprogrammen der EU verfügen.

Ionita ist der Ansicht, dass eine echte Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei EU-Aktivitäten unter den kleinen Unternehmen in den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern besteht. „Aber ohne Verbindungen zur Außenwelt und ohne ein Verständnis der Abläufe in Brüssel werden sie niemals mit der Zusammenarbeit beginnen.“ Daher sei es so wichtig, dass Initiativen wie ERA-ENV diese Organisationen erreichen und solche Verbindungen herstellen, ergänzt er.

Angesichts der Tatsache, dass die Herausforderungen der Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EU für kleine Organisationen aus Mittel- und Osteuropa besonders groß sein können, fragte CORDIS-Nachrichten Ionita, was die Kommission im Rahmen ihres derzeitigen Vereinfachungsverfahrens tun könne, um deren Teilnahme zu erleichtern. „Nun, zunächst ist mir bekannt, dass die Kommission für die Auswahl von Vorschlägen die relevanten Hintergrundinformationen benötigt, aber KMU sind damit beschäftigt, Geld zu verdienen, nicht Formulare auszufüllen. Die Kommission könnte versuchen, diese Phase zu erleichtern und dabei immer noch die wichtigen Informationen zu erhalten“, sagte er.

Schließlich betonte Ionita, dass der Zeitraum zwischen dem Einreichen eines Vorschlags und dem Erhalt der endgültigen Genehmigung zur Einleitung eines Projekts viel zu lange sei, „insbesondere in Bereichen wie Informationstechnologie“.

Gestützt auf ein Interview von CORDIS-Nachrichten mit dem ERA-ENV-Projektkoordinator. Weitere Informationen sind auf folgender Website abrufbar: <http://eraenv.com/> RCN: 25029



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Microshoe-Projekt drängt auf den Markt

Die Teilnehmer eines EU-finanzierten Projekts, in dessen Rahmen ein neues Verfahren zur Reduzierung der Verluste von Rohstoffen bei der industriellen Herstellung von Schuhen entwickelt wurde, hoffen, Ende dieses Jahres ein fertiges System auf den Markt zu bringen.

Ein großer Teil der auffälligen Laufsohlen moderner Sport- und Freizeitschuhe wird unter Verwendung von Polyurethan (PU), das in spezielle Formen gespritzt wird, hergestellt. Die präzise Kombination der Rohstoffe zur Herstellung von Polyurethan kann jedoch schwierig sein, und da der Großteil des PU nicht wieder eingeschmolzen oder verändert werden kann, kann dies zu Rohstoffverlusten von bis zu 20 % führen.

In einer europäischen Industrie mit einem Jahresumsatz von etwa 18 Milliarden Euro, die einer starken internationalen Konkurrenz durch Billighersteller in anderen Teilen der Welt unterliegt, sind derartige Verluste bedeutsam. Daher wurde das Microshoe-Projekt im Jahr 2002 unter dem vorrangigen Themenbereich „Wachstum“ des Fünften Rahmenprogramms (RP5) der EU ins Leben gerufen, um ein System zur Reduzierung von Rohstoffverlusten bei der Schuhproduktion zu entwickeln.



© Geov. 2006

Die kritischen Phasen in der PU-Produktion, in denen Verluste am häufigsten auftreten, sind das Mischen der Rohstoffe und der Schmelzprozess zum Formen der Laufsole, da die Rohstoffe äußerst empfindlich auf Feuchtigkeit, Temperatur und andere Variablen reagieren. Die Herausforderung für die Microshoe-Partner – zehn Forschungs- und Produktionsorganisationen aus Griechenland, Spanien und Italien – bestand in der

Entwicklung eines Systems zur Überwachung der Rohmaterialien, wenn diese gemischt und geschmolzen werden, um die Qualität der endgültigen Laufsole sicherzustellen.

Die Partner entschieden sich für ein System auf der Grundlage nicht-invasiver Mikrowellentechnologie, das ihnen die genaue Überwachung der physikalischen und chemischen Eigenschaften der PU während der Produktion ermöglichen soll. Wie Enrique Montiel, einer der Projektpartner und stellvertretender Direktor des spanischen *Instituto Tecnológico del Calzado y Conexas*, gegenüber der Website der GD Forschung der Kommission erklärte, war dies jedoch keine leichte Aufgabe. „PU ist so empfindlich und so reaktiv, dass die Fehlertoleranz während der Produktion äußerst gering ist“, sagte er.

Das Team wählte Mikrowellensensoren aus, da diese billig, genau und klein genug sind,

um in die Wände der Formen zu passen und die Dichte des flüssigen PU zu überwachen, ohne die Flüssigkeit selbst zu berühren. „Dichte ist einer der Hauptparameter, der genau verfolgt werden muss“, erklärt Montiel. „Defekte können sich sehr

leicht und schnell bilden, was erklärt, warum der Hersteller oft erst merkt, dass es ein Problem gibt, wenn die Formen hart geworden sind. Dann ist es allerdings zur Korrektur zu spät und die ganze Produktionsserie muss weggeworfen werden. Eine ständige Überwachung des Verfahrens ist von entscheidender Bedeutung.“

Das von dem Microshoe-Konsortium entwickelte Prototyp-System besteht aus einem Computer, den Mikrowellensensoren,

einer Datenbank und maßgeschneiderter Software, die die von den Sensoren erzeugten Daten analysiert. Die Konfiguration des Systems muss an den jeweiligen Produktionsstandort, wo es verwendet wird, angepasst werden, aber das Team hat das Softwareelement bereits verfeinert, um es benutzerfreundlicher zu gestalten.

„Wir hatten jedes Mal, wenn wir mit dem Prototyp arbeiteten, Berge von Daten, die von den Sensoren generiert wurden. Das

„Wir denken, diese Technologie könnte weltweit verkauft werden, und zwar nicht nur an Schuhhersteller.“

war gut zu Testzwecken, aber zu komplex für die täglichen Bedürfnisse eines Produktionsleiters, der solch detaillierten Informationen nicht benötigt. Daher verändern wir die Art und Weise der Datenfilterung, um eine Überwachungs- und Analysefunktion zu [erzeugen], die leichter verwendet werden kann“, erklärt Montiel.

Seit dem formellen Abschluss des Projekts im November 2004 bereiten sich die Teilnehmer auf die Kommerzialisierung des Produkts vor, und zumindest zum jetzigen Zeitpunkt steht der Markt für ihre Technologie weit offen. „Soweit uns bekannt ist, haben wir keine Konkurrenten: niemand sonst hat ein solches System entwickelt“, sagt Montiel. „Wir denken, diese Technologie könnte weltweit verkauft werden, und zwar nicht nur an Schuhhersteller: es gibt jede Menge Branchen, die PU verwenden“, ergänzte er und verwies auf die Hersteller von Sofas, Stühlen, Teppichen und sogar Dichtungen.

Da zwei der spanischen Projektpartner die Kommerzialisierungsanstrengung leiten, besteht die erste Herausforderung darin, die Technologie durch das spanische Patentanmeldeverfahren zu führen. Sie hoffen, im Anschluss daran das System bereits Mitte 2006 auf den Markt zu bringen.

Gestützt auf Informationen der Website der GD Forschung.
Weitere Informationen über das Microshoe-Konsortium sind abrufbar unter:
http://ica.cordis.europa.eu.int/search/index.cfm?fuseaction=proj_simpledocument&PJ_RCN=6042720&CFID=5938474&CFTOKEN=11568102
RCN: 25010

Senden Sie Ihre Informationen an CORDIS

Wir sind an jeder Information über Aktivitäten, die direkt oder indirekt mit den Forschungs- und Technologieentwicklungsaktivitäten der Europäischen Union oder der mit ihr verbundenen Institutionen zu tun haben, interessiert.

Sie erreichen das CORDIS Nachrichten-Team unter folgender Anschrift:

CORDIS News Editor — 1. Stock — Rue Montoyer 40 — B-1000 Brüssel
Tel. (32-2) 238 17 99 — Fax (32-2) 238 17 98 — E-Mail: cordis-news@cec.eu.int

Zourek: CIP muss unter dem Haushalts-Deal des Rates verwässert werden

Der Generaldirektor der GD Unternehmen und Industrie der Kommission, Heinz Zourek, plädierte dafür, dass Innovation im Rahmen des EU-Haushalts für 2007 bis 2013 genauso wie Forschung behandelt wird und führte als Beispiel sein Heimatland Österreich an, wo eine offensive Innovationspolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen hat.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Wenn auch der Forschung im Rahmen der jüngsten Haushaltsentscheidung des Rates nicht so viel versprochen wurde, wie die Kommission gehofft hatte, so erlaubte die Entscheidung dennoch eine Erhöhung der Finanzmittel für die europäische Forschung. Wenn diese Forschung jedoch zur Schaffung neuer Produkte und neuer Arbeitsplätze führen soll, sollte der Innovationshaushalt eine ähnliche Behandlung erhalten, sagte Zourek.

„So wie es momentan nach dem Kompromiss unter der britischen Präsidentschaft aussieht, werden verschiedene neue Innovationsaktionen mangels Masse nicht gestartet werden können. Auch die Fortführung oder Ausweitung existierender Innovationsdienstleistungen und Kooperationsprojekte ist fraglich geworden“, sagte Zourek. Dies wäre zumindest die Konsequenz, wenn Innovation nicht mit der Forschung gleichgestellt würde, fügte er hinzu.

Zourek stützte seine Behauptung mit Zahlen: die Ratsentscheidung vom Dezember würde dazu führen, dass in den Jahren 2007-2013 der Durchschnitt des Innovationsbudgets bei unter 80 % des jetzigen 2006-Niveaus liegt. Dies bedeutet, dass unter der österreichischen Präsidentschaft die Kommissionsvorschläge für das neue CIP zu durchforsten sind, sagte er weiter.

Der Generaldirektor führte Österreich als Beispiel an, wie effektive Innovationspolitiken und -programme sein können. In dem aktuellen Europäischen Innovationsanzeiger wird Österreich als eines der führenden Länder im „Aufholerfeld“ der EU-Mitgliedstaaten bezeichnet. Vor wenigen Jahren noch befand sich Österreich am Ende des Mittelfelds. „Das beweist, dass eine gezielte Politik der Innovationsförderung, wie wir sie in Österreich beobachten können, mittelfristig Wirkung zeigt“, sagte Zourek.

Für Österreich rücke das EU-Ziel, bis 2010 in die Forschung 3 % des BSP zu investieren, in greifbare Nähe, so Zourek. Das Land hat

außerdem Strukturreformen in der Forschungsförderung und ein Gesetz zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen eingeführt.

Zourek lobte Österreich für die Annahme von Strategien, die bereits in anderen Ländern ausprobiert, getestet und für erfolgreich befunden worden seien und sagte, die Leistung Österreichs sei Ermunterung für Länder wie zum Beispiel Ungarn und Slowenien.

Zourek betonte, dass Forschungsförderung alleine nicht reicht, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – die Hauptziele der Lissabon-Strategie der EU – zu erhöhen, und hob hervor, was die EU derzeit unternimmt, um Innovation und Technologietransfer zu unterstützen und zu fördern.

Die *Innovation Relay Centres* (IRC) sind von zentraler Bedeutung für die Internationalisierung von kleinen Technologiefirmen, wobei sie im Jahr 2005 mit mehr als 70 % der Unternehmen in dieser Kategorie Kontakt hatten. Zu den anderen Initiativen gehört auch das Proton-Projekt, in dem 250 *Knowledge Transfer Centres* zusammengeschlossen sind. Aufbauend auf den Empfehlungen dieses Netzwerkes wird die Kommission in diesem Jahr eine Mitteilung vorlegen, die Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Partnerschaft zwischen Universitäten und der Wirtschaft enthalten wird.

„Österreich hat gezeigt, wie eine offensive Forschungs- und Innovationspolitik zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beitragen kann. Wir hoffen auf die österreichische Präsidentschaft, dass diese positiven Erfahrungen nun auch auf die europäische Ebene weiter getragen werden, damit wir Europa insgesamt voran bringen“, sagte Zourek abschließend.

Gestützt auf eine Rede von Heinz Zourek am 12. Januar in Wien.

Die vollständige Rede von Zourek (in Deutsch) ist abrufbar unter:

http://europa.eu.int/comm/enterprise/innovation/doc/speech_hz_wien.pdf RCN: 25066

Innovationsanzeiger: Angleichung des Innovationsniveaus in der EU wird noch 50 Jahre dauern

Viele der EU-Länder, die derzeit in Bezug auf Innovation noch hinterherhinken, holen langsam auf. Dennoch: legt man die aktuellen Leistungs- und Wachstumsraten zugrunde, wird es für einige Länder noch mehr als 50 Jahre dauern, bis die Lücke geschlossen ist und sich die Innovationsniveaus angeglichen haben. Zu diesem Ergebnis kommt der Europäische Innovationsanzeiger (European Innovation Scoreboard – EIS) in seiner jüngsten Ausgabe.

Von den Ländern, deren Innovationsleistung in die Kategorie „im Aufholprozess“ (die Tschechische Republik, Griechenland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Portugal und Slowenien) oder in die Kategorie „Länder, die an Boden verlieren“ (Bulgarien, Estland, Polen, Rumänien, die Slowakei, Spanien und die Türkei) fällt, werden voraussichtlich nur Italien, Ungarn und Slowenien innerhalb der nächsten 20 Jahre den EU-Durchschnitt erreichen.

„In den anderen Ländern wird dieser Prozess sogar noch länger dauern, bei einigen sogar mehr als 50 Jahre. Das bedeutet, dass es mehr als 50 Jahre dauern wird, bis die EU-25 das US-amerikanische Innovationsleistungs-niveau erreicht“, so der Innovationsanzeiger.

Bei den übrigen Leistungsträgern gibt es auch zwei Kategorien: zu den „führenden Ländern“ gehören Dänemark, Deutschland, Finnland, Schweden und die Schweiz, während Belgien,

Frankreich, Irland, Island, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und dem Vereinigten Königreich eine „durchschnittliche Leistung“ bescheinigt wird.

„Der Innovationsanzeiger macht deutlich, dass wir mehr für die Innovation tun müssen. Die Förderung der Innovation ist ein Kernstück unserer Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung. Es gibt eindeutige Beweise dafür, dass innovativere Sektoren eher höhere Produktivitätszuwachsrate aufweisen“, sagte der Vizepräsident der Kommission Günter Verheugen.

Der diesjährige Europäische Innovationsanzeiger, der fünfte seit seiner Einführung 2001, basiert auf einer überarbeiteten Indikatorenliste und Methodologie, die in Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Kommission entwickelt wurden. Diese neue Methodologie, so die Kommiss-

Fortsetzung auf Seite 21

NESSI existiert

Im jüngsten, vom ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten Esko Aho geleiteten Bericht zum Thema „Creating an Innovative Europe“ („Ein innovatives Europa schaffen“) wird die Notwendigkeit hervorgehoben, deutlich stärker in Innovation, Forschung und Entwicklung zu investieren. Aho wäre zweifellos von der Technologieplattform NESSI (Networked European Software and Services Initiative) begeistert, die die Innovation in der Dienstleistungsbranche bis 2010 und danach unterstützen will.



Jean-Paul Lepeyre

Die Plattform ist aus der kürzlich überarbeiteten Lissabon-Agenda entstanden, die sich zum Ziel gesetzt hat, Europa bis 2010 zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaft zu entwickeln. IKT gelten als Schlüsselbereiche zur Erreichung dieses Ziels.

„Beim Übergang von der Bereitstellung von Produkten zur Erbringung von Dienstleistungen muss Europa ganz vorn mit dabei sein“, erläuterte Jean-Paul Lepeyre, Senior Vice President von Thales und Chairman von NESSI, auf der NESSI-Forum-Konferenz am 26. Januar in Brüssel. „Was wir brauchen, ist eine allgemeine Open Source-Infrastruktur, klare Standards und Vorschriften für Open Source, die Beteiligung von Partnern und Institutionen der EU und ein Forum, das die Vision vorstellt.“

NESSI-Vorstandsmitglied Jan Bosch nannte eingängige Beispiele dafür, wie einfach sich mit IT enorme Kosteneinsparungen erzielen lassen. „Wir sind an einem Meilenstein in der Geschichte angekommen. Heute sind mobile Technologien zuverlässiger als ihre physischen Pendanten. Die Gesellschaft erlebt einen grundlegenden Wandel, und Grund dafür sind Dienstleistungen verschiedener Art. Zahnärzte in Finnland konnten ihre Kosten um 30 % senken, indem sie einen einfachen SMS-Dienst für Terminänderungen einführten – der Patient sendet dem Arzt eine SMS, wenn er nicht zum Termin kommen kann, und der Zahnarzt schreibt die nächsten Patienten an, ob sie früher kommen könnten.“

Anschließend umriss Bosch die notwendige Infrastruktur: „Es gibt immer schnellere Kommunikationsmethoden und Möglichkeiten der Zusammenarbeit – wir müssen die Ressourcen daher besser nutzen. Wir müssen von Einzel- zu vernetzten Systemen und von Produkten zu Dienstleistungen übergehen, und wir brauchen mehr Feedback.“

„Dazu müssen wir technische Herausforderungen bewältigen, wie beispielsweise komplexe und personalisierte Benutzerschnittstellen und zuverlässige Verbindungen aufbauen. Neue Dienstleistungen müssen unsichtbar sein. Das Netzwerk muss in seiner Leistungsfähigkeit skalierbar sein, da es mehr Peer-to-Peer-Verbindungen geben wird. Außerdem wird es neue Märkte geben, an die das System angepasst werden muss“, fügte er hinzu.

„Um diese Herausforderungen meistern zu können, müssen wir kundenorientiert arbeiten. Kunden, Bürger und Endnutzer sind von großer Bedeutung. Wir müssen vertikal integrierte Lösungen für horizontale Probleme finden. Wir brauchen einen multidisziplinären und Open Source-Ansatz, mit dem ein schneller Innovationszyklus zu bewältigen ist.“

Das NESSI-Projekt soll online platziert werden, da das Internet in der Geschäftswelt immer mehr genutzt wird. In IT-Kreisen wird diese bevorstehende Entwicklung als Web 2.0 bezeichnet. Für

die Realisierung des Projekts wird NESSI mit ihrer Softwarestrategie, die auf der Strategischen Forschungsagenda basiert, eine holistische Software-Infrastruktur bereitstellen, die flexibel, interoperabel, zuverlässig und effizient ist. In ihrem Vision Document erklärt NESSI: „Was hauptsächlich fehlt, ist eine Software-Infrastruktur-Middleware, die eine nahtlose und kostengünstige Zusammenstellung von Dienstleistungen in dieser neuen Ära des Internets ermöglicht. Diese Software-Infrastruktur sollte allgegenwärtige Anwendungsszenarios unterstützen, in denen Maschinen überall im Internet als zahlreiche bereichsspezifische Spezialanwendungen verteilt sind.“

Das NESSI-Projekt befindet sich bereits seit einem Jahr in Entwicklung, sucht nun aber unter KMU, akademischen Einrichtungen, im IKT-Sektor sowie unter öffentlichen und privaten Nutzern aktiv nach Partnern. Obwohl es sich bei NESSI um eine EU-Initiative handelt, werden die Innovationen von NESSI allen Interessenten weltweit zugute kommen.

Interessenten können sich ab 1. Februar einschreiben. Wer an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe, im Lenkungsausschuss oder im Vorstand interessiert ist, kann sich ab 15. Februar anmelden.

Gestützt auf die Teilnahme von CORDIS-Nachrichten an der NESSI-Konferenz. Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.nessi-europe.com> RCN: 25127

Fortsetzung von Seite 20 „Innovationsanzeiger: Angleichung des Innovationsniveaus in der EU wird noch 50 Jahre dauern“

sion, umfasse mehr Dimensionen der Innovationsleistung eines Landes, wobei dennoch die Kontinuität mit den früheren Ausgaben des Innovationsanzeigers gewahrt bleibe.

Eine der wichtigsten Weiterentwicklungen ist die Einbeziehung eines Input/Output-Ansatzes. Dieser Ansatz ermöglicht ein besseres Verständnis dafür, wie Innovations-Assets wie Bildung oder Investitionen in Forschung und Entwicklung in eine Innovationsrendite umgewandelt werden, die sich unter anderem im Umsatz der Unternehmen aus neuen Produkten, in Beschäftigung in Hightech-Sektoren und in Patenten manifestiert.

„Obgleich in vielen Ländern die relative Input-Leistung sehr nahe an der relativen Output-Leistung liegt, so sind in zahlreichen Ländern große Unterschiede in der relativen Leistung zu verzeichnen“, heißt es in dem Bericht. Eine mögliche Erklärung für diesen Unterschied zwischen Input und Output innerhalb eines

Landes, unabhängig davon, ob er positiv oder negativ ist, ist die Offenheit der Bevölkerung des Landes für neue Produkte und Dienstleistungen. Von den zehn europäischen Ländern mit dem höchsten Anteil an Bürgern, die innovativen Produkten und Dienstleistungen aufgeschlossen gegenüberstehen, haben neun einen überdurchschnittlichen Input-Output-Quotienten. Sieben der Länder, deren Bevölkerung Innovationen gegenüber eher skeptisch eingestellt ist, verzeichnen einen unterdurchschnittlichen Input-Output-Quotienten.

Die 26 Einzelindikatoren, die im Europäischen Innovationsanzeiger verwendet werden, sind in fünf Kategorien eingeteilt: Motoren der Innovation, Schaffung neuen Wissens, Innovation und unternehmerische Initiative, Anwendungen und geistige Eigentumsrechte. Der Kommission zufolge kann man davon ausgehen, dass ein gleichmäßiges Leistungsniveau in allen fünf Kategorien ein positiver Antriebsfaktor für die gesamte Innovationsleistung ist. Daher

sollten sich Länder, die aufholen müssen, auf politische Antworten konzentrieren, die alle diese Dimensionen abdecken, anstatt sich allein auf ihre Stärken zu konzentrieren.

Und schließlich: wenig deutet darauf hin, dass Innovationsleistung ein Motor für die volkswirtschaftliche Gesamtleistung ist. BIP-Wachstum, so stellt der Bericht fest, wird offensichtlich von so vielen Parametern beeinflusst, dass die Auswirkungen der Innovation kaum messbar sind. Auf Branchenebene scheinen aber die innovativsten Branchen höhere Wachstumsraten in der Arbeitsproduktivität, gemessen am Umsatz pro Mitarbeiter, aufzuweisen.

Gestützt auf den Europäischen Innovationsanzeiger 2005. Der Europäische Innovationsanzeiger 2005 ist unter der folgenden Internetadresse abrufbar: <http://trendchart.cordis.europa.eu.int/scoreboards/scoreboard2005/index.cfm> Weitere Informationen über Innovation in Europa sind abrufbar unter: <http://cordis.europa.eu.int/innovation> RCN: 25039

Länderberichte mit detaillierten Informationen zu Innovationspolitiken und Herausforderungen in jedem Mitgliedstaat

Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihres TrendChart für Innovation Berichte zu jedem EU-Mitgliedstaat und sechs weiteren europäischen Ländern veröffentlicht. Neben einem Überblick über jedes Land wird ein ausführlicher Bericht über seine Innovationspolitiken und Herausforderungen bereitgestellt.

In dem Bericht über Dänemark beispielsweise wird auf die zahlreichen wirtschaftlichen Stärken und wenigen ernsthaften Schwächen des Landes hingewiesen. Das politische und institutionelle Umfeld, die Politik in Bezug auf Privatunternehmen, die Politik für ausländische Investitionen, hoch entwickelte Infrastruktur und Einrichtungen, qualifizierte Arbeitskräfte und ein ausgereifter Finanzsektor tragen allesamt zu hohen Innovationsniveaus in Dänemark bei.

Im Europäischen Innovationsanzeiger (EIS) gehört Dänemark für etwa die Hälfte der

verwendeten Indikatoren zu den fünf Top-leistungsträgern. Zu den Stärken gehören Humanressourcen, die Schaffung neuen Wissens und Risikokapital. Die Schwächen konzentrieren sich auf das verarbeitende Gewerbe im Hightech-Bereich sowie die Innovation innerhalb der KMU.

In dem Bericht wird eine Reihe von Bereichen, in denen Verbesserungen erzielt werden können, hervorgehoben. „Man hat den Eindruck, dass die dänischen Vorschriften die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, einige Akteure sind der Ansicht, dass das Steuersystem die Strukturen für wirtschaftliche Anreize verzerrt, und der Arbeitsmarkt könnte weiter gestärkt werden“, heißt es in dem Bericht. Andere Herausforderungen beziehen sich auf den Grundschulunterricht, die Zahl der Studenten in den Bereichen Wissenschaft und Technologie sowie die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Weitaus mehr Herausforderungen werden in dem Länderbericht zu Malta identifiziert. In dem Papier heißt es, dass

Malta in dem Bericht zur weltweiten Wettbewerbsfähigkeit vom 19. Platz von 102 im Jahr 2003 auf den 32. Platz von 104 im Jahr 2004 abgerutscht sei. Schuld sind dem Bericht zufolge steigende Erwartungen einer Rezession, das Defizit des öffentlichen Haushalts, ein sehr niedriges Ausgabenniveau für F&E, eine schlechte Forschungszusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie sowie ineffiziente Staatsausgaben.

Den EIS-Daten für 2004 zufolge gibt es Hinweise dafür, dass Malta in Bezug auf Humanressourcen aufholt, wobei sich die Zahl der Absolventen im Bereich Wissenschaft und Technik sowie der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss erhöhen.

Niedrige Innovationsniveaus werden wie folgt erklärt: „In dem Bestreben, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind öffentliche Investitionen in F&I aufgrund der fehlenden Forschungs- und Innovationskultur schwer zu rechtfertigen, da die erzielten Ergebnisse, insbesondere der damit verbundene Lernprozess, nicht sofort sichtbar sind und möglicherweise keine unmittelbaren und greifbaren Ergebnisse liefern.“ Es gibt wenig öffentliche Unterstützung für die Erhöhung der Forschungsinvestitionen, obwohl sich der Privatsektor der Bedeutung derartiger Ausgaben als Mittel, um in der wissensbasierten Wirtschaft wettbewerbsfähig zu sein, bewusst wird und langsam als Lobby in Erscheinung tritt, heißt es in dem Bericht.

Berichte für 31 europäische Länder sowie Gruppenberichte zu NAFTA, MEDA und den asiatischen Ländern sind auf folgender Website abrufbar:
http://trendchart.cordis.europa.eu.int/country_reports.cfm
 RCN: 25077



<http://cordis.europa.eu.int>

Kommission wünscht Input von Nachwuchswissenschaftlern zu europäischer Innovationsleistung

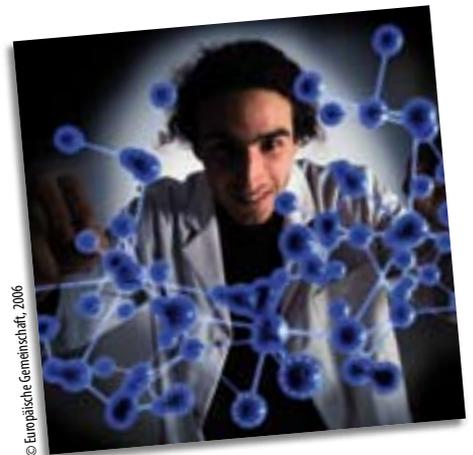
Die GD Unternehmen und Industrie der Kommission hat eine Aufforderung an Nachwuchswissenschaftler und Studierende in Master-Studiengängen gerichtet, damit diese eine zusätzliche Analyse der europäischen Innovationsstatistik im Rahmen des Europäischen Innovationsanzeigers (EIS) bereitstellen.

Die Kommission möchte Korrelationsanalysen entwickeln, neuen Dimensionen der Innovation verstehen, Verbindungen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren identifizieren und Zeitreihenanalysen durchführen, um ihr Wissen in Bezug auf die Innovation in Europa zu erhöhen.

Interessierte Bewerber werden aufgefordert, weitere Einzelheiten beim Referat für die Entwicklung der Innovationspolitik zu

erfragen, und im Jahr 2006 werden die drei besten Beiträge auf der Trendchart-Website neben dem EIS veröffentlicht.

Gestützt auf Informationen der Europäischen Kommission.
 Weitere Auskünfte unter:
 E-Mail: entr-innovation-policy-development@cec.eu.int
 Der aktuelle EIS ist abrufbar unter:
<http://www.trendchart.org>
 RCN: 25125



Biestern wird vor einer Kontaktaufnahme mit der Kommission dringend empfohlen, den Originalausschreibungstext im Amtsblatt der Europäischen Union unter der nachstehenden Referenz einzusehen.

Erster Aufruf zur Einreichung von Projekten im Rahmen von ITEA2-Cluster

Das Eureka-Cluster ITEA2 (Information Technology for European Advancement) hat seinen ersten Aufruf zur Einreichung von Projekten veröffentlicht.

Der Aufruf zur Einreichung von Projekten umfasst ein zweistufiges Verfahren, d. h. potenzielle Teilnehmer reichen zunächst Projektentwürfe zur Genehmigung ein, bevor sie vollständige Projektvorschläge vorlegen. Angenommene Projekte erhalten das ITEA2-Label. Die Teilnehmer haben damit die Möglichkeit, sich in ihren Ländern um Fördermittel zu bewerben.

Die fünf Fachbereiche für Vorschläge lauten:

- Dienstleistungen und Softwareerstellung;
- Vermittlungsdienste und Infrastruktur;
- Heimsysteme;
- Cyber-Unternehmen;
- Mobilsysteme.

Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **7. April 2006**.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung ist auf folgender Website abrufbar:
http://www.itea2.org/project_calls
Weitere Auskünfte erteilt:
 Erik Rodenbach oder Antoine Pery
 Tel. (31-40) 247 55 90 RCN: 25176

Nächte der Forschung 2006: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Organisation der „Nächte der Forschung 2006“ veröffentlicht. Die Aufforderung wird unter dem Tätigkeitsfeld „Humanressourcen und Mobilität“ des RP6 finanziert.

Diese umfassende Sensibilisierungskampagne wird um zwei Hauptsäulen herum strukturiert: auf europäischer Ebene organisierte Veranstaltungen und von Akteuren auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene vorgeschlagene Maßnahmen.

Die gesamte vorläufige Mittelzuweisung beträgt 2 Millionen Euro. Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **11. April 2006**.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung ist auf folgender Website abrufbar:

http://fp6.cordis.europa.eu.int/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP6DetailsCallPage&call_id=273
 ABl. C 35 vom 11.02.2006 RCN: 25204

Sokrates: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen – Studien zur Bildung

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für allgemeine Aktionen zur Beobachtung und Analyse von Innovationen im Bildungsbereich veröffentlicht.

Die Aufforderung umfasst folgende Bereiche:

- Rolle und Profil der Hochschulbildung im Kontext des europäischen Sozialmodells;
- besseres Verständnis von Leseschwäche und Problemen der betroffenen Menschen, um diesem Phänomen effektiver begegnen zu können;
- bessere Bewertung der auf Risikogruppen abzielenden bildungspolitischen Maßnahmen.

Die Aufforderung wird im Rahmen des Sokrates-Programms gefördert und verfügt über ein Gesamtbudget von 3,6 Millionen Euro. Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **18. April 2006**.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung ist auf folgender Website abrufbar:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_032/c_03220060208de00340035.pdf
 ABl. C 32 vom 08.02.2006 RCN: 25181

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte und Aktionen auf dem Gebiet Sicherheitsforschung

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte und unterstützende Maßnahmen im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme „Stärkung des Industriepotenzials in Europa auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung“ veröffentlicht.

Die Aufforderung umfasst folgende Bereiche:

- Optimierung der Sicherheit und Schutz vernetzter Systeme;
- Schutz vor Terrorismus (auch vor Bioterrorismus und Unfällen mit biologischen, chemischen und anderen Stoffen);
- Verbesserung des Krisenmanagements (einschließlich Evakuierungs-, Such- und Rettungsmaßnahmen, Eindämmung aktiver Stoffe und Sanierung);
- Interoperabilität und Integration der Informations- und Kommunikationssysteme;
- Verbesserung des Situationsbewusstseins (z. B. Krisenmanagement, Antiterrorismusmaßnahmen oder Grenzkontrolle).

Dies ist der letzte Aufruf im Rahmen dieser vorbereitenden Maßnahme.

Die vorläufige Mittelzuweisung für die Aufforderung beträgt insgesamt 15 Millionen Euro.

Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **10. Mai 2006**.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung ist auf folgender Website abrufbar:
<http://www.cordis.europa.eu.int/security/calls.htm>
 ABl. C 34 vom 10.02.2006 RCN: 25197

Marie-Curie-Konferenzen – Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Marie-Curie-Konferenzen und -Lehrgänge veröffentlicht.

Diese Aufforderung deckt folgende Bereiche ab:

- Marie-Curie-Institutsmaßnahmen („host-driven actions“);
- Marie-Curie-Konferenzen und -Lehrgänge;
- Veranstaltungsreihe.

Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **17. Mai 2006**.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung ist auf folgender Website abrufbar:
http://fp6.cordis.europa.eu.int/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP6DetailsCallPage&call_id=250#
 ABl. C 12 vom 18.01.2006, S. 10 RCN: 25072

Trotz aller Bemühungen übernehmen wir keine Garantie für die Richtigkeit der Angaben im CORDIS focus Newsletter. Leser, die eine der hier genannten Gelegenheiten wahrnehmen möchten, sollten die Informationen von den genannten Kontaktstellen / Referenzen bestätigen lassen.

Niederländer treiben Wettbewerbsfähigkeit und Innovation im Sektor Lebensmittelproduktion in der EU voran

Am 1. Januar wurde ein neues Projekt zur Untersuchung der besten Möglichkeiten zur Maximierung der Innovation im Bereich Lebensmittel in der EU und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit gemäß den Zielen von Lissabon ins Leben gerufen. Das Projekt wird unter dem Bereich „Unterstützung der kohärenten Entwicklung der Politik, wissensorientierte Regionen 2“ des RP6 der EU finanziert.



© Europäische Gemeinschaft, 2006

Das Netzwerk „Food Innovation Network Europe“ (FINE) ist eine auf zwei Jahre angelegte Studie, an der eine Reihe von Akteuren aus Lebensmittel-Clustern aus ganz Europa beteiligt sind: Food Valley (Ostniederlande), Schottland, Flandern (Belgien), Rogaland (Norwegen), Wielkopolska (Polen), Emilia-Romagna (Italien), Kastilien-León (Spanien) und Öresund (Dänemark und Schweden).

In dem Projekt wird der regionale „Geschmack“ jedes Gebiets berücksichtigt, indem einzelne Partner aus jeder Region eingeladen werden, mit den Beteiligten über die Spezialitäten einer Region sowie gute und schlechte Maßnahmen zu diskutieren. Das Team wird anschließend auf der Grundlage der Ergebnisse Empfehlungen aussprechen. Mit dem Projekt soll ein Beitrag zur seit langem bestehenden Zusammenarbeit zwischen den für verschiedene Spezialitäten bekannten Regionen in Europa und zur Förderung der Investitionen in Forschung und technologische Entwicklung (FTE) geleistet werden.

Die Development Agency East Netherlands hat das Pilotnetzwerk in den Niederlanden unter Beteiligung der Universität und des Forschungszentrums Wageningen – ein bekanntes Spitzenforschungszentrum im Be-

reich Lebensmittel – und von „Food Valley“, dem kommerziellen Zentrum für Lebensmittelinnovationen in Wageningen, ins Leben gerufen.

Projektmanager Linze Rijswijk erläutert: „Die Auswirkungen dieser Forschung werden umfassender sein als die Partner glauben – wir spezialisieren uns auf Lebensmittelprofile. Wir werden Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik aussprechen, wollen aber zuvor herausfinden, ob die Empfehlungen auf lokaler, Länder- oder EU-Ebene umsetzbar sind. Wir schauen uns die einzelnen Regionen an und prüfen, was wo funktioniert.“

„Im Mittelpunkt des ersten Projektjahres steht die Vernetzung der Partner, und im zweiten Jahr konzentrieren wir uns auf das umfassendere EU-weite Netzwerk. Am Ende des zweiten Projektjahres, gegen Ende 2007, werden dann Empfehlungen ausgesprochen“, so Dr. Rijswijk.

Am 2. und 3. Februar 2006 fand in Arnheim, Niederlande, eine Veranstaltung zur Projekteinführung statt.

Development Agency East Netherlands – Linze Rijswijk oder Joep Koene
Tel. (31-26) 384 42 22 – E-Mail: linze.rijswijk@oostnvl.nl
RCN: 25016

Tschechische Akademie schlägt neue Struktur für Europäischen Forschungsrat vor

In drei getrennten Positionspapieren – zum vorgeschlagenen Europäischen Forschungsrat, zur Vereinfachung und zur Investition in Wissen – legt die Tschechische Akademie der Wissenschaften ihre Vision der europäischen Forschungslandschaft nach 2007 dar.

Die Akademie bezieht sich zunächst auf den Europäischen Forschungsrat, den sie für eine sinnvolle Einrichtung hält. Sie hat allerdings einige Änderungsvorschläge für die von der Kommission vorgeschlagene Struktur des Europäischen Forschungsrats.

Der Kommission zufolge sollte sich der Europäische Forschungsrat aus einem (bereits eingerichteten) wissenschaftlichen Rat und einer Exekutivagentur zusammensetzen, wobei die Kommission eine Aufsichts- und Kommunikationsrolle zwischen beiden Einrichtungen übernehmen würde. Die Tschechische Akademie befürwortet hingegen eine Struktur mit einem Verwaltungsrat, der gegenüber einem Überwachungsausschuss verantwortlich ist, wie sie auch von anderen Organisationen, darunter der Europäische Forschungsbeirat (EURAB) und die European Heads of Research Councils (EuroHORCs), vorgeschlagen wurde.

Im Rahmen des Vorschlags der Kommission wäre es aufgrund von Vorschriften zur Beschränkung der Autonomie eines Verwaltungsrates nicht möglich, dass dem wissenschaftlichen Rat mehr Einfluss auf die Exekutivagentur eingeräumt würde, selbst wenn die Kommission dies wollte, so die Stellungnahme der Tschechischen Akademie. Stattdessen schlägt die Akademie vor, den Euro-

päischen Forschungsrat unter Artikel 171 des EG-Vertrags einzurichten, wie von der Europaabgeordneten Pia Locatelli 2005 vorgeschlagen.

Die Tschechische Akademie wünscht sich darüber hinaus flexiblere Finanzierungsinstrumente des Europäischen Forschungsrats. In dem Positionspapier wird die Tatsache begrüßt, dass die Förderung durch den Europäischen Forschungsrat nach seiner Einrichtung ausschließlich auf der Grundlage von wissenschaftlicher Spitzenleistung erfolgen wird. Allerdings werden die Entwicklung von weiteren Instrumenten zu einem späteren Zeitpunkt sowie die Freiheit, die solch eine Flexibilität ermöglicht, gefordert.

In Bezug auf die Vereinfachung fordert die Tschechische Akademie ein rationalisiertes Verfahren zur Vorschlagseinreichung, einschließlich einer „vorgelagerten Überprüfung“ jeder Vorschlagseinreichung und der Ausweitung des zweistufigen Einreichungsverfahrens.

In dem Positionspapier werden allerdings auch Bedenken laut, dass die von der Kommission vorgeschlagenen vereinfachten Formen der Bezuschussung keine ausreichenden Mittel für einige Projekte bereitstellen werden, insbesondere in der Tschechischen Republik, wo die für wissenschaftliche Erzeugnisse gezahlte Mehrwertsteuer (MwSt.) nicht erstattet wird.

Das abschließende Positionspapier der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, das vom CORDIS-Dienst „Towards FP7“ („Auf dem Weg zum RP7“) veröffentlicht wurde, reagiert auf ein Dokument der All European Academies (ALLEA) zur Investition in Wissen in Europa. In dem Positionspapier werden viele von ALLEA vorgelegte Punkte begrüßt, einschließlich Unterstützung der interdisziplinären Forschung und umfangreicher Infrastrukturen, Festlegung eines Termins für die Entschließung der Europäischen Gemeinschaft zu Patentaspekten und spezifischere Definitionen für „Integrierte Projekte“ und „Exzellenznetze“.

Darüber hinaus fordert die Tschechische Akademie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Forschungsbereich, und zwar durch die Vereinfachung der Gesetzgebung und die Beseitigung der Hindernisse für die Mobilität der Wissenschaftler aus Drittländern. Darüber hinaus sollte das Marie-Curie-Programm für Forscher-mobilität auf Bewerber aus Drittländern ausgeweitet werden, heißt es in dem Positionspapier.

Abschließend wird zu mehr Synergie zwischen Wettbewerbsfähigkeits- und Konvergenzmaßnahmen aufgerufen. Beispielsweise würde die Tschechische Akademie die Nutzung der Strukturfonds in Verbindung mit dem RP7 begrüßen.

Gestützt auf drei Positionspapiere der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik. Die vollständigen Positionspapiere und die Debatte zum RP7 können auf folgender Website abgerufen bzw. verfolgt werden: http://www.cordis.europa.eu.int/fp7/debate_regional.htm#nat_stakeholders
RCN: 25042

Belgisches Team entschlüsselt die Rolle von Östrogen bei der Entwicklung des männlichen Hirns

Neue Forschungen eines belgischen Teams haben bewiesen, dass Östrogen, das weibliche Geschlechtshormon, bei der Ausbildung von männlichen Verhaltensweisen in Mäusen eine Schlüsselrolle spielt.

Die Forscher von der Universität Lüttich unter der Leitung der Neurowissenschaftlerin Julie Bakker zeigten, dass weibliche Mäuse ausgesprochen männliche Verhaltensweisen an den Tag legen, nachdem in der Entwicklungsphase des Hirns Östrogen dort eindringen konnte.

Es ist schon länger bekannt, dass ein bestimmtes Protein – alpha-Fetoprotein (AFP) – durch seine Anbindung an Östrogen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des Mäusehirns spielt. Es war jedoch nicht bekannt, ob AFP die Entwicklung des weiblichen Hirns unterstützt, indem es das Hormon transportiert oder indem es verhindert, dass das Hormon in das Hirn gelangt.

Um dies herauszufinden, beobachtete das Team genetisch veränderte weibliche Mäuse, die kein AFP produzieren können, in einer Umgebung mit sexuell aktiven männli-

chen Mäusen. Anders als normale weibliche Mäuse zeigten die Tiere ohne AFP wenig Interesse an den männlichen Artgenossen. Tests zeigten, dass in ihren Hirnen weniger Zellen damit beschäftigt waren, chemische Substanzen zu produzieren, die für die Fortpflanzung wesentlich sind, und darin den männlichen Tieren glichen.

Setzte man darüber hinaus die weiblichen Tiere ohne AFP zusammen in einen Käfig mit einem fortpflanzungsbereiten weiblichen Tier, ahmten Erstere das natürliche Verhalten der männlichen Mäuse nach, indem sie versuchten, das einsame Weibchen zu begatten.

Um jedoch zu erkennen, ob AFP bei den weiblichen Tieren weibliche Verhaltensweisen auslöst, indem der Östrogentransport in das Hirn unterbunden wird, verhinderte das Team, dass Mäuse ohne AFP noch im Mutterleib dem Hormon ausgesetzt sind. Die Forscher fan-

den heraus, dass sich die genetisch veränderten Mäuse, die während der Entwicklung des Hirns weder AFP noch Östrogen ausgesetzt sind, wie normale weibliche Tiere verhielten.

Diese Ergebnisse bedeuten zweierlei: erstens – der Mangel an Östrogen bringt das Hirn der weiblichen Mäuse dazu, weibliche Verhaltensweisen zu zeigen, wobei AFP eine Schlüsselrolle spielt, indem es verhindert, dass Östrogen in das Hirn gelangt; zweitens – das Vorhandensein des Hormons im Hirn sorgt dafür, dass männliche Tiere männliche Verhaltensweisen zeigen.

Bei Menschen und anderen Primaten ist es das Androgen, nicht das Östrogen, das im Wesentlichen dafür verantwortlich ist, dass männliche Gehirne männliche Verhaltensweisen hervorbringen. Dr. Bakker ist jedoch überzeugt, dass SHBG, das Sexualhormon-bindende Globulin, beim Menschen eine ähnliche Rolle spielt wie AFP bei Mäusen, indem es Frauen weiblich hält und es den Männern ermöglicht, männliche Verhaltensweisen zu entwickeln.

Gestützt auf Pressequellen (Scientific American).
RCN: 25003



<http://cordis.europa.eu/int>

Deutsche Wissenschaftler schlagen Behandlung von Eisenmangel mit GV-Mais vor

Die Nahrungsmittelversorgung in Entwicklungsländern könnte mit gentechnisch verändertem Getreide gesichert werden, z. B. durch Steigerung der Erträge oder Entwicklung von Getreide, das auch unter ungünstigen Bedingungen gedeiht, so die Befürworter von GV-Lebensmitteln.

Wissenschaftler der Universität Aachen liefern nun weitere Argumente für GV-Getreide. Sie behaupten, dass dem Eisenmangel in Entwicklungsländern mit GV-Mais begegnet werden kann.

Nahezu zwei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern, überwiegend Frauen und Kinder, leiden unter mangelnder Eisenversorgung. Dies kann zu Anämie führen, die Entwicklung von Kindern beeinträchtigen und chronische Müdigkeit bei Erwachsenen verursachen.

Dr. Eva Stoger und ihr Team von der Universität Aachen haben Mais gentechnisch verändert, indem sie der DNS Gene aus der Sojabohne und dem Schimmelpilz *Aspergillus niger* hinzufügten. Gemeinsam haben die beiden Gene die Fähigkeit, Eisen aus dem Boden zu speichern und es in einer Form bereitzustellen, die vom Mensch verwertet werden kann.

Das Gen der Sojabohne produziert ein Protein, das sich mit dem Eisen verbindet, welches von Pflanzen aus dem Boden aufgenommen wird. Allerdings wird dieses Eisen, sobald es von der Pflanze aufgenommen wurde, unnutzbar für den Menschen, da es beim Verzehr der Pflanze nicht verwertet werden kann. Das Gen des Schimmelpilzes löst dieses Problem, indem es das Eisen für den Menschen verwertbar macht.

Laut Dr. Stoger und ihren Kollegen, deren Forschungsergebnisse in der Dezemberausgabe von *Plant Molecular Biology* veröffentlicht wurden, absorbieren menschliche Darmzellen aus dem GV-Mais, der in den Versuchen eingesetzt wurde, dreimal mehr Eisen als aus herkömmlichem Mais. Die Forschergruppe fügt hinzu, dass Maismehl, das das Gen des Schimmelpilzes enthält,

© europapho.org, 2006



Menschen helfen könnte, die nicht ausreichend mit anderen Nährstoffen, wie z. B. Ascorbinsäure, versorgt werden.

Es werden weitere Untersuchungen zu den möglichen Nebenwirkungen der Genmanipulation durchgeführt.

Gestützt auf Informationen aus Pressequellen (SciDev.Net).
RCN: 24995

In den nächsten Wochen

European Business Summit 2006

Am 16. und 17. März 2006 findet in Brüssel, Belgien, der vierte European Business Summit statt.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung steht das Thema „Aufbau eines Europas der Spitzenleistungen: Wissen in Wachstum umwandeln“. Der *European Business Summit*, auf dem die Umsetzung der Agenda von Lissabon debattiert wird, findet eine Woche vor dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rats statt. Er wird allen 25 EU-Mitgliedstaaten und den vier Beitrittskandidaten die Möglichkeit geben, im Rahmen von Workshops und an einem Stand im *Networking Village* ihre „Nationalen Aktionspläne“ und bestmöglichen Verfahren zu präsentieren.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.ebsummit.org/index.html?page=0> RCN: 24694

Parlament veranstaltet COST-Ausstellung

Vom 18. bis 21. April 2006 wird im Europäischen Parlament (EP) eine COST-Ausstellung (COST – Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung) stattfinden. Die Veranstaltung wird von Pia Locatelli, MdEP, geleitet und der EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung, Janez Potočnik, wird anwesend sein.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 18. April wird Potočnik über die Vernetzung nationaler Forschungsprogramme referieren. Des Weiteren werden der COST-Präsident, der CEO der Europäischen Wissenschaftsstiftung (EWS) und Giles Chichester, der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EP, Vorträge halten.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.cost.esf.org> RCN: 25299

Treffen Sie CORDIS!

Veranstaltungen, bei denen CORDIS präsent sein wird, sind mit einem Sternchen gekennzeichnet. Wir freuen uns darauf, Sie an unserem Stand begrüßen zu dürfen. Falls Sie uns in der Zwischenzeit kontaktieren möchten, wenden Sie sich bitte an unser Helpdesk:



CORDIS Helpdesk
BP 2373
L-1023 Luxemburg
Tel. (352) 266 48 01
Fax (352) 26 64 93 80
E-Mail: cordis-helpdesk@cec.eu.int

Neue Biowissenschaften: Leben verändern

Vom 26. bis 29. April 2006 organisiert BioVision Alexandria in Alexandria, Ägypten, eine Konferenz zum Thema „New life sciences: changing lives“ („Neue Biowissenschaften: Leben verändern“).

Ziel dieser Veranstaltung, die alle zwei Jahre organisiert wird, ist die Förderung des Austauschs von biotechnologischen Informationen und Innovationen zwischen Wissenschaftlern und Politikern. Die Konferenz richtet sich an Beschäftigte in der Biotechnologiebranche und an Interessenten an diesem wissenschaftlichen Bereich.

Zu den Referenten zählen Vertreter der UN, der Europäischen Kommission, wissenschaftlicher Einrichtungen und von Unternehmen sowie Politiker aus aller Welt. Am ersten Veranstaltungstag, dem „Nobel-Tag“, haben die Teilnehmer die Möglichkeit, geladenen Nobelpreisträgern aus Chemie und Medizin Fragen zu stellen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.bibalex.org/bioalex2006conf/About.htm> RCN: 25212

Nanopartikel für europäische Industrie

Am 2. und 3. Mai 2006 findet in London, Vereinigtes Königreich, eine Konferenz zu Nanopartikeln (NP) für die europäische Industrie statt. Insbesondere werden die Themenbereiche Herstellung, Skalierung, Stabilisierung und Toxikologie von NP diskutiert.

Die Teilnehmer erhalten einen Einblick in Innovationen im Bereich Herstellungstechniken für NP und Nanoröhren und neue Anwendungen und erfahren mehr über andere Themen von entscheidender Bedeutung für die Branche. Die Veranstaltung umfasst von Experten geleitete Workshops zu Toxikologie und Charakterisierung sowie Stellungnahmen zur Regulierung.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.nano.org.uk> RCN: 25147

E-Gesundheit in einem Europa der Regionen

Vom 10. bis 12. Mai 2006 findet in Malaga, Spanien, die hochrangige Konferenz „e-Health 2006“ („E-Gesundheit 2006“) statt.

Im Rahmen der Veranstaltung, die unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission organisiert wird, soll die Rolle der europäischen Regionen im Bereich Strategien zur E-Gesundheit analysiert werden. Das zentrale Thema „E-Gesundheit im Europa der Regionen: Netzwerke für Gesundheit“ wird u. a. um folgende Unterthemen herum strukturiert: allgemeine Gesundheitsthemen, technische Aspekte, neue Rollen für die Bürger und Zukunftsanalysen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: http://europa.eu.int/comm/health/ph_information/documents/ev_20060510_en.pdf RCN: 25141

Internationales Symposium „Interface Biology of Implants“

Vom 17. bis 19. Mai 2006 findet in Rostock, Deutschland, das zweite internationale Symposium „Interface Biology of Implants“ statt.

Die Symposium konzentriert sich auf die interdisziplinäre Forschung an der Schnittstelle von Biomaterialien für Implantate und dem Biosystem als Grundlage für Gewebzüchtung und Implantattechnologie im Bereich der regenerativen Medizin. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen u. a. die molekularen Mechanismen, die an der zellulären Interaktion mit der Biomaterialoberfläche beteiligt sind.

Darüber hinaus soll die Veranstaltung Kontakte zwischen der Biomedizinbranche und Forschungsinstituten fördern, um industriellen Partnern direkten Zugang zu Forschungsexpertise zu ermöglichen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.uni-rostock.de/ibi> RCN: 25148

Investitionen in F&E – Geschäftsstrategien mit Finanzmärkten abstimmen

Am 18. und 19. Mai 2006 findet in London, Vereinigtes Königreich, eine Konferenz zum Thema „Investing in R & D and innovation – reconciling corporate strategies with financial markets“ (“Investitionen in F&E und Innovation – Geschäftsstrategien mit Finanzmärkten abstimmen”) statt.

Die Veranstaltung bietet die Möglichkeit zur Diskussion über politische und finanzielle Aspekte des RP7 sowie über die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Schaffung eines günstigeren Investitionsklimas für F&E in der EU.

Thema einer Podiumsdiskussion sind die aufstrebenden asiatischen Märkte und die bestehenden US-Märkte sowie die potenziellen Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich daraus für die Zunahme der Forschungs- und Innovationsinvestitionen in der EU ergeben.

Die Konferenz liefert darüber hinaus empirische Daten über die Entwicklung von KMU in große, internationale Unternehmen, wobei das Hauptaugenmerk auf die Rolle von Risikokapital, der KMU-Politik und praktische Unterstützung gelegt wird. RCN: 25248

Behandlung von Adipositas

Am 18. Mai 2006 findet in Paris, Frankreich, der erste Weltkongress zu „Behandlungsmöglichkeiten von Adipositas: Perspektiven pharmazeutischer und natürlicher Produkte“ statt.

Organisiert wird die Veranstaltung von der Société française des antioxydants (SFA), der International Society of Antioxidants in Nutrition and Health (ISANH) und der Japanese Society of Antioxidants (JSA).

Der Kongress soll Forschern, Ärzten, der Pharma- und der Nahrungsmittelindustrie sowie Start-ups ein Forum zur Diskussion über die neuesten Entwicklungen bei der Behandlung von Adipositas, einschließlich neuer therapeutischer Targets und Perspektiven, bieten.

Das zweitägige Programm ist in vier Blöcke aufgeteilt.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://www.isanh.com>

Weitere Auskünfte erteilt:

Dr. Sandra Huguenin

E-Mail: anti-obesity2006@wanadoo.fr

RCN: 25163

In den nächsten Monaten

Europäische Ausstellung zu Forschung und Innovation

Vom 8. bis 11. Juni 2006 findet in Paris, Frankreich, die zweite europäische Ausstellung zu Forschung und Innovation statt.

Die Ausstellung ist sowohl in Frankreich als auch international eine beliebte Veranstaltung für Akteure im Bereich F&I und Umwelt. Experten, Studenten, Forscher und Familien sind zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen. Der Wissenschaftliche Ausschuss bereitet derzeit ein umfangreiches Programm vor, das Konferenzen, Rundtischgespräche, Debatten und sonstige Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit umfasst.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: http://www.salon-de-la-recherche.com/index_en.php RCN: 24706

EUSEA2006 – Aufbau von IKT-Allianzen zwischen Europa und Südostasien

Vom 19. bis 23. Juni 2006 finden in Singapur die Konferenz und das Forum Euro-Southeast Asia (EUSEA2006) zur Gründung von Allianzen im Bereich der IKT zwischen Europa und Südostasien statt.

Die Veranstaltung dient als Plattform für europäische und südostasiatische Experten zur Förderung einer offenen Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Regulierung und Forschung.

Hochrangige europäische und südostasiatische Vertreter aus Politik, Industrie und Forschung werden Vorträge halten, während in praktischen Schulungen u. a. folgende Themen behandelt werden: europäische Förderung und Teilnahme an gemeinsamen Projekten, der europäische Ansatz in Bezug auf den Regulierungsrahmen und GRID-Technologien.

Außerdem dient die EUSEA2006 als Kontaktbörse für die 800 Teilnehmer. Angemeldete Teilnehmer erhalten Zugang zu einem Online-Tool, das ihnen bereits vor der Veranstaltung die Möglichkeit gibt, potenziell interessante Geschäftspartner zu ermitteln.

Parallel zur Konferenz werden auf einer Ausstellung innovative europäische Technologien, Produkte und Lösungen für die Bereiche Audiovision, Satelliten, Sicherheit und Telekommunikation vorgestellt.

Die Veranstaltung wird von der Europäischen Kommission gefördert und mit Unterstützung der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) organisiert.

Weitere Auskünfte und Online-Anmeldung unter:

<http://www.eusea2006.org>

oder

Tel.: +39 050 3871400

E-Mail: info@eusea2006.org RCN: 25219

Eine Expedition zum europäischen digitalen Kulturerbe: Sammlung, Vermittlung – und Erhaltung?

Am 21. und 22. Juni 2006 findet in Salzburg, Österreich, eine internationale Konferenz zur Digitalisierung des europäischen Kulturerbes statt. Die Veranstaltung wird von Salzburg Research im Auftrag des österreichischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur organisiert.

Die Konferenz untersucht die drei im Titel genannten Bereiche, nämlich die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sammlung, Vermittlung und Erhaltung der kulturellen Schätze und wissenschaftlichen Informationen. Die Teilnehmer werden die EU-Initiativen zur Wahrung des europäischen Kulturerbes sowie Wege diskutieren, wie dieses Erbe allen EU-Bürgern zugänglich gemacht werden kann. Die Diskussion wird sich schwerpunktmäßig mit der i2010-Initiative für eine Europäische Digitale Bibliothek und dem Dynamischen Aktionsplan beschäftigen.

Die Konferenz wendet sich an die regionalen, nationalen und internationalen Institutionen, Lobbyorganisationen und Verbände im Bereich Kulturerbe, an Vertreter der *National Representatives Group*, die internationalen und nationalen Forschungsgemeinden, Multimedia-unternehmer und Technologieanbieter, Vertreter der Europäischen Kommission, politische Entscheidungsträger sowie an die nationale und regionale Presse.

Weitere Informationen sind abrufbar unter: <http://dhc2006.salzburgresearch.at/%20RMK> RCN: 25052

Die in dieser Rubrik aufgeführten Veranstaltungen basieren auf ausgewählten Ankündigungen des CORDIS-Veranstaltungsanzeigers, der täglich aktualisiert wird. Weitere Informationen über bevorstehende Veranstaltungen sind abrufbar unter: <http://cordis.europa.eu.int/news>

Globale Erwärmung wurde genauer als je zuvor untersucht, doch Gegenmaßnahmen kommen möglicherweise zu spät

Das Projekt Globcarbon der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) hat die Hälfte seiner zehnjährigen Untersuchung der Klimaveränderung abgeschlossen. Die Projektteilnehmer trafen sich zu einer Diskussion über die bisherigen Ergebnisse, die Daten von 1998 bis 2003 umfassen. Die im Rahmen des Projekts von Satelliten gesammelten Informationen ergeben das bis heute genaueste Bild über die Veränderung des Ökosystems der Erde aufgrund der globalen Erwärmung.



Der Meilenstein des Projekts ist genau zu dem Zeitpunkt erreicht, zu dem die meteorologische Behörde des Vereinigten Königreichs einen Bericht veröffentlicht, dem zufolge die Maßnahmen zur Reduzierung der Klimaveränderungen unter Umständen zu spät kommen. Laut Bericht ist nun die grönländische Eisplatte in Gefahr.

Ziel von Globcarbon ist ein zehnjähriger „Schnappschuss“ der Vegetation der Erde, bei dem die Wachstums- oder Zerstörungsraten bestimmter Vegetationsarten gemessen werden. Indikatoren wie zum Beispiel *Burnt Area Estimates*, d. h. Schätzungen der durch Feuer zerstörten Vegetationsfläche, oder der Blattflächenindex (*Leaf Area Index*), der die Belaubungsfläche der Pflanzendecke angibt, die dem Licht für die Photosynthese ausgesetzt ist, sowie andere Messungen, werden zu hochpräzisen Computersimulationen zusammengeführt.

Sobald die Daten der fünf verschiedenen Vegetationssensoren auf den Satelliten ausgewertet sind, bietet das Projekt einen besseren Einblick in die Art und Weise, wie der Kohlenstoffkreislauf durch menschliche Einwirkung verändert wurde. „Globcarbon ist definitiv sehr hilfreich für die Kohlenstoffmodellierung. Informationen über den Blattflächenindex sind wichtig, da sie es uns ermöglichen, die Menge der grünen Biomasse zu begrenzen, die für die Photosynthese und für den Gasaustausch durch Evapotranspiration zur Verfügung steht“, erklärte Dr. Tristan Quaife vom *Centre for Terrestrial Carbon Dynamics* in Sheffield.

„Das sind wahrscheinlich die beiden wichtigsten Prozesse zur Steuerung des Kohlenstoffaustauschs mit der Atmosphäre. Das heißt, je besser wir den Blattflächenindex und seine Dynamik verstehen, desto größer ist unsere Chance, die primäre Produktivität des Ökosystems abzuschätzen“, so Dr. Quaife weiter. Das System bietet auch weitere Informationen über den Vegetationszyklus, was dazu beiträgt, dass wir besser verstehen, wie Pflanzen Kohlenstoff absorbieren.

Ist der britische Bericht „*Avoiding Dangerous Climate Change*“, der am 1. Februar veröffentlicht wird, jedoch korrekt, dann sind die Schäden bereits erfolgt. Der Bericht konzentriert sich insbesondere auf die grönländische Eisplatte, die den Großteil des nicht-antarktischen Süßwassers der Erde enthält.

Im Vorwort zu dem Bericht sagt der britische Premierminister Tony Blair: „Die dargestellten Forschungsergebnisse zeigen deutlich, dass die Risiken der Klimaveränderung eventuell größer sind, als wir bisher angenommen haben.“

„Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die Treibhausgasemissionen, die mit der Industrialisierung und dem Wirtschaftswachstum einer Weltbevölkerung zusammenhängen, die in den letzten 200 Jahren um das Sechsfache gewachsen ist, die globale Erwärmung verursachen – und zwar in einem nicht nachhaltigen Tempo.“

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf 2 °C zu begrenzen. Ein Anstieg von 2 °C klingt nichtig – er bedeutet jedoch, dass der Effekt in den gemäßigten Zonen verstärkt würde. Ein Anstieg in dieser Größe könnte sogar stark genug sein, um die weltweite Lebensmittelproduktion zu gefährden, eine wahre Völkerwanderung aus den zu trockenen Gebieten auszulösen, er könnte den Verlust von 97 % der Korallenriffe bedeuten, den Verlust von Eis in der Arktis und die Verbreitung von Malaria.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass eine globale Erwärmung um nur 2 °C den Anfang vom Ende der grönländischen Eisplatte bedeuten würde. Das Schmelzen der Eisplatte könnte dazu führen, dass der Meeresspiegel weltweit um sieben Meter ansteigt, auch wenn der Schmelzprozess 1 000 Jahre dauern würde. Hat dieser Prozess erst einmal eingesetzt, dann ist er wohl irreversibel.

Der allgemeine Konsens scheint zu sein, dass die globale Erwärmung nur stabilisiert werden kann, indem der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre stabilisiert wird. Der Kohlendioxidgehalt lag vor der industriellen Revolution bei 275 ppm und liegt jetzt bei 380 ppm. Experten zufolge wäre ein maximaler Kohlendioxidgehalt von 450 ppm genug, um die globale Erwärmung auf 2 °C zu begrenzen.

Um das Ziel von 450 ppm zu erreichen, müssen die weltweiten Kohlenstoffemissionen im Jahr 2015 ihren Höhepunkt erreicht haben und dann bis zum Jahr 2050 um 30 bis 40 % im Vergleich zum Stand des Jahres 1990 gesenkt werden. „Wir werden in zehn Jahren 400 ppm erreicht haben, und ich sage das ohne jede Freude voraus“, so der leitende wissenschaftliche Berater der britischen Regierung Sir David King. „Aber kein Land wird ein Kraftwerk abstellen, das die dringend gewünschte Energie für die Bevölkerung liefert, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Das müssen wir einfach akzeptieren. Das Ziel von 450 [ppm] scheint, fürchte ich, unerreichbar“, sagte er.

Weitere Informationen sind auf folgender Website abrufbar:
http://www.esa.int/esaCP/SEMBM3NZCIE_index_0.html
 RCN: 25135

HIV-Virus im Blickfeld der Forscher

Obwohl das HIV-Virus Gegenstand intensiver Forschungsarbeit ist, war bislang noch nicht klar, wie es überhaupt aussieht. Doch jetzt sind Professor Stephen Fuller vom Wellcome Trust Centre for Human Genetics in Oxford, Vereinigtes Königreich, und seinen Teamkollegen aus Heidelberg und München erstaunliche Bilder des Virus gelungen.

Da das Virus viel zu klein ist, um es mit optischen Instrumenten erkennen zu können, hat man es entweder mit einem Elektronenmikroskop

oder mit Röntgenstrahlen „sichtbar gemacht“. Diese Bilder sind meist verschwommen und unscharf. Nun erzeugt eine neue

Technik, die Cryo-Elektronenmikroskopie (Cryo-EM), wesentlich bessere Darstellungen. Da die Größe des Virus in den verschiedenen Phasen des Lebenszyklus zwischen 100 und 350 nm schwankt, war es sehr schwierig, sich ein genaues Bild zu verschaffen.

Das Team unter der Leitung von Professor Fuller hat die Cryo-EM-Technik auf inakti-

Fortsetzung auf Seite 29

Elementar, lieber Einstein

Einem Forscherkonsortium aus Russland, der Schweiz und den USA ist am berühmten russischen Kernforschungszentrum in Dubna der Nachweis zweier neuer künstlicher Elemente gelungen. Die noch namenlosen Elemente tragen die Ordnungszahlen 115 und 113 und sind das 20. und 21. neue Element seit der Entdeckung des Plutoniums im Jahr 1940.

Dr. Heinz Gäggeler vom Paul Scherrer Institut (PSI) in der Schweiz leitete das Schweizer Team, das beim Nachweis der neuen Elemente eine zentrale Rolle gespielt hat. Die Existenz der Elemente war schon vorher angenommen worden, konnte aber erst jetzt belegt werden.

Dr. Gäggeler sprach mit CORDIS-Nachrichten: „Diese Entdeckung war etwas ganz Besonderes, da sie zwei Elemente umfasste. In einem neuen Experiment haben wir Element 115 hergestellt, das nicht zu einem bekannten Element zerfällt, sondern durch Alphastrahlung in ein unbekanntes Isotop. Wir nahmen an, dass Element 115 zu Element 113 zerfällt, das wiederum zu 111, zu 109, zu 107 und das schließlich zu 105. Wir wussten nur nicht, wie wir das beweisen sollten.“

Bei dem Experiment wurde in einem Teilchenbeschleuniger eine rotierende Scheibe aus Americium 243 (Americium hat die Ordnungszahl 95) mit einem Strahl aus Calcium 48-Ionen (die Ordnungszahl von Calcium ist 20) bombardiert. „Calcium 48 ist ein sehr exotisches Material. Es kostet Tausende von Euro pro Milligramm, und wir benötigten für unser Experiment mehrere Gramm“, erläuterte Dr. Gäggeler.

Das Team hoffte, dass eine Kernschmelze eintreten würde, aus der dann das neue Element – 115 – entsteht. Wenn dies tatsächlich geschehen würde, dann würden die Element-115-Atome von einer Kupferplatte aufgefangen werden, die hinter der Americium-Scheibe angebracht ist.

Viele der künstlichen Schwerelemente sind extrem instabil und neigen dazu, unter Aus-

sendung von Alphateilchen zu zerfallen. Alphateilchen umfassen zwei Neutronen und zwei Protonen, die zu einem Paket zusammengeschnürt sind. Diese Art der Strahlung kann leicht aufgespürt werden und war der Schlüssel zu dem Nachweis, den das Team erbringen wollte.



Paul Scherrer Institut

Die Hypothese, die das Team aufgestellt hatte, ging davon aus, dass das Element 115 durch Alphastrahlung zu 113 zerfallen würde, dieses dann wiederum durch Alphastrahlung in einer schnellen Zerfallskette bis zu 105 – einem relativ stabilen Element.

Das Problem bestand darin, das Element 115 nachzuweisen, da es nur für Sekundenbruchteile besteht. Dasselbe trifft auf alle anderen Elemente bis hinunter zu 105 zu, das einige Stunden existiert.

Hier war Dr. Gäggelers Fachwissen gefragt. Er fand eine Methode, wie das Team Element 105 nachweisen konnte: „Wir verwendeten einen chemischen Trick. Wir wussten, wie wir Ele-

ment 105, das so genannte Dubnium, nachweisen können. Wir kannten die chemischen Eigenschaften von 105, da wir an verschiedenen 15-Isotopen gearbeitet hatten. Und wir hatten alle chemischen Aspekte perfekt vorbereitet.“

„Wir wollten ein neues Element nachweisen, und wir konnten in etwa das Ergebnis vorhersehen, aber wir waren nicht sicher“, erklärte Dr. Gäggeler. „Am Ende fanden wir 15 Dubnium-Atome – das sind sehr wenige.“

Aber auch diese geringe Menge an Dubnium reichte dem Team als Nachweis. Indem das Team die Alphateilchen zählte, konnte es vom Dubnium den Weg zu Element 115 und 113 zurückverfolgen. Dubnium, nebenbei erwähnt, ist nach der russischen Stadt Dubna genannt, wo dieses Experiment durchgeführt wurde.

Obwohl die beiden neuen Elemente nachgewiesen wurden, können sie noch nicht getauft werden. Die *International Union of Pure and Applied Chemistry* und die *International Union of Pure and Applied Physics* vergeben die Namen. „Ihre Aufgabe ist es zu definieren, wann ein neues Element identifiziert und dann repliziert wurde. Es kann fünf bis zehn Jahre dauern, bis unsere Ergebnisse in [...] Japan, Europa oder Amerika wiederholt werden. Das sind die einzigen Länder, die über die erforderlichen Beschleuniger verfügen“, so Dr. Gäggeler. „Wir sind überzeugt, dass unsere Ergebnisse korrekt sind, das heißt, es ist nur noch eine Frage der Zeit.“

Wenn das Experiment wiederholt wurde, darf das Team die Namen für die neuen Elemente aussuchen.

Gestützt auf ein Interview von CORDIS-Nachrichten mit Dr. Roland Schenkel.
Weitere Auskünfte erteilt:
Juanita Schläpfer
E-Mail: juanita.schlaepfer-miller@psi.ch
RCN: 25138

Fortsetzung von Seite 28 „HIV-Virus im Blickfeld der Forscher“

ve Formen des Virus angewandt und Bilder mit einer Auflösung von 2 nm erzeugt – zwei Tausendstel eines Millionstels eines Meters. Das Team hat das Virus durch die infektiösen Phasen verfolgt, als alle Viren gleich groß waren. Die Virenkandidaten wurden in einer Eisschicht fixiert und dann mehrmals und aus verschiedenen Blickwinkeln aufgenommen.

Computer haben dann aus Hunderten dieser Aufnahmen ein dreidimensionales Bild des Virus erstellt. Das Ergebnis sind so genannte Tomogramme, anhand derer das Team das Virus in 3D untersuchen und Schichtbilder des Virus erzeugen kann.

„Wir haben jetzt dreidimensionale Strukturen von etwa 70 HIV-Viruspartikeln erstellt“, erklärte Professor Fuller. „Das Ergebnis, die

ersten Tomogramme von authentischem HIV, zeigt uns, wie sich eine variable Struktur immer neu zusammenfügt und so eine infektiöse Substanz hervorbringt.“

Die erstaunlichen Bilder zeigen einen Zentralkörper, der die genetische RNS und Proteine umhüllt. Dieser Körper ist nicht symmetrisch, was für Viren sehr ungewöhnlich ist. Die Bedeutung dieser Asymmetrie muss noch geklärt werden. Der Infektionsprozess zeigt, dass die Viren in der infizierten Zelle hergestellt werden, wo sie speichenartige, so genannte Gag-Proteine, erzeugen. Diese Proteine stehen winzigen Teile der Zellmembran, die dann als Schutzhülle für das neue Virus dienen.

Sobald die Schutzhülle fertig ist, bilden die Gag-Proteine den inneren Körper, worin sich

das genetische Material befindet. Jetzt kann das Virus die Zelle verlassen und eine neue Zelle infizieren. Wenn das Virus mit einer neuen Wirtszelle in Kontakt kommt, öffnet sich der Zentralkörper, der das genetische Material freisetzt, das dann die Zelle infiziert.

In dem HIV-Virus werden normalerweise genau die Zellen angegriffen, die man üblicherweise nutzt, um die Krankheit zu bekämpfen: die weißen Blutkörperchen. Die Forscher haben herausgefunden, dass die weißen Blutkörperchen eine chemische Substanz enthalten, das so genannte NF Kappa B, das das HIV-Virus zur Vermehrung benötigt. Damit wird die wichtigste Abwehrkraft des Körpers zum idealen Ziel für das HIV-Virus.

Gestützt auf Informationen aus Pressequellen.
Weitere Auskünfte erteilt: The Division of Structural Biology
The Wellcome Trust Centre for Human Genetics – Tel. (44-1865) 28 77 08
RCN: 25031

Durchbruch in der Ätiologie der Osteoporose

Forscher der Universität Bonn, Deutschland, ist es in enger Zusammenarbeit mit Kollegen in Frankreich, Israel, in den USA und im Vereinigten Königreich gelungen, einen bisher unbekannt Mechanismus im Zusammenhang mit Knochenschwund, der so genannten Osteoporose, unter der weltweit viele Frauen leiden, zu entschlüsseln.

Die Forscher unter der Leitung von Dr. Meliha Karsak von der Life&Brain GmbH in Bonn haben entdeckt, dass Mäuse mit einem defekten CB2-„Cannabinoidrezeptor“ eine geringere Knochendichte aufweisen.

„Wir kennen zwei Arten von Cannabinoidrezeptoren, CB1 und CB2“, erklärt Dr. Karsak. „Der CB1-Rezeptor wird von Nervenzellen im Gehirn gebildet und ist unter anderem für die mentalen Auswirkungen von Cannabis verantwortlich. Der CB2-Rezeptor dagegen kommt nicht in Nervenzellen vor und war bislang unbekannt.“

In Zusammenarbeit mit Forscherteams aus Israel und dem Vereinigten Königreich haben Dr. Karsak und ihre Kollegen herausgefunden, dass die Mäuse ihre stabilisierenden Trabekeln (Gewebegefüge) verlieren, wenn das CB2-Gen ausgeschaltet wird, und dass die Anzahl der Osteoklasten, d. h. Zellen, die Knochensubstanz vernichten, um fast 50 % angestiegen ist.

Das Team entdeckte, dass CB2-Rezeptoren sowohl in den Knochen fressenden Osteoklasten als auch in den Knochen bildenden Osteoblasten vorhanden sind, und dass Endocannabinoide zur Regulierung des Knochenwachstums eingesetzt werden. Diese Erkenntnis wurde durch weitere Forschung zur so genannten Mäuseosteoporose in weiblichen Mäusen gestützt, einer Krankheit, die durch die Entfernung der Eierstöcke hervorgerufen wird. Wurde den Mäusen eine Substanz verabreicht, die an den CB2-Rezeptoren andockt, „konnten wir den durch die Entfernung der Eierstöcke verursachten Knochenverlust reduzieren“, erklärte Dr. Karsak.

Um herauszufinden, in wie weit die Mäusergebnisse auf Menschen übertragen werden können, stütze sich das Team auf eine umfassende französische Untersuchung. Die Forscher erkannten, dass Frauen mit einer bestimmten Variante des CB2-Gens unter den an Osteoporose Erkrankten häu-

figer vertreten waren als in der gesunden Kontrollgruppe. Bei Frauen mit dieser CB2-Variante ist das Osteoporoserisiko dreimal so hoch wie bei anderen Frauen.

„Bei vielen Frauen mit Osteoporose funktioniert der CB2-Rezeptor, das heißt, dort hat die Krankheit andere Ursachen. Für diese Frauen kann man sich vorstellen, den Rezeptor [wie in der Mäusestudie] medikamentös zu stimulieren und so den Knochenverlust zu verlangsamen“, erklärte Dr. Karsak.

Diese Forschung eröffnet neue Perspektiven für innovative Diagnostik und Therapie auf der Grundlage des jetzt entdeckten CB2-Rezeptors. Es ist einfach, Frauen, die den CB2-Defekt tragen, zu ermitteln, und der Mechanismus wird langfristig das Ziel der Osteoporose-Forschung und der Entwicklung neuer Medikamente sein.

Die Forschung von Dr. Karsak wurde mit dem Osteologie-Preis der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie, der mit 8 000 Euro dotiert ist, ausgezeichnet, und die Ergebnisse werden in den renommierten *Proceedings of the National Academy of Sciences* (PNAS) veröffentlicht.

Gestützt auf Informationen der Universität Bonn.
RCN: 24989

AIDS-Medikament aus Sonnenblumen

Forscher des Bonner Zentrums für molekulare Biotechnologie (CemBio) ist ein Durchbruch in der Synthese einer neuen Medikamentengruppe gelungen, von der sie hoffen, dass sie die Behandlung des AIDS-Virus revolutionieren wird.

Der größte Hoffnungsträger der AIDS-Forschung ist derzeit die Dicafeoyl-Chinasäure (DCQA), der Prototyp einer neuen Medikamentengruppe. Leider ist die Substanz äußerst selten: sie kommt zum Beispiel in Artischocken und in der Wegwarte vor, allerdings in so geringen Mengen, dass der Marktpreis bei 1 000 000 Euro pro Gramm liegt. Trotz des Preises versprechen sich die Wissenschaftler viel von weiterer Forschung, denn im Labor hat die DCQA das AIDS-Virus an der Vermehrung gehindert.

Forscher der Universität Bonn haben eventuell einen Weg zur Herstellung von DCQA zu einem Bruchteil des aktuellen Preises gefunden. Im Rahmen seiner Arbeit an Sonnenblumen untersuchte das Team, wie die Pflanze auf Angriffe des Pilzes reagiert, der Weißstängeligkeit verursacht. Sie fanden heraus, dass die Pflanzen, die gegen die Weißstängeligkeit resistent sind, ihre eigene DCQA produzieren.

„Dicafeoyl-Chinasäure kann zumindest in Zellkulturen die Vermehrung des HIV-Virus verhindern“, erklärt Claudio Cerboncini, der inzwischen am Forschungszentrum Caesar tätig ist. „Sie ist eine der wenigen

heute bekannten Substanzen, die die virale Integrase hemmen – das ist ein Enzym, das der Erreger zur Vermehrung unbedingt benötigt.“

Diese Integrase-Hemmer gelten als ein bedeutender Durchbruch in der AIDS-Forschung und in der Behandlung der Krankheit, da dieser Wirkstoff im Gegensatz zu den derzeit verabreichten Medikamentencocktails wenige Nebenwirkungen hat – Cocktails, die zwar das Leben retten, aber den Körper stark in Mitleidenschaft ziehen. Erste klinische Tests scheinen das Potenzial von DCQA zu bestätigen.

„Wir wollen versuchen, Sonnenblumen- oder auch andere pflanzliche Zellen zusammen mit dem Pilz *Sclerotinia sclerotiorum* in einer Nährlösung zu kultivieren und dann aus der Flüssigkeit den Wirkstoff zu gewinnen“, so CemBio-Forscher Ralf Theisen. „Wenn das wunschgemäß funktioniert, könnten wir DCQA zu erheblich niedrigeren Kosten herstellen.“

Dr. Theisen erforscht eigentlich, welche Gene Pflanzen unter verschiedenen Schwerkraft-



© Europäische Gemeinschaft, 2006

bedingungen an- oder abschalten können, doch diese Forschung ist auch für die preiswerte DCQA-Synthese relevant. Wenn die Forschung planmäßig vorangeht, wird das DCQA-Gen der Sonnenblume identifiziert, kopiert und „in Bakterien eingeschleust, damit diese das Enzym in großen Mengen produzieren können. Damit wäre der kritische Syntheseschritt nur noch ein Kinderspiel und über Fermentations-Technologie in industriellem Maßstab zu bewerkstelligen.“

Gestützt auf Informationen der Universität Bonn.
Weitere Auskünfte erteilt: Ralf Theisen
Universität Bonn – Tel. (49-228) 73 36 84
E-Mail: r.theisen@uni-bonn.de
RCN: 25023

Strategie und Politik

Erreichen der Ziele von Lissabon könnte Experten zufolge bis 2025 zu einem BIP-Anstieg um 25 % führen

Das Erreichen der von den Staats- und Regierungschefs der EU beim Rat von Lissabon im Jahr 2000 festgelegten ehrgeizigen Wettbewerbsziele könnte bis 2025 in Europa zu einem BIP-Anstieg von fast einem Viertel führen, heißt es in einem neuen Bericht, der für die GD Unternehmen und Industrie der Kommission erstellt wurde. Angesichts der Unsicherheit in Bezug auf die Vorhersage der genauen wirtschaftlichen Auswirkungen dieser politischen Maßnahmen liefert die Studie Szenarien für geringere und größere Auswirkungen. RCN: 25115

Beitritt der Republik Korea zu Galileo zum Zeitpunkt der ersten Sendung von Signalen durch den Satelliten

Nach sechsmonatigen Diskussionen wurde am 12. Januar in Brüssel ein Abkommen über die Beteiligung der Republik Korea am Galileo-Projekt unterzeichnet. Das Abkommen erfolgt etwas mehr als zwei Wochen nach dem Start des ersten Galileo-Satelliten GIOVE-A. RCN: 25048

EU und China starten Projekt zur Informationsgesellschaft

Als erste Maßnahme im Rahmen des EU-China Information Society Projekts wurde am 12. Januar eine e-Government-Initiative gestartet. Das auf vier Jahre angelegte Projekt, das im August 2005 ins Leben gerufen wurde, soll der chinesischen Regierung helfen, ihr regulatorisches und gesetzgeberisches Umfeld zu verbessern, insbesondere in den Bereichen Urheberrecht, Telekommunikationsrecht, Informationssicherheit und Zugang zu den Behörden. Die EU hat 15 Millionen Euro und die chinesische Regierung sieben Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung gestellt. RCN: 25049

Projekte und Programme

Eröffnung eines EU-Zentrums für strukturelle Biologie in Grenoble

Am 13. Januar 2006 wurde auf dem Polygone-Wissenschaftscampus in Grenoble, Frankreich, das Carl-Ivar-Branden-Gebäude eröffnet. Die Partnerschaft für strukturelle Biologie und das Institut für molekulare und strukturelle Virologie teilen sich das neue Zentrum. Das Zentrum erhielt 10 % seiner Mittel aus dem Bereich Forschungsinfrastrukturen des RP6. In dem Zentrum werden sehr viele Forschungsgruppen an-

sässig sein, die Untersuchungen zu Proteinen und anderen Molekülen durchführen, die im Zusammenhang mit menschlichen Krankheiten stehen. RCN: 25022

SAVE-U verspricht größere Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer

Unter den gefährdeten Verkehrsteilnehmern – Fußgänger und Radfahrer – gibt es auf den Straßen der EU jährlich mehr als 9 000 Tote und 200 000 Verletzte, während die Autofahrer dank Knautschzonen, Airbags und Sicherheitsgurten sicherer denn je sind. Das SAVE-U-Projekt („Sensors and system Architecture for Vulnerable road Users protection“), das zu 50 % unter dem Abschnitt „Technologien der Informationsgesellschaft“ (IST) des RP5 finanziert wurde, untersuchte Möglichkeiten für den Beitrag der Technologie zur Minimierung des Risikos für Fußgänger und Radfahrer. RCN: 25047

Projekt zur Integration der nationalen Bibliotheken der neuen Mitgliedstaaten in die EU-Forschung

In einem Bericht des EU-finanzierten Projekts Tel-Me-Mor wurde darauf hingewiesen, dass es für die nationalen Bibliotheken der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten schwierig oder unmöglich ist, sich an europäischen Forschungsaktivitäten zu beteiligen, und dass nur vier der zehn Bibliotheken über ein bedeutendes Maß an digitalisierten Inhalten verfügen. RCN: 25067

Nur eine Universität? Kleine Länder diskutieren die Auswirkungen

Am 16. Januar haben sich in Luxemburg Minister und Universitätsrektoren aus sechs europäischen Ländern, in denen es jeweils nur eine Universität gibt, zu einem informellen Meinungsaustausch getroffen. Vertreter aus Andorra, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta und Zypern diskutierten vor allem, wie sie die Autonomie ihrer Universitäten sichern und gleichzeitig garantieren können, dass ihre Lehrangebote wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen entsprechen. RCN: 25083

Weitere Nachrichten

Reduzierte Methanproduktion beim Vieh durch Futtermittelzusatz

Das Rowett Research Institute in Aberdeen, Vereinigtes Königreich, hat eine Methode entwickelt, mit der der Methanausstoß von Kühen und anderen Tieren reduziert werden soll. Methan ist ein 32-mal stärkeres Treibhausgas als Kohlendioxid. Eine einzige Kuh kann pro Tag bis zu 500 Liter Methan – hauptsächlich durch Aufstoßen des Gases – produzieren. RCN: 25009

Fledermäuse als Träger des Ebola-Virus entdeckt

Forscher vom Institut de Recherche pour le Développement (IRD) in Paris haben einen Träger des Ebola-Virus (hämorrhagisches Fieber) entdeckt: Fledermäuse. Bei drei Fledermausarten – *Hypsignathus monstrosus*, *Epomops franqueti* und *Myonycteris torquata* – konnten Ebola-Antikörper ausgemacht werden, was darauf hindeutet, dass sie den Erreger in sich tragen können, ohne die Krankheit zu entwickeln. RCN: 25011

Bakterielle Zahnfleischinfektion blockiert Prävention von Herzinfarkten durch Antibiotika

Forscher in Finnland haben herausgefunden, dass Patienten mit Periodontitis (schwere bakterielle Zahnfleischinfektion) nicht von einer Antibiotikabehandlung gegen Herzinfarkte profitieren. Dies ist das erste Mal, dass ein derartiger Zusammenhang festgestellt wurde. Die im *Journal of Atherosclerosis* veröffentlichten Ergebnisse fassen Forschungsarbeiten des Zahninstituts der Universität Helsinki und der Fachbereiche Kardiologie und Infektionskrankheiten im Bezirkskrankenhaus von Helsinki und Uusimaa zusammen. RCN: 25012

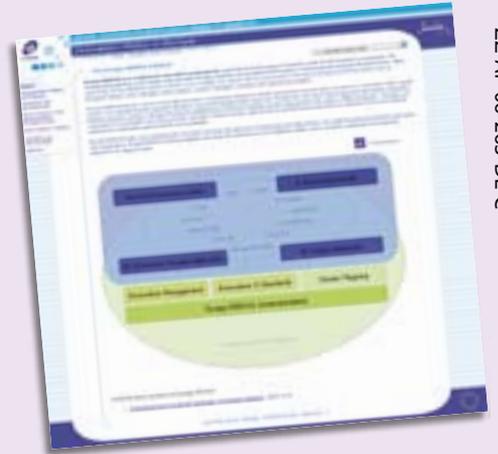
Europa verpasst den Anschluss an landwirtschaftliche Biotechnologie, warnen Anhänger

Im Anschluss an die jüngste Veröffentlichung von Zahlen, die einen 11-%igen Anstieg der mit gentechnisch veränderten (GV) Nutzpflanzen bebauten weltweiten landwirtschaftlichen Fläche im Jahr 2005 zeigen, haben Anhänger der landwirtschaftlichen Biotechnologie davor gewarnt, dass Europa Gefahr laufe, eine weltweite Revolution zu verpassen. RCN: 25081

Die für den *CORDIS focus* Newsletter ausgewählten Artikel sind im Laufe des vergangenen Monats im Internet erschienen. Ein vollständiges Verzeichnis aller *CORDIS*-Nachrichten-Artikel finden Sie im Bereich Nachrichten auf der *CORDIS*-Website: <http://cordis.europa.eu.int/news/>

Europe Innova hat ein neues Zuhause im Europäischen Innovationsportal auf der CORDIS-Website

Das Europäische Innovationsportal auf der Website von CORDIS – dem offiziellen Informationsdienst für Forschung, Entwicklung und Innovation der EU – hat einen neuen Abschnitt mit Schwerpunkt auf der Innova-Initiative eingerichtet. Diese vertritt einen branchenbasierten Ansatz für die Analyse und das Angehen der Innovationsherausforderungen in zehn spezifischen Industriebereichen.



Die Europe Innova, die unter dem Sechsten Rahmenprogramm (FP6) gefördert wird, ist eine Initiative der Europäischen Kommission für Innovationsexperten. Sie zielt darauf ab, die Hauptbeteiligten zu mobilisieren und im Bereich unternehmerische Innovation zu informieren sowie die Entstehung von Innovationsnetzen zu erleichtern.

Der Innova-Abschnitt auf der CORDIS-Website reflektiert den branchenspezifischen Ansatz der Initiative, maßgeschneiderte politische Maßnahmen zu entwickeln. Europe Innova vereint über 230 Vertragspartner aus 23 Mitgliedstaaten.

Die Initiative, die sich auf die gesamte Innovationswertkette von der Wissensbildung bis zur Kommerzialisierung konzentriert, besteht derzeit aus zehn Netzwerken zur Innovationsfinanzierung, die auf die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln für Innovation abzielen, und elf Clusternetzwerken, die bessere Innovationsmanagement-Instrumente bereitstellen sollen. Acht Innovationsgremien, die sich aus Industriefachleuten zu Innovation zusammensetzen, sind für die Abgabe branchenspezifischer politischer Empfehlungen zuständig.

Andere Maßnahmen im Rahmen der Initiative umfassen: branchenspezifische Innovationsbeobachtungsaktivitäten, die die

Innovation in jeder der oben genannten Branchen analysieren; das Innovationsmanagement-Projekt, das auf die Unterstützung innovativer Start-ups kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) abzielt; koordinierte Maßnahmen zur Definition von Standards als Innovationskatalysatoren; Innovationsmapping vorhandener und entstehender Cluster in ganz Europa; den horizontalen Europe Innova-Kommunikationsdienst und ein webbasiertes Europe Innova-Forum.

Die Hauptunterschiede zwischen Europe Innova und anderen Programmen liegen in ihrem branchenspezifischen und analytischen Ansatz sowie dem Schwerpunkt auf Clustern. Die Initiative soll vorläufig 30 Monate dauern. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Finanzierung anschließend unter dem neuen Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) fortgesetzt wird.

Weitere Informationen sind von den Europe Innova-Seiten abrufbar unter:
<http://cordis.europa.eu.int/innovation/de/policy/europe-innova.htm>
 Das Europäische Innovationsportal auf der CORDIS-Website ist abrufbar unter:
<http://www.cordis.lu/innovation/de/home.html>
 RCN: 25190



Bestellschein

Gratis!

Frau/Herr _____ Vorname _____ Familienname _____
 Adresse _____ Plz _____ Land _____

Sprache und gewünschte Anzahl: Spanisch Deutsch Englisch Französisch Italienisch Polnisch

Zur Änderung oder Kündigung eines bestehenden Abonnements geben Sie bitte Ihre Registrierungsnummer an: 0/.....
 und kreuzen das entsprechende Kästchen an: Änderung Kündigung

Für ein Abonnement schicken Sie uns bitte dieses Formular ausgefüllt zurück an: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, FISR 04/418, 2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg. Fax (352) 29 29-44090; E-Mail: cordis-focus@cec.eu.int oder registrieren Sie sich online unter: <http://cordis.europa.eu.int/focus/de/src/subscr.htm>

Online-Dienste des Amtes für Veröffentlichungen:
 EU Veröffentlichungen: bookshop.eu.int
 EU-Rechtsakte: europa.eu.int/eur-lex/lex
 Vergabe öffentlicher Aufträge: ted.publications.eu.int
 Forschung und Innovation: cordis.europa.eu.int